



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1987/88**

11.10.1990 - Plenarprotokoll 72. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

## 72. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Oktober 1990

### Inhalt

**Entwicklung des bremischen Schulwesens**Mitteilung des Senats vom 31. Juli 1990  
(Drucksache 12/932)

Abg. Sygusch (DIE GRÜNEN) .....	4845
Abg. Aulfes (SPD) .....	4847
Abg. Bürger (CDU) .....	4849
Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP) .....	4852
Bürgermeister Dr. Scherf, Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst .....	4855
Abg. Bürger (CDU) .....	4858
Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP) .....	4860

**Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub im Lande Bremen (Bremisches Landeserziehungsgeldgesetz — BremLerzGG)**Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. August 1990  
(Drucksache 12/941)  
1. Lesung

Abg. Frau Erlenwein (CDU) .....	4862
Abg. Frau Pautzke (FDP) .....	4865
Abg. Frau Wulff (SPD) .....	4866
Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel (DIE GRÜNEN) .	4869
Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl . .	4870
Abg. Kudella (CDU) .....	4871
Abg. Klein (CDU) .....	4872
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN) .....	4873
Abg. Dittbrenner (SPD) .....	4873
Abg. Jäger (FDP) .....	4874
Abg. Frau Erlenwein (CDU) .....	4875
Abstimmung .....	4875

**Bewältigung der Asylantenproblematik durch Ergänzung des Artikels 16 Grundgesetz**Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. August 1990  
(Drucksache 12/942)**Unverzügliche Ausweisung straffälliger Ausländer**Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. September 1990  
(Drucksache 12/978)**Umgang mit Asylbewerbern**Antrag der Fraktion der FDP  
vom 8. Oktober 1990  
(Drucksache 12/987)

Abg. Kudella (CDU) .....	4876
Abg. v. Nispen (FDP) .....	4879
Abg. Frau Noack (SPD) .....	4883
Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) .....	4885
Abg. Altermann (DVU) .....	4889
Senator für Inneres Sakuth .....	4889
Abg. Kudella (CDU) .....	4892
Abg. v. Nispen (FDP) .....	4894
Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) .....	4895
Abstimmung .....	4896

**Gesetz über den Fortfall von Genehmigungen und Anzeigen nach dem Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz**Mitteilung des Senats vom 28. August 1990  
(Drucksache 12/948)

1. Lesung .....	
2. Lesung .....	4898

**Operationelles Programm für die Ziel-2-Förderung und Sonderprogramm RENAVAL für die Städte Bremen und Bremerhaven**

Mitteilung des Senats vom 28. August 1990  
(Drucksache 12/949)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer .....	4898
Abg. Schramm (DIE GRÜNEN) .....	4901
Abg. Dr. Schrörs (CDU) .....	4904
Abg. Ziegler (FDP) .....	4906
Abg. Lojewski (SPD) .....	4908
Abg. Dr. Schrörs (CDU) .....	4911
Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer .....	4912
Abg. Schramm (DIE GRÜNEN) .....	4913

**Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 28. August 1990  
(Drucksache 12/945)

2. Lesung .....	4913
-----------------	------

**Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 13. Wahlperiode**

Antrag der Mitglieder des Vorstandes vom 25. September 1990

(Drucksache 12/979) .....	4914
---------------------------	------

**Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz)**

Mitteilung des Senats vom 25. September 1990  
(Drucksache 12/981)

1. Lesung .....	
2. Lesung .....	4914

**Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter am Finanzgericht**

Mitteilung des Senats vom 18. September 1990

(Drucksache 12/974) .....	4914
---------------------------	------

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses**

.....	4915
-------	------

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses**

.....	4915
-------	------

**Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses**

.....	4915
-------	------

**Wahl zweier stellvertretender Mitglieder des Datenschutzausschusses**

.....	4915
-------	------

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Energiepolitik“**

.....	4915
-------	------

**Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven**

.....	4915
-------	------

**Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Deutsche Einheit“**

.....	4915
-------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Fluß, Frau Dr. Hackstein, Frau Lakmann.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Frau Leinemann**

**Schriftführer Ravens**

**Vizepräsident v. d. Schulenburg**

**Schriftführer Tepperwien**

---

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und für das Bauwesen **Kunick** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel **Beckmeyer** (SPD)

Senator für Inneres **Sakuth** (SPD)

Senator für Jugend und Soziales Frau **Uhl** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Fuchs** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Dopatka** (Senator für Gesundheit)

Senatsdirektor **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel)

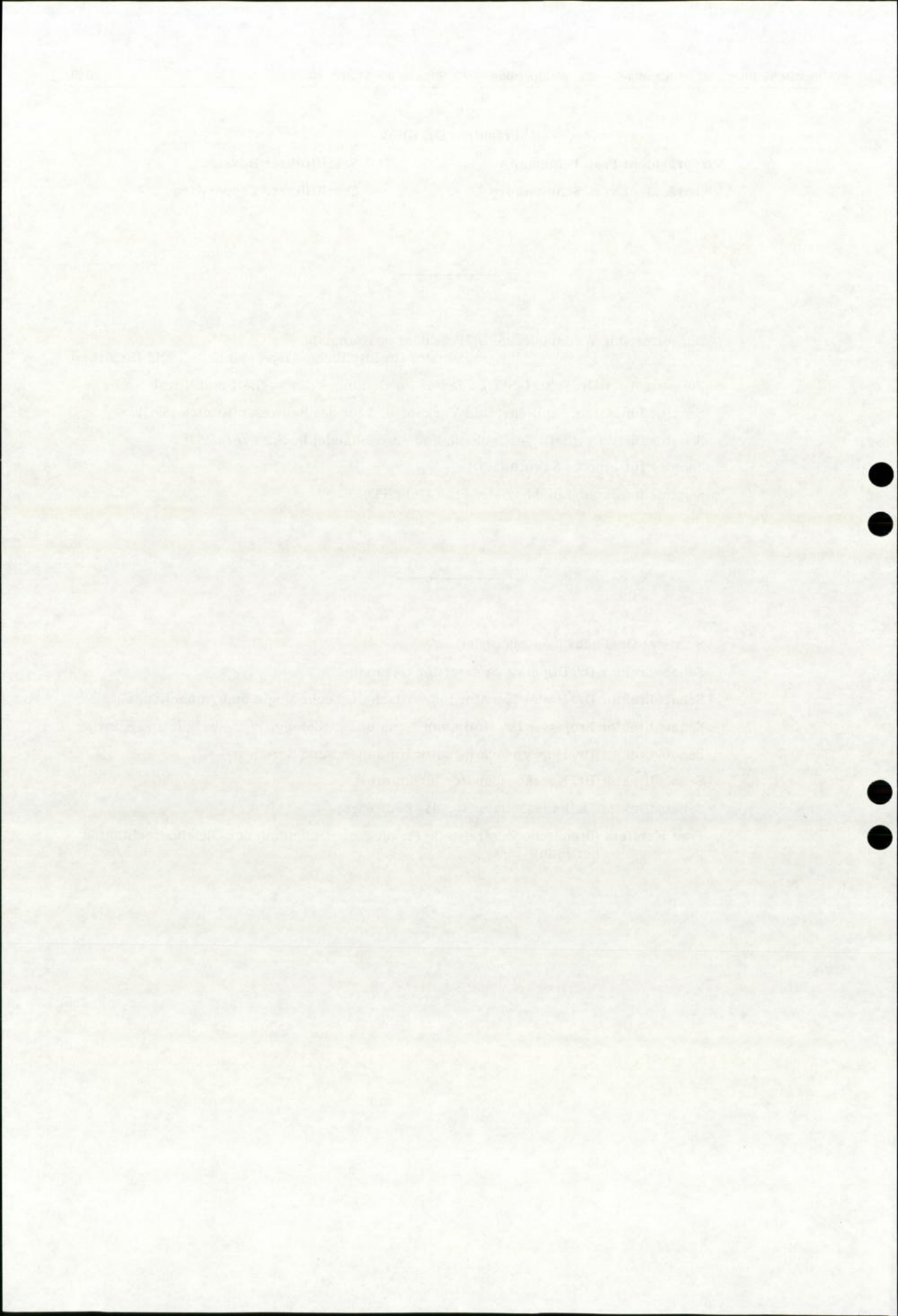
Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Jugend und Soziales)

Senatsdirektor **Dr. Kauther** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Osthaus** (Senator für das Bauwesen)

Frau **Kerstein** (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die 72. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Vertreter der Presse. Folgende Gruppe ist heute anwesend: eine Gruppe Aussiedler, nun weiß ich nicht, ob es von der Sprachschule „Inlingua“ oder von der Sprachschule „Lopez Ebri“ ist. Ich begrüße jedenfalls die Zuhörer in unserem Kreis und wünsche ihnen eine interessante Sitzung.

(Beifall)

Eingänge liegen nicht vor.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Entwicklung des bremischen Schulwesens

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 1990  
(Drucksache 12/932)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß in der dritten Textzeile der ausgedruckten Senatsvorlage ein Übermittlungsfehler enthalten ist, und zwar muß das Datum richtig heißen: 31. Juli 1989. Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Korrektur.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Sygusch.

(B)

**Abg. Sygusch (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt ein Papier von Bürgermeister Dr. Scherf vom 18. Juli dieses Jahres mit dem Titel: „Bremen in der Republik Deutschland — Auswirkungen auf das Ressort Bildung, Wissenschaft und Kunst“. Dort heißt es unter anderem — ich zitiere —: „Grundsätzlich bleibt festzustellen, daß eine leistungsfähige und innovative Bildungspolitik eine Grundvoraussetzung für einen attraktiven Standort ist. Eine Vernachlässigung dieses Standortfaktors ist unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten kontraproduktiv. Die Zukunft Bremens wird auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, den Bildungsbereich mit den notwendigen finanziellen Ressourcen auszustatten, um eine lebendige und kreative Bildungspolitik zu ermöglichen, die nicht nur Schule als Wissensvermittlung betrachtet, sondern auch als Lebensraum versteht. Wenn Eltern überzeugt sind, daß ihre Kinder gern zur Schule gehen und dort optimal gefördert werden, werden sie sich mit Schule identifizieren. Wenn die eigenen Kinder Leistungen vorweisen können und wenn die eigene Schule der Kinder profilierende Leistungen vorweist, erhöht sich die Akzeptanz von Schule in der Gesellschaft.“

Für mich ist hier, wenn auch recht allgemein, so doch ein wesentlicher Punkt angesprochen, der in der vorliegenden Mitteilung des Senats zur Entwicklung des bremischen Schulwesens zu kurz kommt. Aus meiner Berufspraxis und auch aus den zahlrei-

chen Gesprächen in den letzten zweieinhalb Jahren, seitdem ich in der Bürgerschaft mit Bildungspolitik zu tun habe, ist mir vor allen Dingen auch eines klar geworden: Die Schülerinnen und Schüler und die Eltern, aber auch die meisten Lehrerinnen und Lehrer interessieren sich sehr wenig für den ideologischen Schlagabtausch zwischen den Parteien hier in der Bürgerschaft. Sie wollen ganz konkret für sich eine gute Schule und eine gute Schule in einem guten Schulsystem. Die Frage, inwieweit Schule von den Menschen, die damit direkt Tag für Tag, und das jahrelang, zu tun haben, akzeptiert wird, halte ich für sehr wichtig. Leider wird sie im Senatsbericht nur als drittletzter Punkt auf eineinhalb Seiten von 35 Seiten abgehandelt.

(C)

Was verstehe ich aus grüner Sicht unter einer guten Schule? Was ist aus grüner Sicht ein gutes Schulsystem? Gibt es dafür eindeutige Kriterien? Ich meine ja. Aus grüner Sicht nenne ich Ihnen jetzt sechs Vorschläge für eine gute Schule und später dann fünf Kriterien für ein gutes Schulsystem. Welche sechs Punkte machen aus meiner Sicht, und diese Sicht lehnt sich an eine Denkschrift an, die der Berliner Senat im August dieses Jahres veröffentlicht hat, eine gute Schule aus?

Erstens, Überschaubarkeit! Gute Schulen dürfen nur so groß sein, und da sind in Bremen in den letzten Jahren mit den großen Schulzentren viele Fehler gemacht worden, daß die Einflußnahme noch als konkretes Ergebnis sichtbar wird und auch erfahrbar ist. Anonyme Mammutschulen werden Schüler und Eltern niemals motivieren, Einfluß zu nehmen und sich um die eigenen Dinge zu kümmern.

(D)

Zweitens, Bewohnbarkeit! Eine gute Schule muß schon durch ihre Bauweise und die innere Ausgestaltung den Schülern Geborgenheit und Schutz vermitteln, sie stärken und eine Umgebung von anregender Atmosphäre schaffen. Wir alle wissen, daß viele Schulen so nicht sind. Hier gibt es einen großen Handlungsbedarf. Die Schulbevölkerung, nämlich die Eltern, die Schüler und auch die Lehrer, sollten hier maßgeblich mitgestalten können. Baubiologische und ökologische Belange sind zu berücksichtigen.

Drittens, das pädagogische Profil! Gute Schulen unterscheiden sich durch ihr unverwechselbares Image. Dieses Schulimage erzeugt einen großen Teil der Akzeptanz und auch die Zufriedenheit der am Schulleben Beteiligten. Beispiele für ein solches Profil können unter anderem sein: sportlicher Schwerpunkt, musische Schwerpunkte, attraktive Arbeitsgemeinschaften, Frühbeginn einer Fremdsprache, zweisprachige Alphabetisierung, auch zweisprachiger Unterricht, aber nicht nur für eine elitäre Minderheit, aber auch bestimmte Rituale, ein bestimmter Wochenrhythmus und so weiter. Es ist wichtig, dabei allerdings zu bedenken, daß es nicht um noch mehr Schule gehen kann, sondern um Ansätze gerade auch an außerschulischen Lernorten, um einer totalen Verschulung der Kindheit entgegenzuwirken.

(A) Viertens, Stichwort Geduld! Gute Schulen bleiben menschlich in einer Zeit der totalen Operationalisierung des Lebens. Es ist menschlich, Fehler zu machen. Es ist auf Dauer nicht verzeihlich, immer dieselben Fehler wieder zu machen, aber gute Schulen haben deshalb Geduld, etwa frei nach dem Motto: Irrtümer haben ihren Wert, jedoch nur hier und da, nicht jeder, der nach Indien fährt, entdeckt Amerika.

Fünftens, ein ausgeglichenes soziales Klima innerhalb der Schule! Eine gute Schule ist familiär. Sie weiß, daß sie Funktionen übernehmen muß, die früher von der Familie mehr oder minder gut wahrgenommen wurden.

Sechstens, Offenheit gegenüber dem Stadtteil! Gute Schulen betreiben „community education“. Sie erkunden und erforschen den Stadtteil, und sie sind Treffpunkt für den Stadtteil.

Diese sechs Kennzeichen einer guten Schule können aber grob mißverstanden werden. Das erste Mißverständnis wird gern in Verwaltungen gepflegt. Da wird so argumentiert: Es käme nur auf das Lehrerethos an, materielle Ausstattung sei nachrangig. Damit soll eine Diskussion um Sachmittel, Klassenfrequenzen und Lehrerarbeitszeiten als nebensächlich diskreditiert werden. Wir alle hier wissen hoffentlich, daß es sich so nicht verhält.

Sicher macht die Reduzierung um eine Pflichtstunde den übrigen Unterricht nicht zwangsläufig besser, und eine teure Computerausstattung, die nicht kompetent benutzt wird, hat auch keinen positiven Effekt. Aber der Weg zu einer guten Schule führt nur über die Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen. Zum Beispiel ist es längst überfällig, in Bremen die Frequenz im Grundschulbereich auf 20 Schüler und Schülerinnen zu senken, so wie wir das auch in der Deputation beantragt haben.

(B) Das zweite Mißverständnis lautet etwa so: Ob eine Schule eine gute oder eine schlechte Schule ist, hat mit der Schulform und der Schulstruktur überhaupt nichts zu tun. Nach meiner Auffassung hat die Schulstruktur sehr viel mit der Qualität der Schule zu tun. Es ist falsch, die Schulstrukturdebatte, die Forderung nach mehr Gesamtschulen als nebensächlich oder gar als wissenschaftlich überholt hinzustellen. Deshalb nenne ich jetzt aus grüner Sicht fünf Kriterien für ein gutes Schulsystem:

Erstes Kriterium, gemeinsame Erziehung! Mit jeder Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen aus der Schule wird der Anspruch auf ein gutes Schulsystem ein Stück weit aufgegeben. Der Verzicht auf gemeinsamen Unterricht und Erziehung verschiebt das Problem der Ausgrenzung in eine andere Schulform. Gemeinsamer Unterricht meint nach meiner Auffassung keine Gleichmacherei, sondern ein bewußtes Zusammenbleiben und miteinander Lernen trotz beziehungsweise gerade wegen erheblicher Unterschiedlichkeiten. Im Hinblick auf behinderte Schüler und Schülerinnen hat dies der Rat der EG in einer Entschließung am 31. Mai 1990 wieder neu bekräftigt.

(C) Leider zeigt zum Beispiel der Bildungsgesamtplan 90 auf der anderen Seite ganz deutlich, daß der Aspekt sozialer Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit — ein Anspruch der Sozialdemokraten seit Ende der sechziger Jahre, jedenfalls wurde es seit dieser Zeit in die Gestaltungsmöglichkeit genommen, vorher war er auch schon da — trotz der Bildungsreform der sechziger und siebziger Jahre eben nicht befriedigend gelöst wurde. Der Anteil der Arbeiterkinder im Bereich der Gymnasien in den Klassen elf bis 13 stagniert bei ungefähr 16 Prozent, während die Gesamtzahl der Schüler aus Arbeiterfamilien etwa 35 Prozent ausmacht.

Gemeinsame Erziehung ist auch angesichts der Bremer Realität eine aktuelle Forderung. Die Hauptschule ist zur Restschule verkommen, Ausländerkinder haben es unverhältnismäßig schwer und gehen im gegliederten System oft unter, eine interkulturelle Erziehung wird kaum angeboten, behinderte Kinder werden vom Regelschulsystem ausgeschlossen, in der Berufsausbildung haben Mädchen nach wie vor große Probleme, die Integration von allgemeiner Bildung und Arbeitsbildung stagniert auch in Bremen.

(D) Die Sozialdemokraten in der Behördenspitze zeigen ganz deutlich, daß sie dem Auftrag des Bremischen Schulgesetzes nicht nachkommen wollen, daß sie das Innovationspotential nicht für die Umwandlung in Gesamtschulen nutzen wollen, sondern daß sie die vorhandenen Ressourcen aufsplitteln wollen, wie dies aus dem Positionspapier der Behördenleitung hervorgeht, das der Senatsdirektor am 17. September an die SPD-Mitglieder in der Bildungsdeputation versandt hat. Nach dem Motto „entweder oder“ werden in diesem Papier die Gesamtschulen der dritten Generation als zu teuer diffamiert, und es wird ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, die mir erstens nicht weit genug gehen und die zweitens ganz bewußt den qualitativen Sprung der Umwandlung ausschließen.

Es geht in diesem Papier um einen allgemeinen Aufforderungscharakter, breit und unverbindlich. So gesehen ist für mich die Bildungspolitik der Sozialdemokraten, und dies geht auch aus der Mitteilung des Senats hervor, ernüchternd perspektivlos. Die spannende Perspektive einer gemeinsamen Erziehung, so wie sie beispielsweise der Berliner Senat in seiner Denkschrift vorlegt, fehlt in Bremen und in der Mitteilung des Senats gänzlich.

Zweites Kriterium eines guten Schulsystems, Qualifizierung! Natürlich ist die Schule dazu da, zur Leistung zu motivieren, Schüler wollen, sollen und müssen Leistungen bringen. Aber in einem guten Schulsystem ist Leistung kein Wert an sich, es kommt auf die inhaltliche Füllung an. Was wird gelernt und wer hat den Nutzen davon, sind zentrale Fragestellungen.

Drittes Kriterium eines guten Schulsystems ist die Durchlässigkeit, gerade von unten nach oben, solange eine gemeinsame Erziehung noch nicht verwirklicht ist.

- (A) Viertes Kriterium eines guten Schulsystems ist die Veränderbarkeit. Ein gutes Schulsystem gibt einen verbindlichen Rahmen vor, um die Vergleichbarkeit zu anderen Bundesländern zu gewährleisten, darunter eröffnet es aber große Entscheidungsspielräume für die Einzelschule.

Fünftes Kriterium eines guten Schulsystems ist Weltoffenheit. Weltoffenheit wird nach meiner Meinung am ehesten dort erworben, wo Schüler verschiedener Nationalitäten selbstverständlich zusammenleben und gemeinsam lernen. Der Prozeß der europäischen Integration kann nicht auf den Fremdspracherwerb eingeeengt werden. Internationalität will gelebt werden, was sehr anstrengend sein kann, aber es gibt dazu keine Alternative.

Professor Preuß-Lausitz aus Berlin hat für mich quasi zusammenfassend festgestellt: „Öffentliche Bildung, wenn sie überhaupt einen identitätsstärkenden Beitrag leisten will, wird sowohl die Forderung nach sozialer Wärme als auch nach Sinnstiftung unterstützen müssen, Aufgaben, die für das deutsche Bildungssystem relativ neu sind.“ Ich denke, die Bremer Schulen sind gut beraten, wenn wir die von mir genannten Kriterien einer guten Schule und eines guten Schulsystems in der nächsten Zeit in den Vordergrund stellen würden. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Aulfes.

Abg. Aulfes (SPD \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ich vor einigen Tagen im „Weser-Kurier“ las, liegt dem Senat das Schicksal des Einzelgymnasiums Kippenberg sehr am Herzen. Diese gewiß löbliche Fürsorge entspringt sicherlich dem nostalgischen Charme punktueller Inkonsequenz gegenüber dem Bremischen Schulgesetz, wie ich das hier einmal formuliert habe.

(Beifall bei der SPD)

Doch trotz aller nostalgischen Löblichkeit geht es mir hier nicht um die punktuelle Inkonsequenz, sondern vielmehr um die generelle Konsequenz, mit der das Bremische Schulgesetz von 1975 umgesetzt wurde und wird.

15 Jahre Bremisches Schulgesetz, ein solcher Abschnitt scheint schon geeignet, die Entwicklung des bremischen Schulwesens in Rückblick und Ausblick zu analysieren und zu würdigen. Obwohl die bremische Schulentwicklung seit 1945 ein schulreformerisches Kontinuum darstellt, markiert das Jahr 1975 dennoch eine herausragende Wegmarke. Die Umstellung der Schulstruktur auf die Stufenschule begann 1975 und kann nunmehr generell als abgeschlossen gelten, aber es bedurfte erheblicher Anstrengungen, seit Beginn der achtziger Jahre dann

\*) Vom Redner nicht überprüft.

auch unter der Last der Kürzungs- und Sparpolitik, eine solche Umstrukturierung durchzusteuern. Daß wir unter all den Schwierigkeiten überhaupt damit zu Rande gekommen sind, das kann man manchmal schon als halbes Wunder bezeichnen.

Das Ergebnis kann sich trotz aller Schwierigkeiten sehen lassen. Der Bericht des Senats spiegelt insgesamt die Realität unseres Schulsystems adäquat wider. Ich kann hier aus Zeitgründen nur auf einige wenige Perspektiven der Bildungspolitik eingehen, das aber in aller Deutlichkeit.

Über die bremische Stufenschule noch weiter zu streiten, daran scheint ja vernünftigerweise selbst die CDU allmählich die Lust zu verlieren, wenn man jedenfalls den Presseberichten glauben darf.

(Beifall bei der SPD)

Stufenschule und Schulzentren bestimmen als normative Kraft des Faktischen das Schulleben im Zwei-Städte-Staat. Ich kann also feststellen, die Stufenschulentwicklung ist im Lande Bremen erkennbar geworden.

Doch wie sieht es mit dem berühmten Paragraphen 3 des Bremischen Schulgesetzes aus? Dieser sieht neben der Entwicklung zur Stufenschule die schrittweise Integration der Schulzentren vor. Worum geht es dabei eigentlich im Kern?

Meine Damen und Herren, wer soziales Lernen, das Praktizieren von Solidarität mit den Schwächeren, das Bekämpfen einer verderblichen Ellenbogenmentalität, das mühevoll Einüben demokratischen Zusammenlebens wirklich will, für den ist die integrierte und differenzierte Schule die einer offenen, pluralistischen und emanzipierten Gesellschaft einzig angemessene, zukömmliche und daher zu erstrebende Schulform.

(Beifall bei der SPD)

Im Bericht des Senats heißt es im vierzehnten Kapitel, ich zitiere: „Bremen steht den Schulsystemen in den EG-Ländern näher als die anderen Länder der Bundesrepublik, obgleich es mit der grundsätzlichen Aufrechterhaltung der traditionellen Schulgattungen in den Schulzentren des Sekundarbereichs I noch hinter der allgemeinen europäischen Entwicklung zurückliegt.“

Wir vertrauen also einerseits mit Geduld auf die europäische Entwicklung, doch wir nutzen auch andererseits die neuerliche Bewegung, das heißt das wachsende Bestreben von Eltern und Lehrern zu mehr Integration und mehr Gesamtschulpädagogik. Die Entwicklung in den einzelnen Sek-I-Zentren wird gebunden werden an den Voten der jeweiligen Schulgremien. Eine von oben dekretierte Entwicklung zur integrierten Schule wird es jedoch nicht geben. Der von konservativer und konservativ-liberaler Seite zu hörende Vorwurf, das bremische Schulwesen lasse Schulvielfalt vermissen, ist ein allzu vordergründiger Vorwurf. Der Verein Schulviel-

(C)

(D)

(A) falt in Bremen betreibt im Grunde Etikettenschwindel, denn in Wahrheit ist er ein Verein zur Wiederherstellung sogenannter durchgehender Einzelgymnasien.

Pädagogische Vielfalt im Rahmen unserer Stufenschule und innerhalb unserer Schulzentren zu stärken und weiterzuentwickeln, das ist unser Ziel. Eine größere Vielfalt pädagogischen Lebens als im streng gegliederten vertikalen System existiert in unseren Schulzentren allemal, und wir werden sie verstärkt weiter entwickeln.

Übrigens, meine Damen und Herren, gibt es drängendere Fragen in unseren Schulen als Fragen der Schulstruktur. Herr Sygusch hat ja schon den Begriff „gute Schule“ ins Spiel gebracht, und das ist ja auch ein modischer Begriff geworden, und Senator Scherf benutzt ihn ja auch.

Was ist denn nun ein gute Schule? Die Schule der Zukunft muß mehr sein als eine Institution, in der Kinder unterrichtet und erzogen werden. Sie muß mehr Möglichkeiten zur Gestaltung des Lebens im Stadtteil bekommen und entwickeln. Sie muß nicht unbedingt und durchgängig Ganztagschule sein, aber sie muß Angebote über den Vormittag hinaus machen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Unterricht und Schulleben haben sich stärker dem Leben, das heißt dem Arbeitsleben, dem Freizeitleben, dem Kulturleben im jeweiligen Stadtteil zu öffnen, ja, Schule muß auf diesem Gebiet gestalterisch tätig werden. Hier stehen wir leider noch in den Anfängen, aber diese vielversprechenden Anfänge sind da.

(Beifall bei der SPD)

Die Reform der Grundschule, man kann das im achten Kapitel des Berichtes nachlesen, hat begonnen. Bisher vereinzelte Versuche, schulisches Leben offener zu gestalten, wirken ansteckend. Die Reform der Grundschule wird sich ausweiten und ausbreiten,

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

doch sie darf nicht auf die Grundschule und die Grundschulzeit begrenzt werden. Das heißt, die Reform der Grundschule darf nur der Anfang einer Reform von Schule überhaupt sein.

(Beifall bei der SPD)

Zum Beispiel die weitgehende Überwindung des Frontalunterrichts durch individualisiertes selbständiges Lernen, das zunehmend handlungsorientiertes, projektbezogenes Lernen sein wird, muß auch für die Sekundarstufen I und II gelten.

(Abg. Jungclaus [FDP]: Das ist nichts Neues!)

(C) Nachdem noch in den siebziger und achtziger Jahren die Sozialdemokraten mit ihrer Forderung nach der vorrangigen Vermittlung von Schlüsselqualifikationen weitgehend allein standen, predigt nunmehr auch Herr Möllemann den Mut zur Lücke, fordert der CDU-Kultusminister Gölter ein Abgehen vom typisch deutschen enzyklopädischen Perfektionismus und hält der IBM-Chef Henkel einen großen Teil des erworbenen Wissens bereits für überholt, wenn die Absolventen in die Praxis kommen.

Ich zitiere den IBM-Chef Henkel: „Wir brauchen Schlüsselqualifikationen, also Fähigkeiten, die das Erlernen von wechselndem Spezialwissen erleichtern. Dazu zählt zwar ein Grundwissen, vor allem aber die Fähigkeit zum logischen, systematischen Denken sowie zum sprachlichen Ausdruck und Verstehen.“

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Ja, meine Damen und Herren, was ist das Fazit? Die fortschrittlichen Industriemanager von heute reden heute so, wie es SPD-Bildungspolitiker schon vor 20 Jahren getan haben.

(Beifall bei der SPD)

(D) Da brauchen Sie nicht zu lachen, das läßt sich leicht nachweisen, und ich kann Ihnen leicht den Beweis erbringen. Das selbständige Lernen zu lernen ist wichtiger, als viel zu wissen. Teamwork zu erlernen ist notwendiger denn je geworden.

(Beifall bei der SPD)

Doch diese theoretische Erkenntnis zur gängigen Praxis in unseren Schulen zu machen ist ein schwieriger und langwieriger Prozeß, aber auch er hat bereits begonnen.

Die schulische Förderung Behinderter und das gemeinsame Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten sind in ihren Möglichkeiten und Schwierigkeiten im Kapitel neun des Berichts zutreffend beschrieben worden. An der behutsamen und sorgfältig zu kontrollierenden Entwicklung muß festgehalten werden. Jede Überstürzung würde eine Überforderung bedeuten. Manche suchen das Tempo dieser bremischen Entwicklung als Schneckentempo zu diffamieren, aber abgewogene und abgesicherte Schritte in die richtige Richtung sind besser als hastige Schritte, bei denen man ins Stolpern gerät.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Schwierigkeiten gibt es in unseren Schulen mehr als genug. Sie resultieren aus den Schwierigkeiten der Kinder, die Jahr für Jahr in einer problematischeren Verfassung in die Schule kommen. Sie resultieren aus dem Zustand der Elternhäuser und der Gesellschaft überhaupt. Sie

- (A) sind auch eine Frage der zur Verfügung stehenden oder auch nicht zur Verfügung stehenden Ressourcen. Der umfangreiche und sorgfältig erarbeitete Bericht des Senats ergibt als Fazit:

Erstens: Das bremische Schulwesen hat den schwierigen Prozeß der Umstellung auf die Stufenschule erfolgreich vollzogen.

Zweitens: Die bremische Schulreform ist ein langwieriger Prozeß und eine ständige Aufgabe, die in immer neue Phasen eintritt.

Drittens: Das Ressourcenproblem, die gesamte Ressourcenproblematik ist nicht zu übersehen. Öffentliche Schule wird immer schwierig bleiben und stets kritikwürdig, deshalb wird es satte Zufriedenheit mit den Schulen nicht nur nicht geben, sondern auch nicht geben können und dürfen. Eine Schule, die nicht auch kritisiert wird, wäre nicht mehr lebendig.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, richte ich einen dringenden Appell an den Senat, endlich seine Schulaufgaben zügig und gewissenhaft zu erledigen!

(Abg. Jungclaus [FDP]: Macht er das nicht?)

Leider warten wir seit dem 31. August auf das von der Bremischen Bürgerschaft geforderte neue Lehrerbedarfs- und Schulraumbedarfskonzept bis Mitte der neunziger Jahre.

- (B) (Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Da dieses Konzept Konsequenzen haben wird schon für den Haushalt 1991, fordere ich den Senat auf das Dringlichste auf, dieses Bedarfskonzept bis Ende Oktober der Bremischen Bürgerschaft vorzulegen, damit es den Fraktionen bei ihren jeweiligen Haushaltsberatungen im November zur Verfügung steht!

(Abg. Jungclaus [FDP]: Dann ist er fertig!)

Herr Senator, mit dem Hinweis auf das berühmte Sommerpaket läßt sich dieses Parlament nicht länger verträsten!

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Mittlerweile ist der Sommer vergangen, es ist Herbst, und Herbst bedeutet die Zeit der Ernte.

(Abg. Bürger [CDU]: Großer Unterrichtsausfall!)

Über das Sommerpaket ist genug geredet worden, Herr Senator, packen Sie die Bedarfe endlich auf den Tisch!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

(Abg. Stiering [SPD]: Herr Bürger, Sie können sich kurz fassen!)

- (C) Abg. Bürger (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nein, ich kann es leider nicht kurz machen! Wir debattieren immerhin einen Bericht, der 35 engbeschriebene Seiten umfaßt, und da kann man sich naturgemäß nur auf einige wenige Punkte beschränken. Im Grunde genommen sagt dieser Bericht überhaupt nichts Neues, weil alles das, was dort zusammengetragen worden ist, bereits in Deputationen und in mehreren Bürgerschaftssitzungen debattiert worden ist.

(Abg. Stichweh [SPD]: Das hat er mit Ihnen gemeinsam!)

Aber, Herr Stichweh, nun hören Sie doch einmal zu, Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen will!

(Abg. Stichweh [SPD]: Nichts Neues!)

Aber dieser Bericht muß natürlich debattiert werden. Er kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, weil es immerhin um grundsätzliche pädagogische und bildungspolitische Aussagen geht, und die gilt es immer wieder deutlich zu machen.

Das, was Herr Aulfes zum Teil sehr euphorisch hier vorgetragen hat, gilt es ebenfalls zu relativieren. In einem stimmen wir mit ihm überein, daß die Lehrerversorgung so nicht hinnehmbar ist, wie sie sich jetzt darstellt.

- (D) Herr Bürgermeister, Sie haben mir gerade vorgestern vorgeworfen, als ich nach der Lehrerversorgung fragte, Sie hätten den Eindruck, das seien alles Relikte aus der Zeit vor den Sommerferien. Ich muß Ihnen widersprechen. Ich hoffe, daß Sie doch auch gestern den Brief von der Schule Ellener Feld in Ihrer Post hatten, wo auf drei Seiten eng beschrieben deutlich gemacht worden ist, wie die schulische Situation, wie die unterrichtliche Situation sich darstellt. Das ist doch katastrophal! Vor den Sommerferien fiel Unterricht in der Gymnasialabteilung aus, jetzt haben Sie dort eine Versorgung vorgenommen zu Lasten der Realschulabteilung! Das kann doch nicht die Lösung aller Dinge sein!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, drei Gesetze ziehen sich wie ein roter Faden durch diesen Bericht. Herr Aulfes, mit diesem Bericht, mit dieser Jubelschrift, wollen Sie ja wohl auch in den Wahlkampf ziehen, Sie beziehen sich auf dieses verhängnisvolle Bremische Schulgesetz mit dem Paragraphen 3, das Schulverwaltungsgesetz und auch das Lehrerausbildungsgesetz. Deshalb werden Sie auch kaum Zustimmung zu diesem Jubelbericht erhalten.

Diese drei Gesetze, meine Damen und Herren, sind von der CDU nie mitgetragen worden und werden auch in Zukunft nicht akzeptiert werden können.

(Abg. Aulfes [SPD]: Haben Sie es sich schon wieder anders überlegt?)

- (A) Die CDU hat bei der Verabschiedung dieser Gesetze Bedenken vorgetragen, und wir müssen feststellen, daß sich in den letzten 15 Jahren diese Bedenken eher verdichtet haben, als daß sie geringer geworden sind. Dieses Lehrerausbildungsgesetz, Herr Aulfes, gibt es in dieser Rigorosität in keinem anderen Bundesland, und daraus sollten Sie auch, glaube ich, die Schlüsse ziehen. Auch wenn jetzt eine Anerkennung auf KMK-Ebene erfolgt ist, meine ich, gibt es das eine oder andere durchaus zu korrigieren.

Mit diesen Gesetzen ist das gegliederte Schulwesen in Bremen zerschlagen worden, und von daher, Herr Aulfes, kann ich Ihrer Aussage natürlich, daß das eine herausragende Wegmarke gewesen sei, in keiner Weise zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Gesetze entsprechen nicht CDU-Bildungsvorstellungen und CDU-Bildungsforderungen. Wir sind der Meinung, daß in einer immer differenzierter werdenden Arbeitswelt nicht die Einheitsschule, sprich Gesamtschule, gefragt sein kann, sondern das gegliederte Schulwesen, das eben die besseren Antworten in Gegenwart und Zukunft wird geben können, wo eben jeder nach seinen Fähigkeiten und Neigungen individuell gefordert und gefördert werden kann.

Sie haben recht, Herr Aulfes, wenn Sie sagen, wir bräuchten Schlüsselqualifikationen. Nur, festzustellen ist, daß dieser Bericht darauf überhaupt keine Antworten gibt, wie das zu geschehen hat. Das sind doch Phrasen, die Sie hier vorgetragen haben!

- (B)

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Orientieren Sie sich doch einmal an dem, was der Bundeselternrat auf der letzten Tagung dazu gesagt hat, das können Sie nachlesen in der gestrigen „FAZ“!

(Abg. Aulfes [SPD]: Außerdem scheinen Sie den Bericht nicht gelesen zu haben!)

Schule ist nie etwas Statisches, meine Damen und Herren, darf es auch nicht werden, aber auch das gegliederte Schulwesen hat sich weiterentwickelt. Schauen Sie über den Tellerrand Bremens hinaus in die anderen Bundesländer! Da gibt es gute Beispiele, ohne daß diese Länder die Nachteile des Bremer Schulwesens in Kauf genommen haben. Neue Lehr- und Unterrichtsformen müssen einbezogen werden, die Schule muß sich öffnen, das ist überhaupt gar keine Frage.

Der Senat erweckt aber in seinem Bericht den Eindruck, als ob das alles nur mit dem bremischen Schulwesen zu bewerkstelligen sei mit seinen Schulzentren und seinen Gesamtschulen, und das kann doch wohl nicht richtig sein. Da heißt es dann: „Solidarisches Zusammenleben möglichst aller Schülerinnen

und Schüler eines Jahrganges ist das Gegengewicht zur Aufteilung auf die Schulgattungen.“ (C)

Meine Damen und Herren, das ist so verkürzt, das ist so schwarz-weiß, daß es deshalb auch falsch ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Aulfes, geht es denn nicht ein bißchen differenzierter? Nach 15 Jahren müßten Sie doch -zig Belegstellen dafür haben, daß das auch nachweisbar ist.

Das ist es aber nicht! Die SPD will und kann es auch gar nicht nachweisen, denn Untersuchungen an Gesamtschulen, und das wissen Sie genau wie ich, machen deutlich, daß auch und gerade der sozial-integrative Ansatzpunkt in den Gesamtschulen im Grunde genommen als gescheitert angesehen werden muß bei gleichzeitiger individueller Leistungsförderung auf breiter Ebene.

(Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

Steht das sozial-integrative Moment im Vordergrund, leidet die Leistung, Herr Aulfes. Beides geht eben nicht. Das marxistisch orientierte Menschenbild ist eben falsch,

(Widerspruch bei der SPD)

nach dem jeder beliebig bildbar ist. Das gibt es eben nicht!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Auch dazu, meine Damen und Herren, gibt dieser Bericht überhaupt keine Antworten. Was verstehen Sie denn überhaupt unter solidarischem Zusammenleben? Welches sind die gemeinsam als verbindlich anzunehmenden Werte und Normen, die das zukünftige Schulleben prägen sollen? Keine Antwort in dem Bericht! Das sind aber Inhalte, Herr Aulfes, die tief in Schule hineingehen.

Der Bericht beschreibt ohnehin kaum, welche zukünftigen Kompetenzen Schule vermitteln muß

(Abg. Aulfes [SPD]: Herr Bürger, Sie brauchen doch nicht alles zu wiederholen, was im pädagogisch-inhaltlichen Konzept schon alles steht!)

und welche Kompetenzen zukünftig entscheidend sein werden, um auf Beruf und Studium vorzubereiten. Herr Aulfes, Sie können sich nachher noch einmal zu dem einen oder anderen Punkt melden. Da ist der Dialog doch besser zu machen als durch Zwischenrufe.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Das ist doch kein Dialog, was Sie da machen!)

Dann heißt es an anderer Stelle unter dem Kapitel: „Auch das Maß der Flexibilität von Schule ist ein Maß für ihre Qualität.“ Dazu fällt dem Senat nur der

- (A) Hinweis auf die Kultusministerkonferenz ein, wo er solche Flexibilität sichert, nämlich so bei der Mitwirkung an dem Beschluß zur vereinfachten Anerkennung von Schulversuchen.

Herr Bürgermeister Dr. Scherf, ich frage Sie: Warum fällt Ihnen da eigentlich nicht mehr ein? Gibt es dazu nicht mehr? Das könnte ich mir schon vorstellen. Wenn Herr Aulfes sagt, „Schule ist mehr als nur die Organisationsform“, stimme ich mit ihm überein, nur, wo bleibt denn die Flexibilität in Bremen? Da haben Sie natürlich Schwierigkeiten, Beweise zu liefern. Schule in Bremen ist doch in ein Stufenkorsett gezwängt. Das läßt sich doch nicht wegdiskutieren! Um die Stufenschulen abzusichern, gibt es starre Schulgrenzen, alles andere als Flexibilität! Die Flexibilität in Bremen ist so groß, daß Eltern für ihre Kinder nicht einmal die Schule wählen können, die sie wünschen.

Heben Sie doch endlich die Schulgrenzen einmal auf! Warum billigt die SPD nur den Gesamtschulen die Ganztagsform zu? Warum nicht auch anderen Schulen? Das wäre Flexibilität. Da würden Sie den Wünschen der Betroffenen entgegenkommen können. Das machen Sie aber nicht!

Dann preist der Bericht die Schulvielfalt. Das ist ebenso Hochstapelei wie die Feststellung, es gäbe noch zwei durchgängige Gymnasien von Klasse elf bis 13. Meine Damen und Herren, das kann ich nur als Augenwischerei bezeichnen, um im Außenverhältnis, wenn Sie den Bericht in andere Bundesländer verschicken, auch noch deutlich zu machen, Sie haben im Grunde genommen noch viele Gymnasien, aber Gymnasien von Klasse elf bis 13 sind Rumpfgymnasien, aber doch keine Gymnasien herkömmlicher Art.

- (B) Von Schulvielfalt, meine Damen und Herren, kann in Bremen nun wahrlich nicht mehr die Rede sein. Nach der Aufstellung auf Seite vier gibt es seit 1989 keine selbständigen Haupt- und Realschulen mehr und nur noch zwei durchgängige Gymnasien. Herr Bürgermeister, selbst die letzte, immer noch existierende, Gott sei Dank existierende, Haupt- und Realschule Lothringer Straße ist dort gar nicht mehr aufgeführt.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Sauerei!)

Das ist fast derselbe Sachverhalt wie mit dem durchgängigen Gymnasium Kippenberg.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich sagen: Die Schülerzahlen lassen auf jeden Fall den Erhalt der Schule Lothringer Straße rechtfertigen, ebenso den Erhalt des durchgängigen Gymnasiums Kippenberg. Der Erhalt der beiden Schulen ist auch aus grundsätzlichen, bildungspolitischen Forderungen heraus geboten. Herr Aulfes, da muß ich Ihnen deutlich widersprechen, hier geht es nicht um den, wie Sie gesagt haben, „nostalgischen Charme“. Das ist eine Abwertung bremischer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

- (C) Bürgermeister Dr. Scherf hat bei der Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen erkennen lassen, das durchgängige Gymnasium Kippenberg zu erhalten. Wenn das so käme, würden wir das sehr begrüßen, das wäre ein riesiger Erfolg für die betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer, die sich vehement für den Erhalt dieser Schule eingesetzt haben, aber ich will auch deutlich hinzufügen, auch für die CDU, die sich immer für den Erhalt der Schule Lothringer Straße und des durchgängigen Gymnasiums Kippenberg eingesetzt hat,

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, wir erwarten heute bei dieser Diskussion von Ihnen auch ein klärendes Wort dazu. Es wird Zeit, daß die SPD-Beschlüsse in diesem Punkt revidiert werden, damit der Auslaufprozeß für die gymnasiale Oberstufe Kippenberg nicht erst eingeleitet werden muß.

Dann haben Sie, Herr Bürgermeister, auf eben dieser Podiumsdiskussion sich dahingehend geäußert, daß Sie auch für Schulvielfalt seien. Ich meine, das ist Augenwischerei, wenn Sie sagen, daß Sie sich dafür einsetzen wollten, denn der Schulvielfalt steht der Paragraph 3 des Schulgesetzes entgegen. Sie äußern sich nicht dazu, wie Sie Schulvielfalt umsetzen wollen trotz dieses Paragraphen 3.

Dieses Bremische Schulgesetz reduziert sich selbst nach Paragraph 3 Schulgesetz, und zwar in Richtung Einheitsschule/Gesamtschule. Deshalb werden wir als CDU nie aufhören, die Streichung dieses Paragraphen 3, wo es um die Integration geht, zu fordern.

(Beifall bei der CDU)

Schulvielfalt in Bremen ist liquidiert. Zur Demokratie gehört aber Vielfalt. Zur Bildungsvielfalt gehören aber nicht nur vielfältige Schulorganisationsformen, sondern gehört auch inhaltliche Vielfalt. Aber auch da versagt das staatliche Schulwesen in Bremen kläglich.

Erstens: Als erste Fremdsprache können die Schüler in Bremen nur Englisch wählen. Meine Damen und Herren von der SPD, ist das Vielfalt? Schauen Sie über den Tellerrand Bremens hinaus! Das gibt es in keinem anderen Bundesland!

Zweitens: Der Kunst- und Musikunterricht ist seit 1977 um 50 Prozent gekürzt. Das hätte man schon längst ändern können. 13 Jahre sind vergangen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Das sind doch Halbgruppen! Das wissen Sie doch ganz genau, daß das Blödsinn ist!)

Herr Stichweh, auch wenn es sich um Halbgruppen handelt, können Sie doch nicht abstreiten, daß in einem Halbjahr Musik erteilt wird und im anderen Kunst, und das bedeutet eine fünfzigprozentige Kürzung.

(Beifall bei der CDU)

(A) Ein dritter Punkt: Keiner Schule wird gestattet, Schwerpunkte zu bilden, zum Beispiel im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Über den Antrag des Gymnasiums Kippenberg, einen musisch-kulturellen Schwerpunkt einzurichten, ist immer noch nicht entschieden worden. Den Schulen in Bremen ist doch die Möglichkeit genommen worden, Profil zu entwickeln. Da könnten Sie Flexibilität beweisen, Herr Bürgermeister. Diese Fragen gehen doch tief in Inhalte von Schule hinein. Ich will das noch einmal wiederholen, Herr Aulfes: Da gibt der Bericht keine Antworten.

Wenn ich Ihre Bemerkung, Herr Bürgermeister, daß Sie Schule von innen heraus erneuern wollen, nicht nur als Lippenbekenntnis werten soll, dann muß sich ganz Entscheidendes ändern. Nur, wie Sie das mit Paragraph 3 bewerkstelligen wollen, das wird wohl Ihr Geheimnis bleiben.

Herr Aulfes, Sie haben am 10. Mai 1989 angeführt, als wir diesen Antrag, der zu diesem Bericht geführt hat, debattiert haben, daß es noch getrennte Haupt- und Realschulen und gymnasiale Bildungsgänge gäbe. Dem widersprechen wir ganz entschieden. Eigenständige Bildungsgänge gibt es nicht mehr. Sie meinen wohl nur noch getrennte Klassenverbände, denn betrachten wir die Inhalte der Lehrpläne, müssen wir feststellen, daß es große Übereinstimmungen, ein Fundamentum, in allen Lehrplänen der vergleichbaren Klassenstufen und Fächer gibt.

(B) (Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

Das ist von der SPD, von Ihnen so gewollt, damit Sie natürlich eines Tages mit einem Federstrich die Gesamtschule einführen können, und genau da setzt unsere inhaltliche Kritik an. Die CDU fordert eigenständige Lehrpläne für die einzelnen Schularten, um diese in den Schulzentren zu stärken, eigenständige Lehrpläne, die didaktisch auf die Ansprüche der jeweiligen Schulart zugeschnitten sind

(Abg. Aulfes [SPD]: Daß Sie so elitär sind, habe ich gar nicht einmal gewußt!)

und methodisch den Fähigkeiten der Schüler in Haupt- und Realschulen und Gymnasien gerecht werden. Wenn schon Schulzentren, meine Damen und Herren von der SPD, wenn schon verschiedene Abteilungen unter einem Dach, dann die Stärkung der Eigenständigkeit von Haupt- und Realschule und Gymnasium!

(Abg. Aulfes [SPD]: Da klatscht ja nicht einmal Ihre eigene Fraktion!)

Die Redezeit ist abgelaufen, meine Damen und Herren. Der Bericht ist so umfangreich und gibt viel Anlaß zur Kritik. Ich will an dieser Stelle erst einmal meinen Beitrag beenden. Ich werde mit Sicherheit mich noch einmal melden.

(Beifall bei der CDU)

(C) **Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau von Schönfeldt.

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur mit Kopfschütteln kann man den Bericht über die Entwicklung des bremischen Schulwesens lesen. Es ist eine Jubelbrochüre, und ich habe das Gefühl, der Wahlkampf hat schon angefangen. Schon bei Faust I in der Szene der fahrenden Schüler hieß es: „Wenn einem nichts einfällt, geht man am besten historisch vor.“

(Heiterkeit — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz — Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

Bremen zog zwar die Konsequenzen aus den Empfehlungen der Bildungskommission des Bildungsrates zur Schulstruktur und zur Gesamtschule für sich, aber Bremen machte mit seinem Lehrerausbildungsgesetz, seinem Schulgesetz und seinem Schulverwaltungsgesetz einen Frühstart, die anderen Bundesländer warten noch ab. Wir als Bremer Liberale stellen fest, daß dieser Frühstart ein Fehlstart war. Bremen ist auf der Bahn von 1975 entlaufen.

Begriffe wie solidarisches Zusammenleben, Demokratisierung des Bildungswesens, Integration und Doppelfunktion werden als Leerformeln gebetsmühlenartig wiederholt, Leerformeln, mit ee! Seit 1975 gibt es kein Umdenken, nichts Neues bei der SPD. Die Gesetze, von der SPD verabschiedet, werden stur durchgezogen, ohne über den Tellerrand zu sehen, was sich in den anderen Bundesländern, auch den SPD-regierten Bundesländern — —.

(Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

Herr Aulfes, also wenn Sie am meisten schreien, sind Sie auch am meisten getroffen!

(Abg. Neujahr [FDP]: Der Kollege Stichweh ist völlig verstummt!)

Man muß doch auch einmal über den Tellerrand sehen, Herr Aulfes, was in den anderen Bundesländern, auch den sozialdemokratischen, an Vielfältigkeit, Vielschichtigkeit sowohl inhaltlich als auch in den Schulen sich entwickelt, neugestaltet dazu kommt oder auch was wieder abgeschafft wird. Selbst in Cottbus, Sachsen und Sachsen-Anhalt werden zum Beispiel Gymnasien gegründet. Also, bei allem Wohlwollen der Kulturhoheit der Länder gegenüber, Bremen hat sich doch in eine Insellage hineinmanövriert, auch wenn Sie in Ihrem Bericht das Gegenteil behaupten.

Ich denke zum Beispiel an die Stufenlehrerausbildung und zitiere, was Sie dazu auf Seite zwölf geschrieben und festgestellt haben:

„Das Problem allerdings, daß entgegen den Vereinbarungen und Abkommen in Bremen ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer Schwierigkeiten mit der Anerkennung in anderen Ländern der Bundesrepublik haben, ist nicht gelöst.“

(D)

- (A) Wenn das Problem nicht gelöst werden konnte, weist das doch bezeichnenderweise auf die einseitige Stufenlehrausbildung hin.

(Beifall bei der FDP)

In wie vielen Anträgen hat unter anderen die FDP mit guten inhaltlichen Begründungen das Lehrerausbildungsgesetz angegriffen, immer im Vergleich zu anderen Bundesländern!

(Beifall bei der FDP)

Aber nein, die SPD lehnte die Anträge kategorisch ab, meist sowieso nur pauschal, ohne auf die Begründung einzugehen! Meine Damen und Herren von Senat und SPD, wie stehen Sie eigentlich zu unserer Landesverfassung, zum Artikel 27? Den haben Sie inhaltlich in Ihrem Schulentwicklungsbericht vollkommen vergessen. Der lautet: „Jeder hat nach Maßgabe seiner Begabung

(Abg. A u l f e s [SPD]: Das ist ja neunzehntes Jahrhundert!)

das gleiche Recht auf Bildung. Dieses Recht wird durch öffentliche Einrichtungen gesichert.“

Ich meine erstens: Im Vollzug des Bremischen Schulgesetzes wurde die früher vielfältige Schullandschaft zerschlagen und durch die Umwandlung in Schulzentren und integrierte Gesamtschulen in eine schulpolitische Monokultur verwandelt.

- (B) Zweitens: In der aktuellen Diskussion, ich gebe gleich die Begründung, um steigende Schülerzahlen, verstärkten Lehrerberuf und neu zu eröffnende Schulen führt die SPD die schulpolitische Debatte der frühen siebziger Jahre, indem sie so tut, als ob es eine enorme Nachfrage nur nach Gesamtschulen gäbe.

Ich möchte Ihnen jetzt an einigen Punkten aufzeigen, was Sie als Senat und SPD in Ihrem Bericht und auch der Öffentlichkeit gegenüber gern verschweigen: Trotz Ihrer gegenteiligen Beteuerungen ist die Bremer Schullandschaft eine Monokultur. Sie reden zwar immer, Ihre Schule wäre vielfältig. Jetzt möchte ich Ihnen einmal aus dem Duden zitieren, was Vielfalt heißt: „Mannigfaltigkeit, Vielgestaltigkeit, Verschiedenartigkeit, Buntheit, Diversifikation, Spektrum und Bandbreite“. Diese Beschreibung, meine Damen und Herren von der SPD, entspricht doch Ihrer Monokultur in keiner Weise.

(Beifall bei der FDP)

Sie schreiben, Herr Aulfes, auch auf Seite zwei, nicht Sie, sondern die Verfasser, sie schreiben auf Seite zwei in ihrem Bericht: „Sie wählt dabei“ — die bremische Schulgesetzgebung — „eine Schule, die also horizontal gegliedert ist.“ Eine Schule, also Einfall statt Vielfalt!

(Beifall bei der FDP)

In Ihrer schulpolitischen Monokultur wird Begabungsunterschieden nur unzureichend durch entsprechende Leistungsdifferenzierungen Rechnung getragen. Die Folge ist, daß sich das Lernniveau in der Regel an den leistungsschwächeren Schülern und Schülerinnen orientiert, Beispiel Orientierungsstufe. Es werden Unterrichtswerke benutzt, die für den Einsatz in Hauptschulen vorgesehen sind. Die vorgesehene gleitende Differenzierung ist gescheitert.

Es wird die Binnendifferenzierung propagiert. Dabei vergißt man, daß eine Binnendifferenzierung eine bestimmte Klassengröße voraussetzt, bestimmt nicht die Klassengröße, die man hier in der Mehrzahl der Orientierungsstufenklassen vorfindet. Es wird vergessen, daß das Unterrichtsmaterial in der Binnendifferenzierung schwer aufzuarbeiten ist. Es wird vergessen, daß die Lehrer für Binnendifferenzierung nicht ausgebildet sind und eine Fortbildung nicht verpflichtend ist. Also, die Binnendifferenzierung unter den momentanen Umständen ist nicht praktikabel.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt keine empirische Forschung zum Differenzierungsmodell. An einigen Orientierungsstufenstandorten ist das Kleinklassenmodell eingeführt, 15 bis 16 Schüler. Das wird von uns natürlich als ganz positiv verzeichnet. Aber da es nicht überall eingeführt ist, schafft dieses Kleinklassenmodell ungleiche Bildungschancen. Ich bin mir sicher, Eltern könnten sogar klagen, deren Kinder in supervollen Orientierungsklassen eingeschult wurden.

Die naturwissenschaftlichen Fächer werden in der Sek I nicht kontinuierlich fortgeführt. Das führt unter anderem dazu, daß in der Sek II die Fächer Chemie und Physik kaum angewählt werden. Erschwerend kommt auch da noch der eklatante Fachlehrermangel dazu.

Das gleiche gilt auch für die musischen Fächer. Was auf Seite acht über Kunst und Schule geschrieben wird, scheint aus einer poetischen Werkstatt zu stammen, die geschilderte Idylle existiert nur bei den von der Realität entfernten Sitzenden, die anscheinend lediglich schöngefärbte Fragebögen auswerten. Auf Seite zehn konstatieren die Verfasser nämlich große Defizite und stellen fest, der Musikbereich bedarf an bremischen Schulen dringend der Verbesserung.

(Beifall bei der FDP)

Förderunterricht ist ein riesiges Problem und wird nur mühsam verkleistert. Bei all diesen Problemen, Herr Aulfes, ist es doch kein Wunder, daß die Fachleute, die Lehrer und Lehrerinnen der Orientierungsstufe weniger positiv gegenüberstehen als die Eltern, so wie es auch in dem Bericht beschrieben wurde. Die Eltern haben doch nur Sekundärerfahrung über ihre Kinder. Es sind wenige Eltern, die sich inhaltlich mit dieser Problematik befassen. Von den Fachleuten, den Lehrern und Lehrerinnen werden auf Seite 19 im fünften Absatz die Defizite ganz klar ausgedrückt.

(C)

(D)

(A) Nächster wunder Punkt, die Sek I! Durch den Einsatz von Gymnasiallehrern im Hauptschul- und Realschulbereich beziehungsweise umgedreht werden die gleichen Bildungschancen bestimmt nicht gefördert. Im Gegenteil, durch den Einsatz von Gymnasiallehrern und -lehrerinnen wird der potentielle Hauptschüler oder die -schülerin bestimmt überfordert, und umgekehrt wird der Gymnasialschüler, die Gymnasialschülerin unterfordert. Im Sek-I-Zentrum Dreberstraße läuft ein Schulversuch mit dem Ziel des Verzichts auf Leistungsdifferenzierung in den Klassen sieben bis neun. Viele Schulzentren laufen einzülig. Die Vergleichbarkeit ist nicht gewährleistet. Die zweite Fremdsprache leidet.

Nächster Punkt, die Stundentafel in den Hauptschulen! Ich darf die Deputationsvorlage vom 14. Februar 1990 vorlesen. „Der Erlaß dieser Stundentafel ist eine Teilmaßnahme in einem umfangreichen Umgestaltungsprozeß, der sich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Angestrebt wird nicht nur die Weiterentwicklung der Hauptschule, sondern des ganzen Sek-I-Bereichs.“

So soll mit der für die Klassen sieben bis zehn angestrebten Fächerkombination, zum Beispiel Naturwissenschaften statt Biologie, die intergrierte Gesamtschule eingeführt werden, und das verschweigen der Senat und die SPD in dem Bericht und auch der Öffentlichkeit. Die Bremer Gesamtschulen arbeiten mit kleineren und niedrigeren Klassenfrequenzen, sie sind personell und materiell besser ausgestattet als die übrigen Schulen.

(B) Natürlich, Herr Aulfes, ergibt sich aus dieser Besserstellung zwangsläufig eine höhere Attraktivität, und wenn dann auch noch das Nachmittagsangebot besteht, ist es doch ganz klar. Die Eltern stürmen die Gesamtschulen oder klagen sich sogar ein. Ein Schulzentrum im Viertel mit seinen personellen, materiellen und mit den großen Schulraumproblemen ist doch wirklich absolut benachteiligt.

Meine Damen und Herren des Senats und der SPD, außerdem messen Sie den Elternwillen mit zweierlei Maß. Nur dem Willen der politisch opportunen Eltern nach Gesamtschulen wird Rechnung getragen, nach anderen Schulformen werden die Eltern überhaupt nicht gefragt.

(Beifall bei der FDP)

Eltern, die ein Gymnasium erhalten wollen, werden als Minderheit deklariert, ihren Wünschen kommt man nicht nach. Sie passen eben nicht in das System. Eltern, die mit der Bremer Schullandschaft nicht einverstanden sind, gehen in die Privatschulen. Senat und SPD sind mit ihrer Politik die Förderer der Privatschulen. Anscheinend haben Sie wohl alle Beraterverträge.

Dabei stellen Sie auch noch in Ihrem Bericht auf Seite 34 fest: „Die allgemeinbildenden privaten Schulen sind eine Herausforderung, das öffentliche Schulwesen so attraktiv zu gestalten, daß allgemeine

Gründe in der Regel für die Wahl privater Schulen nicht ausschlaggebend sein sollten.“ Da kann man doch wirklich nur lachen! (C)

(Abg. Klein [CDU]: Eine Illusion!)

Ein Blick über die Landesgrenze hinweg zeigt, daß auch sozialdemokratisch regierte Bundesländer eine vielfältige Schullandschaft für den richtigen schulpolitischen Weg halten. Ich erinnere an Frau Senatorin Raab in Hamburg und an Herrn Schwier in Nordrhein-Westfalen!

Meine Damen und Herren, über Perspektiven im beruflichen Bereich werde ich mich nicht auslassen, dazu haben wir einen Antrag eingebracht, der in der November-Sitzung diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, Ihrem mangelhaften Jubelbericht möchten wir unsere liberalen Grundpositionen in der Schulpolitik entgegensetzen.

Erstens: Für die FDP-Bürgerschaftsfraktion ergibt sich aus Artikel 27 der Landesverfassung folgender bildungspolitischer Auftrag: Alle Schüler haben Anspruch auf individuelle Förderung ihrer Begabung, das gilt für herausragend Begabte wie für den lernschwächeren Schüler gleichermaßen.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat ist verpflichtet, ein breit gefächertes Schulangebot zur Verfügung zu stellen, um allen Begabungen gerecht zu werden. (D)

(Beifall bei der FDP)

Dieser Verfassungsauftrag wird in Bremen nur unzureichend erfüllt.

Zweitens: Um dem Anspruch der Landesverfassung, alle Begabungsvoraussetzungen gleichermaßen zu fördern, Rechnung zu tragen, ist ein vielfältiges Schulsystem nötig. Eine Schule für alle kann es nicht geben. Es müssen gleichwertig ausgestattete Schulformen angeboten werden. Die FDP gibt daher keiner Schulform den Vorrang und den Vorzug im Gegensatz zur CDU.

(Beifall bei der FDP)

Folgende Gründe sprechen dafür: das Gymnasium! Grundsätzlich ist das Gymnasium ja die Zielscheibe sozialdemokratischer Bildungspolitik. Dabei hat sich das Gymnasium in den letzten Jahrzehnten gewaltig verändert. Früher nahm das Gymnasium nur Schüler, ich betone wirklich Schüler, aus dem Bildungsbürgertum auf. Es entwickelte sich aber zu einer Schule, die Schüler und Schülerinnen aus allen Bevölkerungskreisen aufnimmt. Das Gymnasium hat sich dem daraus ergebenden Zwang zur Anpassung an die neuen Schüler erfolgreich gestellt.

(Beifall bei der FDP)

- (A) Fächerübergreifender Unterricht, Projektunterricht, Ihr Teamwork, Herr Aulfes, Unterricht an außerschulischen Orten sind am Gymnasium genauso zu finden wie an den Gesamtschulen.

(Abg. Aulfes [SPD]: Was haben Sie denn gegen das bremische Schulsystem, wenn es das hier alles gibt?)

Beispiel dafür sind unsere zwei hier noch bestehenden Gymnasien. Sie, meine Damen und Herren von Senat und SPD, wohlgermerkt hier in Bremen, scheinen dagegen die Entwicklung der letzten 20 Jahre verschlafen zu haben oder aus ideologischen Gründen — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP): Gut, dann komme ich nachher noch einmal!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

**Bürgermeister Dr. Scherf, Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Bericht ist so etwas wie eine Rechenschaft über die Arbeit meiner Vorgänger und insbesondere auch des Kollegen Franke. Er hat ihn auch im wesentlichen geschrieben, und ich will als sein Nachfolger sagen, daß er in weiten Bereichen, auch angesichts der Debatten, die über die ganzen Jahre in der Bürgerschaft gelaufen sind — die heftige Kritik der Opposition kennen ja alle, die hier daran teilgenommen haben —, für die Behauptung, daß das bremische Schulwesen ein auf Zukunft hin entworfenes entwicklungsfähiges Schulwesen sei, in diesem Bericht eine große Zahl von Belegen hat zusammentragen können. Ich jedenfalls habe mir das beim Studium dieses Berichts so angeeignet.

Die Behauptung, daß wir hier eine Einheitsschule hätten, ist ein alter Horrorkasten. Sie hat überhaupt nichts mit dem zu tun, was tatsächlich in den Schulen passiert. Man müßte doch auch als Oppositioneller wahrnehmen, und auch Sie, Frau von Schönfeldt, müßten das wahrnehmen, daß die ganz große Mehrheit der bremischen Eltern für ihre Schulzentren einsteht.

(Beifall bei der SPD)

Was glauben Sie denn, was passiert, wenn wir die alle auflösen? Da springen doch die eigenen Beiratsmitglieder der FDP und der CDU vor Ort uns ins Gesicht.

Mit der von Ihnen empfohlenen prinzipiellen Revidierung des 1975 eingeschlagenen Kurses würden Sie ein Chaos vor Ort anrichten. Sie werden überhaupt kein Verständnis finden. Sie werden die regio-

naln Aspekte übersehen, Sie werden Leute kränken, verletzen, außen vor lassen, von denen Sie behaupten, Sie vertreten sie. (C)

Das muß sich doch irgendwann einmal durchsetzen, daß dieses Regionalisieren und zugleich Konzentrieren auf Schulzentren die ganz große Mehrheit der bremischen Bevölkerung, der Eltern natürlich eingeschlossen, hinter sich hat. Keiner denkt doch im Ernst daran, das aufzugeben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte gern mit den vielen Tausenden, die diese Arbeit machen vor Ort, den Anspruch erheben, daß wir mit der bremischen Schule keinen grauen Einheitsbrei produzieren, sondern daß es eine bunte Schulvielfalt innerhalb dieses Schulsystems gibt. Wir müssen nicht von außen agitiert werden, wir müssen nicht zerschlagen werden, sondern wir müssen weiter entfalten, was dort an Möglichkeiten vorhanden ist, und ich spüre, daß es dort ganz viele Offerten gibt und daß es klug ist, darauf zuzugehen, und daß es da auch klug ist, die unterschiedlichen, differenzierten Angebote aufzunehmen.

Einer von Ihnen hat gesagt, ich glaube, Herr Sygusch war es, daß niemand in Wahrheit interessiert ist an unseren schulpolitischen Grundsatzdebatten hier. Die Menschen sind vor Ort auf ganz andere Probleme konzentriert. Die ertappen uns gelegentlich dabei, daß wir nicht über das, was sie wirklich machen, reden, sondern daß wir unsere Vorurteile hier gegenseitig austauschen. Das fördert die politische Entwicklung nicht, blockiert sie eher. (D)

(Beifall bei der SPD)

Da Herr Sygusch die sechs Punkte meiner sehr geschätzten Kollegin Sibylle Volkholz hier vorgetragen hat, habe ich jetzt den Ehrgeiz, zehn eigene Punkte dagegenzusetzen.

Ich möchte gern diese Debatte nutzen, um zu sagen, wie es denn weitergehen könnte: Gute Schule, nehmen wir uns alle vor, ich möchte auch gern, übrigens im Auftrag des Schulgesetzes, eine Schule für alle in Bremerhaven und Bremen entwickeln! Was bedeutet gute Schule für alle? Zehn Punkte hierzu:

Erstens: Schule für alle muß eine fortschrittliche Schule sein, die permanente Veränderungsprozesse möglich macht. Öffentliche Schule erfüllt ihren Bildungs- und ihren Ausbildungsauftrag, wenn sie das aufgreift, was die Gesellschaft an Aufgaben stellt. Verantwortbare Schule kann nur Schule für alle sein, die nicht für die einen auf Kosten der anderen selektiert, sondern die alle, soweit dies möglich ist, fördert.

Sie sind beim Hineingehen in das Parlament von den Mitgliedern des Vorstandes des Zentralelternbeirates auf diese Debatte aufmerksam gemacht worden. Die haben uns diese gelben Flugzettel in die Hand gedrückt. Sehen Sie sich das einmal genau durch, für was sie sich einsetzen! Sie setzen sich für

- (A) die ein, die keine Schulabschlüsse erreichen, die eigentlichen Benachteiligten.

(Beifall bei der SPD)

Überwiegend übrigens gymnasiale Eltern sagen, und das ist die Hauptforderung in diesem gelben Papier, wenn ich das richtig begriffen habe, es ist die eigentliche Nagelprobe des Schulsystems, ob es eine Perspektive für die Benachteiligten gibt.

Da haben wir in Bremen und Bremerhaven große Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Wir vertreten ein durchlässiges Schulsystem. Wir haben die Chancen, junge Menschen, die aus sehr individuellen Gründen Schulkarrieren abbrechen oder nicht weiterführen, immer wieder in das Schulsystem einzubeziehen und ihnen dann doch noch einen Schulabschluß zu organisieren.

Das, was die Eltern im Zentralelternbeirat fordern, ist auch im Sinne des Bremischen Schulgesetzes, im Sinne integrativer Schulerziehung auch für Benachteiligte. Merken die Oppositionellen gar nicht, daß die, die für die Eltern sprechen, etwas ganz anderes wollen als das Auseinanderdividieren dieser Schülerbiographien? Sie wollen genau das Gegenteil!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Zweitens: Jede Erziehung und Bildung geht davon aus, daß Kinder und Jugendliche lernen und hinzulernen können, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu entwickeln. Alle endgültigen Festlegungen widersprechen dieser Voraussetzung der Schule überhaupt. Gute Schule ist darum eine Schule der Durchlässigkeit, darum war es wichtig, daß wir die zehnte Hauptschulklasse hier eingeführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben dagegen opponiert, weil wir auch für die Kinder der Hauptschule bis zur zehnten Klasse die Durchlässigkeit offenhalten müssen. Das soll keine Sackgasse sein. Hauptschule soll keine Restschule sein, in der junge Menschen sich praktisch hängen-geblieben und ausgesondert erleben. Es soll eine Integrationsmöglichkeit, eine Perspektive geben.

Das ist schwierig, ich weiß, die Kinder sind zum Teil entsetzlich gequält und haben schwierigste Lebenslagen zu Hause auszuhalten. Durchlässigkeit verlangt also auch dieses zehnte Hauptschuljahr und das mit Integrationsperspektive. Sie lehnen dies ab, Sie von der CDU und Sie von der FDP lehnen dies ab.

(Abg. Frau v. Schönfeldt [FDP]: Das verpflichtende Jahr ja, aber freiwillig!)

Sagen Sie das einmal bitte den Eltern, die vor der Tür — —.

(Abg. Bürger [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

- (C) Sie haben das hier abgelehnt, ich weiß das sehr genau. Fragen Sie die Eltern vor der Tür, was sie an diesem Punkt von Ihnen erwarten!

Drittens: Öffentliche Schule und Gesellschaft sind nicht voneinander zu lösen. Die Heterogenität unserer demokratischen Gesellschaft, in der jedem als Staatsbürger die gleiche politische Verantwortung zukommt, muß ihre Entsprechung in der Heterogenität der Schule haben, die Gleichwertigkeiten erfahrbar macht und Chancengleichheit fördert. Dies gilt insbesondere auch für die zehnte Hauptschulklasse, für das zehnte Hauptschuljahr.

Viertens: Das Durchbrechen der Anonymität unserer Gesellschaft ist Mitgestaltung, Mitverantwortung, Individualisierung. Schule muß sich öffnen, Schule muß als Lebensraum mehr als nur Lernvermittlung entwickeln, Schule muß übrigens individuelle Profile entwickeln.

Nicht die graue Einheitsschule, die uns die Oppositionellen nachsagen wollen, ist unser Ziel, sondern wir wollen Schulprofile entwickeln. Sehen Sie einmal hin vor Ort, sehen Sie einmal nach Huchting, oder sehen Sie einmal nach Arbergen, oder sehen Sie einmal nach Bremen-Nord! Überall, wo ich in die Schulen komme, merke ich, daß dort Menschen aktiv an diesem Schulprofil arbeiten, und ich werde sie stärken und werde sie nicht mit einem Einheitsbügeleisen auf einen Level zu bringen versuchen, im Gegenteil!

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich möchte auch, daß der Stadtteil, das Umfeld dabei einbezogen wird. Schule muß sich öffnen. Beiräte sind die Lobbyisten von Schule vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nicht die Feinde von Schule, sondern das sind die, die die regionale Öffentlichkeit herstellen. Das ist manchmal sehr unangenehm, wenn man als Senator mit knappen Ressourcen dahinkommt und welche vor die Nase bekommt, aber politisch ist das richtig. Da bildet sich vor Ort etwas, was Arbeits- und Durchsetzungsperspektive hat und was Kindern, gerade mit Benachteiligungen, eine Arbeitsmöglichkeit gibt.

Fünftens: Soziale Probleme schlagen auf Schule durch. Schule ist Schule für Benachteiligte. Was Heinz Aulfes zu den Betreuungsschulen gesagt hat, ist voll meine Auffassung. Wir müssen zum Beispiel an dem Projekt im Bremer Westen die Erhöhung der Bildungsbeteiligung thematisieren und dann auch durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich das einmal genau ansieht, weiß, daß das geht. Wir haben da Chancen, es ist nicht so, daß alles ausgereift ist.

(A) Sechstens: Technik bestimmt zunehmend über den Computer Gesellschaft, Industrie und Wirtschaft, nahezu alle Bereiche des öffentlichen, beruflichen und privaten Lebens. In den Schulen sind die neuen Informations- und Kommunikationstechniken einzu-beziehen. Das übrigens auch in Richtung der noch anstehenden Debatte über die Neuordnung der beruflichen Ausbildung!

Siebtens: Der Begriff Schlüsselqualifikation ist weit, wesentlich gehört dazu, was unter Kreativität zu verstehen ist, künstlerische und kulturelle Erziehung. Sie rennen offene Türen ein, wenn Sie sagen, daß wir da weiter und stärker arbeiten müssen. Ich habe meinen Kollegen Franke, wenn er hier so für Grundfertigkeiten gekämpft hat, auch immer erlebt als einen, der mit ganzem Einsatz und mit ganzer Persönlichkeit dahinterstand, daß in den Schulen zum Beispiel Theater sich entfaltet

(Abg. Neujahr [FDP]: Hat er ja hier auch gemacht!)

und zum Beispiel Schultheater. Richtig, das hat er uns zum Teil auch vorgeführt! Aber das ist doch sichtbar, daß ihm da auch etwas gelungen ist.

Sie dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir da eine Wüste hätten. Wir haben 30 Schultheater in Bremen, und wenn Sie auf dieses Schultheaterfestival im Schlachthof nicht nur hingewiesen worden wären, sondern auch da einmal hingegangen wären, dann hätten Sie sich ein Eindruck verschaffen können, was da alles möglich ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das ist erstaunlich, das ist eine gute Lage, und die wird sich auch weiter entwickeln.

Achtens: Die Internationalisierung, augenfällig in der Entwicklung der EG, fordert verstärkt sprachliche Kompetenzen, didaktische, methodische Differenzierung im Sprachunterricht, bilinguale Ausbildung, aber bitte sehr nicht als isoliertes, bilinguales Gymnasium für wenige. Es gibt in der Breite Eltern, die das nachfragen, die gern ihre Kinder fördern wollen. Diese haben selbst die Erfahrung gemacht, wenn sie unterwegs sind, daß sie sprachlich schlecht ausgebildet worden sind, übrigens in der dreigegliederten Schule schlecht ausgebildet worden sind, und daß sie von unserer reformierten Schule, gerade was die Fremdsprachen betrifft, eine Stärkung fordern.

Ich hoffe, daß wir da vorankommen. Das ist kein Lippenbekenntnis, ich bin der Auffassung, daß wir mit Klaus Wedemeier und mit der Handlungskammer eine Fremdsprachenoffensive, die breit angelegt ist, durchsetzen können, die nicht wieder nur wenige meint, sondern die viele meint, auch die in Bremen-Nord und in Huchting und in Arbergen meint, die faktisch gar nicht in die Innenstadt fahren können, auch gar nicht fahren wollen.

Neuntens und vorletzten: Allgemeine und berufliche Qualifikationen durchdringen sich, innovative

Bildungsgänge entstehen, und wir treten für doppelqualifizierende Bildungsgänge ein. Ich weiß, daß wir darüber noch einmal diskutieren.

(C)

Letztens: Das Weiterlernen und das Weiterlernen können wird zur Notwendigkeit. Dies gilt für Schulen, für Erwachsenenschulen, aber eben auch für die Lehrer, dies alles muß zusammen gesehen werden, nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Nun werden Sie sagen, schöne zehn Punkte, wie willst du das eigentlich realisieren bei dem wenigen Geld, was im Haushalt erreichbar ist und durchsetzbar ist?

Ich glaube, darf ich das abschließend sagen, wir müssen in der Schule und in der Entfaltung von schulischen Alltagssituationen nicht nur allein und ausschließlich auf den öffentlichen Haushalt schauen und sagen, es läuft nur, wenn es uns gelingt — also, uns heißt dann immer, Haushaltsausschuß und Senat —, weitere Stellen für zusätzliche Aufgaben durchzusetzen, sondern ich glaube, wir müssen eine neue Qualität von schulpolitischer Ergänzung organisieren.

Ich trete dafür ein, daß wir zusätzliche Träger in die Schulen hineinholen, daß wir uns verbünden mit nachbarschaftlichen Trägern, mit freien Trägern, mit Elterninitiativen, die in der Schule nicht nur das Wort nehmen können, sondern sich dort richtig entfalten können.

Es gibt dafür konstruktive Beispiele, man kann das miteinander verbinden. Man kann die öffentlich organisierte und über Stellenpläne abgesicherte Schule qualifizierend ergänzen, um ihren Stadtteilbezug, ihren sozialen Bezug, ihre Öffnung, ihre Förderungsqualität zu stärken.

(D)

Lassen Sie uns in den nächsten Wochen, wenn es um das Kämpfen um Ressourcen geht — und Sie wissen, daß ich damit nicht durch bin, darum ist das hier auch noch kein endgültiges Absegnen dessen, was mit dem Sommerpaket verbunden ist —, lassen Sie uns an diesem Punkt Phantasie entwickeln! Lassen Sie uns nicht einfach nur auf diesen notleidenden öffentlichen Haushalt trommeln, bis er nichts mehr herausbringt, sondern lassen Sie uns phantasievolle Konzepte entwickeln, wie man vor Ort mit den Eltern, mit den Nachbarschaften, mit zum Beispiel Wohlfahrtsverbänden, die das wollen, ergänzende Angebote organisiert! Das kann sogar so weit gehen, daß die den Ausbau der jeweiligen Schule in eigener Verantwortung übernehmen. Das muß nicht alles durch das Hochbauamt organisiert und verantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man auch, ohne daß die Schule schlechter wird, ich hoffe, sie wird sogar besser, einmal über Dritte machen.

Ich möchte auch auf diese Weise versuchen, uns aus der Defensive herauszuholen, in der wir immer wegen knapper Mittel sind. Ich möchte gern mit

- (A) Phantasie Ausbauperspektiven für die Schulen mit Ihrer Hilfe, mit Ihrer Unterstützung auch noch in den nächsten Jahren durchsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

**Abg. Bürger (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie können uns wahrlich nicht vorwerfen, daß ich nur über die Organisationsformen debattiert habe, sondern uns geht es in der Tat um die Inhalte der bremischen Schule. Man muß aber feststellen, daß diese bremische Schulorganisation systemimmanente Nachteile mit sich bringt, und da gibt es die systemimmanenten Brüche unter anderem nach Klassen zehn, hin zur Klasse elf.

Herr Bürgermeister, ich habe vorhin gesagt,

(Abg. Aulfes [SPD]: Er kommt immer wieder auf die kaiserliche Werft!)

und es ist eigentlich unverschämt, wie Sie hier einfach meinen Beitrag übergehen in diesem Punkt, ich habe nicht nur hier, sondern auch in unseren Pressekonferenzen, gesagt, wenn wir schon in Bremen Schulzentren haben, wenn verschiedene Abteilungen unter einem Dach untergebracht sind, dann müssen aber die eigenständigen Abteilungen, Haupt- und Realschule, Gymnasium, so gekennzeichnet sein, so mit Inhalten ausgefüllt sein, daß sie auch den Ansprüchen der Gegenwart und der Zukunft genügen. Da, müssen wir feststellen, gibt es Defizite in Bremen.

(B)

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

Es geht weiter, Herr Bürgermeister Scherf, und das ist infam, daß Sie das immer noch uns vorhalten. Uns geht es nicht um die strikte und vollständige Umorganisation in Richtung gegliedertes Schulwesen, sondern es geht uns, ich sage es noch einmal, um die Inhalte von Haupt- und Realschule und Gymnasium.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, daß Eltern das Schulzentrum mittragen, widerspricht doch das auch dem nicht, daß Inhalte von Schule ständig hinterfragt werden müssen. Schule soll sich doch weiterentwickeln. Ich glaube und ich hoffe, darin sind wir uns einig. Nur, was Sie, Herr Bürgermeister, an diese Stelle setzen möchten, was Sie gerade formuliert haben als Punkt eins, „Schule für alle“, eine fortschrittliche Schule mit permanenten Veränderungen, was die Gesellschaft an Forderungen stellt, bleibt unklar. Was meinen Sie denn eigentlich damit? Das sind doch wieder Floskeln, die Sie hier vorbringen, ohne Inhalte. Jeder pickt sich genau wieder das heraus, was ihm genehm ist.

Nein, meine Damen und Herren, so geht das nicht! Schule kann doch nicht inhaltlich getragen sein von irgendwelchen Basisentscheidungen. Schule muß doch getragen sein von verbindlichen Inhalten, vergleichbaren Inhalten für alle. So ist Ihr Punkt, wie Sie ihn hier in den Raum gestellt haben, nicht zu akzeptieren!

(C)

(Abg. Aulfes [SPD]: Das hat doch gar nichts miteinander zu tun! Herr Scherf will doch nicht die Lehrpläne abschaffen!)

So können wir diese Ausführungen von Herrn Bürgermeister Scherf erst einmal nicht hinnehmen.

Ein weiterer Punkt, die Frage der Integration! Ich glaube, es ist sehr verkürzt, wenn Sie Integration so definieren, daß Integration alles bedeuten muß.

Nein, meine Damen und Herren, wenn es um die Integration Behinderter und Nichtbehinderter geht — und auch da sind Sie ja gar nicht bereit, unsere Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen —, so haben wir durchaus, nicht nur hier in der Bürgerschaft, sondern auch in den Deputationen, immer wieder deutlich gemacht, Integration ja, Separierung so wenig wie möglich, Integration so viel wie möglich, nur unter der Prämisse, daß Integration weder zu Lasten der einen noch der anderen Gruppe gehen darf, denn damit fördern wir weder die eine Gruppe noch die andere Gruppe. Das führt eher dazu, daß Aversionen entstehen, und genau das möchten wir nicht. Da ist die große Gefahr, daß diese Aversionen auch in die Gesellschaft hineingetragen werden. Ich glaube, wir sind uns einig, daß da etwas abgetragen, zurückgenommen werden muß.

(D)

Ein weiterer Punkt, die Durchlässigkeit, Herr Bürgermeister, auch in den Raum gestellt! Ich glaube, Sie haben sich bei Ihren Mitarbeitern überhaupt nicht erkundigt, und Sie beziehen sich ja häufig in Ihren Antworten immer auf das, was Ihre Mitarbeiter Ihnen aufschreiben.

Wie sieht denn Durchlässigkeit in Bremen aus, bei diesem gepriesenen Einheitsgesamtschulsystem, Schulzentren, damit Schüler nicht von einer Schule zur anderen wandern müssen, wenn sie von oben nach unten absteigen? Wie ist denn die Durchlässigkeit hier in Bremen? Von unten nach oben beträgt sie weniger als ein Prozent, trotz dieser in Ihren Augen so günstigen Voraussetzungen! Und wie sieht der umgekehrte Weg aus, von oben nach unten? Mehr als zehn Prozent!

Herr Bürgermeister, ich frage Sie und Herrn Aulfes als bildungspolitischer Sprecher, was tun Sie denn für diese Gruppen? Was tun Sie denn für diese Schüler? Im Grunde genommen nichts an Förderunterricht, weil Ihnen nämlich die Lehrerstunden fehlen, und wenn Unterricht ausfällt aufgrund mangelnder Zuteilung, dann fällt der Förderunterricht zuerst aus, genau wie die Arbeitsgemeinschaften!

Herr Bürgermeister, auch im Bericht fehlt die Antwort auf die Frage, wie Schule auf Dauer damit fertig

(A) werden soll, daß nach Klasse sechs zirka jeweils ein Drittel eines Jahrgangs ohne Empfehlung zum Gymnasium beziehungsweise zur Realschule wechselt. Da verfahren Sie doch nach dem Motto: Nichts sehen, nichts sagen, nichts hören! Sie wollen die Übergangskriterien und -regelungen nicht verändern.

Gut, wenn ich das akzeptiere, dann frage ich Sie, was tun Sie für dieses Drittel Schülerinnen und Schüler, um sie entsprechend zu fördern, damit sie in diesem Bildungsgang bestehen können? Da muß ich feststellen, da wird kaum etwas oder gar nichts getan.

Wenn das so ist, daß Sie zuwenig tun oder gar nichts tun, dann geht das doch einher mit einer Leistungsminderung im Gymnasium und in der Realschule! Wollen Sie das bewußt in Kauf nehmen? Dazu müssen Sie doch einmal Antworten formulieren!

Das tun Sie hier nicht am Rednerpult, das tun Sie aber auch nicht einmal in Ihrem Bericht. Sie können sich doch nicht darauf beziehen, das hat Ihr Vorgänger Herr Senator Franke alles initiiert! Der hätte sich mit dem Problem auch schon einmal auseinandersetzen müssen!

Sie haben weiter ausgeführt, die Schule soll Profil entwickeln. Ja, ich frage Sie, warum behindern Sie denn so viele Schulen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

(B) wenn die gerade ein Profil, ein Gesicht entwickeln wollen? Ich habe doch vorhin gefragt, warum es in Bremen keine Schule mit einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkt gibt. Warum ist über den Antrag Kippenberg, einen musisch-kulturellen Schwerpunkt einzurichten, noch nicht entschieden worden? Er liegt doch schon seit fast einem Jahr vor! Sie und Ihre Behörde behindern doch solche Entscheidungen, solche Entwicklungen!

Dann haben Sie, genau wie Herr Aulfes, die Europäische Gemeinschaft angeführt. Meine Damen und Herren, da ist festzustellen, auch da beziehen Sie sich leider immer nur wieder auf die Organisationsformen von Schule, das, was Sie uns immer vorwerfen. Nein, ich diskutiere heute über Inhalte! Die einzige Übereinstimmung, Herr Aulfes, die Sie dazu festgestellt haben, ist, daß Sie mit vielen EG-Ländern in der Gesamtschulfrage übereinstimmen.

Das ist für uns zuwenig. Nehmen Sie den europäischen Aspekt! Festzustellen ist, daß sich mehrere europäische Länder, zunehmend mehr, am bundesrepublikanischen Bildungswesen orientieren. Da können Sie Italien nehmen, da können Sie Frankreich nehmen, da können Sie England nehmen, Sie können auch über den großen Teich in die USA hineinschauen, das gehört nicht zum EG-Raum. Gerade aus England, aus Frankreich, Italien kommen doch zunehmend bildungsinteressierte Politiker hierher, um sich zu informieren, das eine oder andere aus dem gegliederten Schulwesen aus der Bundesrepublik zu übernehmen, auch im Berufsbereich!

Herr Aulfes, das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen. Auch die Entwicklung, was das durchgängige Gymnasium angeht, auch da gibt es Aspekte, die in dem einen oder anderen EG-Land diskutiert werden! Oder wollen Sie tatsächlich die Schullandschaft in Bremen initiieren, die so aussieht wie in England, daß mehr als ein Drittel der gesamten Schülerschaft gar nicht mehr das staatliche Schulwesen, sondern nur noch Privatschulen besucht? Meine Damen und Herren von der SPD, genau das wollen wir eben nicht!

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten ein differenziertes staatliches Schulwesen, wo jeder nach seinen Neigungen und Fähigkeiten gefördert und gefordert werden kann. In England, in Frankreich, in Italien ist es doch heute schon so, daß Schülerinnen und Schüler, wenn sie bestimmte Universitäten besuchen wollen, das nur noch mit einer Zwischenstation einer intensiv arbeitenden Privatschule schaffen.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

Das kann doch keine Perspektive für Bremen sein, meine Damen und Herren von der SPD! Schon in Bremen greifen viele Eltern tief in ihr Portemonnaie, um ein durchgängiges Gymnasium privater Art bezahlen zu können für ihre Kinder. Ich halte diese Entwicklung, wenn sie so weitergeht in Bremen, für nicht günstig. Deshalb sind wir für ein differenziertes Schulsystem in Bremen!

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie den Fremdsprachenaspekt, Herr Bürgermeister Scherf, eine weitere Floskel von Ihnen, mit nichts ausgefüllt, „Fremdsprachenoffensive“! Ja, wenn sie denn kommt, ist es ja gut. Nur, wir vermischen bisher, und deshalb ja unser Antrag im Frühjahr dieses Jahres, den Kollege Dr. Schulte im Parlament begründet hat, daß auch in Bremen mehr Fremdsprachen unterrichtet werden.

Wie sieht es denn aus? Ich sage es noch einmal, die erste Fremdsprache ist für alle verbindlich nur Englisch. Ja, warum denn? In keinem anderen Bundesland! Wie ist denn die Bedeutung der zweiten und dritten Fremdsprache in Bremen einzuschätzen? Herr Bürgermeister, auch da gibt es Defizite, das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen, auch darüber in Ihrem Bericht überhaupt gar kein Wort!

Erschreckend ist doch die Entwicklung der Abiturienten in die Einsprachigkeit. Vergleichen Sie das einmal mit anderen Bundesländern! Da schneidet Bremen sehr schlecht ab!

Ein letzter Aspekt zu den Fremdsprachen, auch im Bericht überhaupt nicht erwähnt! Herr Bürgermeister, ist Ihnen nicht bekannt, daß nur noch etwa 50 Prozent der Realschüler eine zweite Fremdsprache

(A) belegen? Das ist doch erschreckend! Haben Sie sich einmal Gedanken gemacht über die Zukunft von Realschule, einschließlich der Fremdsprache? Das ist kein Aspekt von Schulorganisation, sondern ein tiefgreifender Aspekt zu den Inhalten von Schule, nicht nur innerhalb der bundesrepublikanischen Entwicklung, sondern auch im Hinblick auf Europa, gerade für den Realschüler! Wir müssen feststellen, daß zu diesem Punkt nichts Entscheidendes in Ihrem Bericht auftaucht.

Meine Damen und Herren, diesem Jubelbericht, dieser Jubelschrift kann man nun in keiner Weise zustimmen, weil eben viele Probleme, die Schüler, Eltern und Lehrer tagtäglich beschäftigen, in der Darstellung ausgespart worden sind.

Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, wie es im Bericht formuliert ist, daß Bremen das alte dreigeteilte Schulsystem durch eine demokratische Schule, wie sie sich jetzt in Bremen darstellt, überwunden hat! Meine Damen und Herren, ist das gegliederte Schulwesen denn in Ihren Augen undemokratisch? Das wäre doch der Umkehrschluß, Herr Bürgermeister, wollen Sie tatsächlich solch einen Unsinn in der Öffentlichkeit weiterhin vertreten?

(Beifall bei der CDU)

Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Abg. Klein [CDU]: Schiere Ideologie!)

(B) Der Schlußsatz heißt: „Bremen ist mit seiner Schule für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet.“ Da müssen wir feststellen, das kann nur jemand behaupten und geschrieben haben, der den Kopf in den Sand steckt und die Probleme vor lauter Problemen nicht sehen will! Zu den Inhalten, Herr Bürgermeister, gibt es nur Platitüden.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluß, Herr Präsident!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Sie müssen sich noch ein drittes Mal melden!)

Nein, das mache ich nicht mehr!

Lassen Sie mich zusammenfassen!

(Lachen bei der SPD)

Zu einer offenen, lebendigen, auf die Zukunft hin gerichteten Schule gehören unseres Erachtens Öffnung der Schule nach außen, Flexibilität bei schulischen Vorhaben, freie Schulstandortwahl für die Eltern und deren Kinder, aber auch eine bunte Vielfalt in Schulorganisation und in den Inhalten, das sage ich ausdrücklich, und da, muß ich sagen, Herr Bürgermeister, wird das bremische Schulwesen der Zukunft nicht gerecht werden können. Einem entwicklungsfähigen Schulsystem, so wie Sie es vorhin pro-

pagiert haben, steht eben Paragraph 3 Schulgesetz im Weg, und da müssen Sie sich ernsthaft überlegen, ob Sie den nicht tatsächlich streichen! — Danke schön! (C)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau von Schönfeldt.

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist ebenso wichtig, daß auch die Mehrheitsfraktion der Opposition einmal zuhört. Es ist liberal und gehört einfach dazu, daß man einmal zuhören kann. Wir müssen ja bei Ihnen auch zuhören!

Meine Damen und Herren, ich hatte Ihnen vorhin gesagt, daß die FDP keiner Schulform den Vorzug gibt, und hatte Ihnen erklärt, warum auch sich das Gymnasium schon geändert hat. Ich möchte jetzt dazu kommen, einmal die Gesamtschule etwas näher zu beleuchten.

Es ist nach wie vor umstritten — und ich glaube, das müssen Sie akzeptieren —, ob die Gesamtschule nun in der integrierten oder der kooperativen Form dem gegliederten Schulwesen überlegen ist, vor allen Dingen, und das ist nicht geprüft, und darum wird sich auch gestritten, in Hinblick auf die Sachgerechtigkeit der Schullaufbahnentscheidungen, die Schülerleistungen, die Steigerung der Leistungsmotivation und der Schulzufriedenheit der Schüler und Schülerinnen, der sozialen Integration, auch wenn Sie die soziale Integration noch so hoch stellen, auch das ist nicht geklärt, ob es im Hinblick auf die soziale Integration in der Gesamtschule wirklich so läuft, wie man sich das vorstellt. (D)

Die individuelle Förderung der Begabungen ist umstritten. Daher hat sich ja auch in Hamburg und Nordrhein-Westfalen die Gesamtschule als einzige Schule nicht durchsetzen können, weil man das ganz klar erkannt hat. Ich finde es sogar gut, daß sich heutzutage die Gesamtschule und auch das Gymnasium gegenseitig da, wo sie dann auch nebeneinander bestehen, sich den Honig vom anderen absaugen und beide konkurrierende Schulsysteme im Sinne der Schüler sind, wenn man sie denn auch frei wählen darf.

(Beifall bei der FDP)

Eine weitere Grundposition für uns ist natürlich die freie Wahl des Schulstandorts und der Schulform. Das ist für uns auch ein Stück gelebte Demokratie. Herr Bürgermeister, wenn Sie sagen, es wäre unfair, die Schulzentren alle zu zerschlagen, da würde die Schülerbiographie unterbrochen: Davon habe ich in keiner Weise gesprochen, sondern ich bin dafür — und natürlich steht da, genau wie auch Herr Bürger sagte, der Paragraph 3 dagegen —, ich bin dafür, wir sind dafür, daß Vielgestaltigkeit nicht nur die Schulform, sondern auch den Inhalt umfaßt, und daß dazu

- (A) neben den Schulzentren auch die anderen Schulformen gehören.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das doch bitte einmal kapieren würden —

(Abg. Aulfes [SPD]: Woher wollen Sie das denn bezahlen?)

Herr Aulfes, ich komme gleich dazu! —, daß nämlich auch Schulzentren, die hier geführt werden, in ihrer Einzigigkeit im Endeffekt dem Schüler nur schaden, weil es keine Vergleichbarkeit gibt. Das sollten Sie sich einmal überlegen!

Das war schon immer ein inhaltlicher Antrag von uns, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, nicht einzügige, sondern zwei-, drei- oder mehrzügige Schulzentren zu fahren, auf Wunsch der Eltern, damit erstens der Fremdsprachenunterricht gewährleistet ist, zweitens auch der naturwissenschaftliche Unterricht.

Sie wissen genau, daß das an diesen Schulzentren ein Problem ist, und dagegen wehren Sie sich, und davon schreiben Sie auch überhaupt nichts in Ihrem Bericht. Aber unsere Anträge in dieser Hinsicht lehnen Sie ab, die schieben Sie auf die lange Bank, oder Sie werden ohne Bestandsgarantie an die Deputation überwiesen. So geht es ja nun nicht! Dann machen Sie uns vielleicht noch den Vorwurf, daß wir uns inhaltlich mit Schule nicht befassen!

(B)

(Abg. Neujahr [FDP]: Aber nun hat ja der Bürgermeister Phantasie eingefordert!)

Ja, das wollte ich gerade sagen, Herr Bürgermeister, das habe ich also wirklich mit offenen Ohren und positiv aufgenommen, daß Sie sich jetzt um die Fremdsprachen kümmern wollen, daß Sie ein bilinguales Gymnasium und — wenn ich richtig gehört habe — auch bilinguale Schulzweige an einigen Schulzentren einrichten wollen. Das finde ich im Rahmen der EG ganz hervorragend. Sie können glauben, wir unterstützen Sie bestimmt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP meint, daß es eigentlich nicht gerechtfertigt ist, daß nach wie vor die Gesamtschulen hier besser ausgestattet sind. Ich erinnere daran, im Mai 1982 hat doch die Kultusministerkonferenz die Gleichstellung der Gesamtschulabschlüsse mit den übrigen Schulformen beschlossen. Das ist ja auch ganz positiv. Aber das bedeutet doch auch, daß sie nun nicht mehr besser ausgestattet sein dürfen, sondern daß sie sich jetzt mit den anderen Schulformen vergleichen lassen müssen.

Wir schließen jetzt daraus, wenn sie hier immer noch besser ausgestattet werden, daß die eigentliche Bewährungsprobe den Gesamtschulen, überhaupt den integrierten, noch bevorsteht, wenn sie nämlich unter den gleichen Bedingungen arbeiten müssen wie hier zum Beispiel die Schulzentren.

Meine Damen und Herren, wir meinen, dem Elternwunsch nach Gesamtschulen soll genauso entsprechen werden wie dem Wunsch nach einem durchgängigen Gymnasium. Das heißt für uns — Sie werden das ständig wieder hören —, wir sind für die Gesamtschule, aber wir sind genauso dafür, daß, wenn Eltern es wollen, in jeder Region möglichst ein durchgängiges Gymnasium ist.

(C)

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Aulfes, über das Kippenberg-Gymnasium brauche ich nichts mehr zu sagen, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß es erhalten wird, denn die Schülerzahlen und die Schülerprognosen haben schon damals bei Ihrem Beschluß, die Oberstufe abzulösen, für den Erhalt gesprochen und jetzt zu diesem Zeitpunkt sowieso.

(Beifall bei der FDP)

Die fünfte Position und letzte auch von der FDP ist das, was Sie in Ihrem Bericht auch festgestellt haben. Nur, Herr Stiehl als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages hat das anders gesehen. Der hat nämlich gesagt, als er gefragt wurde zur Schule auch als Standort- und Wirtschaftsfaktor, wenn qualifizierte Ansprüche an das Schulsystem gestellt würden, dann müsse Bremen einen Negativposten verzeichnen.

(Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

(D)

Herr Aulfes, das sagt man immer, wenn eine Meinung aufkommt, die einem nicht so ganz paßt! Das ist genauso, wenn Sie, was hervorragend ist, bemerken, was die Wirtschaftsleute sonst so sagen. Die haben Sie angebracht.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, mit dieser Jubelschrift können Sie uns — —.

**Präsident Dr. Klink:** Frau von Schönfeldt, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Neujahr!

Abg. Neujahr (FDP): Frau Kollegin, könnten Sie auch noch einiges zu dem von der SPD und von dem Senat lange verschleppten FDP-Antrag zum Lehrbedarfskonzept sagen?

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP): Also, Herr Neujahr, das kommt, und das finde ich ja hervorragend! Ich will nämlich jetzt gerade auf die inhaltlichen Punkte eingehen und will einmal sagen, was Herr Senator Scherf beziehungsweise Herr Aulfes heute gesagt haben. Ich habe es positiv vermerkt, als Sie auf den Putz gehauen haben und gesagt haben, jetzt Ende

(A) Oktober wollen Sie endlich das Lehrerbedarfskonzept haben, das wir als FDP schon im November 1988 angefordert haben und das hier schon ein Jahr lang durch die Bürgerschaft geistert. Ich bin Ihnen dankbar, daß auch Sie einmal als Sprecher der SPD-Regierungspartei auf den Putz gehauen haben. Volle Unterstützung!

(Beifall bei der FDP)

Zu Ihrem Bericht, Herr Bürgermeister Scherf, muß ich ja nun leider sagen, Kritiker hat er nicht überzeugt. Ich habe versucht aufzuzeigen, was in dem Bericht nicht steht. Die ganze Problematik mit der Orientierungsstufe ist in keiner Weise erwähnt worden.

(Beifall bei der FDP)

Es steht nur darin, daß die Fachlehrer und -lehrerinnen der Orientierungsstufe kritisch gegenüberstehen, nur die Eltern positiv. Sie haben nicht über diese Schwierigkeiten gesprochen, die in der Orientierungsstufe zu sehen sind. Ich habe es erwähnt und hoffe, daß wir in der Deputation — auch das war ein Beschluß — einmal den Bericht, den Herr Jürgens erstellt hat, beraten. Das war auch ein Beschluß der Bürgerschaft. Das ist immer noch nicht passiert.

Meine Damen und Herren, ich lasse Ihnen gern das unverdiente Jubeln zu dieser Schrift, uns haben Sie nicht überzeugt.

(B)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

(Abg. K l e i n [CDU]: Ablehnend Kenntnis!)

Nimmt Kenntnis!

**Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub im Lande Bremen (Bremisches Landeserziehungsgeldgesetz)**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 27. August 1990

(Drucksache 10/941)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Erlenwein.

Abg. Frau Erlenwein (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von der Schulpolitik zu dem CDU-Antrag zur Einführung eines Lan-

deserziehungsgeldes! Das alles hat etwas mit Familienpolitik zu tun, und von daher meine ich, daß diese Themen heute vormittag gut zueinander passen. Ich möchte unseren Antrag zu der Einführung eines Landeserziehungsgeldes mit einem Zitat beginnen, einem Zitat aus den Essener Leitsätzen, die 1985 auf dem CDU-Bundesparteitag beschlossen wurden. Dort heißt es:

(C)

„Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung. Jedes Kind hat ein Recht auf persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe seiner Eltern. Diese Zuwendung kann nur gegeben werden, wenn Mutter und Vater sich ihrem Kind, vor allem in den ersten Lebensjahren, intensiv widmen.“

Es heißt dann weiter: „Deshalb ist für uns die Familie Mittelpunkt einer Politik, die auf Freiheit, Eigenverantwortung, Zukunftssicherung, Mitmenschlichkeit und Vorrang der Personen vor Ideologien gerichtet ist. Die Entscheidung für den Vorrang der Familie entspricht den Wünschen und Vorstellungen der meisten Bürger. Sie schafft gleichzeitig die entscheidenden Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft.“ Ich meine, dieses Zitat umschreibt in wenigen Sätzen das, was Familie ist und was Familie bedeutet.

(Vizepräsident Frau L e i n e m a n n übernimmt den Vorsitz.)

(D)

Wenn wir heute in diesem Parlament einen Antrag eingebracht haben, der etwas mit Geld zu tun hat, dann möchten wir den Zusammenhang zwischen dem Stellenwert der Familie und der Notwendigkeit, diejenigen zu unterstützen, die sich in den ersten Jahren der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder widmen, auch immer wieder herstellen, denn eine Aufgabe der Familienpolitik ist es, unter anderem soziale Nachteile und finanzielle Einbußen der Familien auszugleichen.

Die SPD im Lande Bremen und der von ihr allein getragene Senat haben in der Vergangenheit der Familie und dem Stellenwert, der der Familie im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung zukommt, keinerlei Bedeutung zugemessen. Wenn noch im Bremen-Plan 1987, der immerhin 100 Seiten umfaßt, auf knapp zwei Seiten zumindest einige Aussagen zu den besonders benachteiligten Familien im Lande Bremen gemacht werden, so kommt in der Regierungserklärung für die Jahre 1987 bis 1991 von Bürgermeister Wedemeier auf den 75 Seiten das Wort Familie nicht ein einziges Mal vor. Diese Tatsache ist für meine Begriffe symptomatisch, denn die Familie paßt nicht in die Ideologie der SPD.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Familie paßt insofern nicht in Ihre Ideologie, weil sie sich staatlicher Einflußnahme entzieht, und das ist immer in Ihren Politikaussagen der wichtige

- (A) Punkt, gerade dann, wenn es sich um Familien handelt.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben auch als SPD — ich habe mir die Mühe gemacht, alle möglichen Papiere, Schriften der SPD durchzulesen — niemals eine positive Aussage zu der Funktion der Familie gemacht. Für Sie ist die Familie eine Gruppe, die letztlich immer nur in ihren negativen Aspekten definiert wird. Sie vergessen dabei, daß Staat und Gesellschaft auf die Leistungen der Familie angewiesen sind.

Für uns, für die CDU, hat die Familie ihren eigenen Wert. Sie ist, wie Rita Süßmuth einmal gesagt hat, weder Fluchtburg noch Gegenwelt, sondern Ausgangs- und Zielpunkt menschlichen Lebens.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir dies bejahen, meine Damen und Herren, dann ist Familienpolitik mehr als das, was wir als Familienlastenausgleich bezeichnen, aber der Familienlastenausgleich ist wiederum ein Indiz dafür, wie ernst es dem Staat ist mit seiner Verpflichtung des besonderen Schutzes von Ehe und Familie.

Mit der Einführung des Bundeserziehungsgeldes im Jahre 1986 hat die Bundesregierung eine langjährige Forderung der CDU eingelöst und damit einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung der Arbeit in der Familie geleistet.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen hat derjenige Elternteil, der sich vorrangig der Betreuung und Erziehung des Kindes widmet, 18 Monate Anspruch auf Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, das heißt, meine Damen und Herren, 18 Monate Anspruch auf eine Leistung von monatlich 600 DM mit der Sicherheit, nach dieser Zeit in das alte Beschäftigungsverhältnis zurückzukehren.

Für die Union war die Einführung eines Erziehungsgeldes für alle Mütter und Väter, das heißt nicht nur für diejenigen, die vorher erwerbstätig waren, das Herzstück des Familienlastenausgleiches, ebenso wie die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung.

Wie richtig unsere Entscheidung war — ich erinnere daran, daß die Einführung des Bundeserziehungsgeldes von der SPD sehr geschmäht wurde, sie wurde bis hin zu Aussagen, es handele sich um eine Gebärprämie, diskreditiert —, wie richtig diese Entscheidung war, beweist die Tatsache, daß das Erziehungsgeld von 96 Prozent aller Mütter oder Väter in Anspruch genommen wird, und nach sechs Monaten, wenn das Einkommen zum Teil angerechnet wird, sind es immerhin noch 91,7 Prozent, die diese Leistung in Anspruch nehmen.

Das zeigt ganz deutlich, daß die Menschen das Bedürfnis haben, in den ersten Lebensjahren nach der

- Geburt eines Kindes möglichst viel Zeit für ihre Kinder zu haben. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn das unbestritten ist, dann müssen wir sehen, ob die finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit der Erziehung von Kindern den Familien immer wieder aufs neue zugemutet werden können.

Wir hätten es begrüßt, diese Debatte zur Einführung eines Landeserziehungsgeldes in Verbindung mit dem Familienbericht zu führen, denn unser Antrag zur Einführung eines Landeserziehungsgeldes ist eine Antwort auf diesen Bericht. Dieser Bericht enthält eine ganze Reihe guter und wichtiger Aussagen, aber es fehlen jegliche Lösungsvorschläge. Es gibt weder einen Umsetzungsplan der teilweise richtig beschriebene Ziele, noch gar einen Finanzierungsvorschlag.

Frau Senatorin Uhl, Sie werden in diesem Bericht immer dann konkret, wenn es sich um Leistungen und Maßnahmen handelt, die das Portemonnaie des Bundes betreffen, und da dieser Bericht keine konkreten Vorschläge enthält, werden wir dies tun. Dieser Antrag heute ist nur der Anfang. Alles das, was Sie in diesem Bericht als Zielsetzung beschrieben haben, werden wir, soweit es mit unseren politischen Vorstellungen und Zielen übereinstimmt, nach und nach einfordern.

(Glocke)

(D)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Bitte!

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Bitte, Herr Dittbrenner!

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Frau Kollegin, darf ich Sie fragen, da Sie hier ja gerade über die Kosten gesprochen haben, wie hoch denn nach Ihren Berechnungen die jährlichen Belastungen für das Land Bremen wären, wenn ein solches Gesetz verabschiedet werden würde?

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Ich wollte auf die Finanzierung noch zurückkommen. Oder wollen Sie das gleich wissen?

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Wenn Sie noch darauf kommen, ist es gut!)

Vielleicht lassen Sie mich das ruhig im Zusammenhang vortragen, weil ich auch in diesem Falle nicht sage, wir wollen diese Kosten obendrauf setzen, sondern ich habe auch Vorschläge zu machen, wo man vielleicht das eine oder andere einsparen kann.

(Abg. **Klein** [CDU]: Nicht soviel wie Asylbewerber in Hotels! — Abg. **Schmurr** [SPD]: In Zelten ist das billiger!)

(A) Gut, ich werde einmal hier weitermachen! Wir wollen mit unserem Antrag zur Einführung einer landeseigenen Leistung für die Familien die SPD-Fraktion letztlich auch dazu zwingen, Farbe zu bekennen. Wenn in dem Familienbericht steht, daß es keine finanziellen Auswirkungen gibt, dann fehlt diesem Bericht doch offensichtlich etwas. Wenn die Mehrheitsfraktion in diesem Hause der Meinung ist, daß auch das Land Bremen eine Verantwortung hat den Familien gegenüber, die im Lande Bremen wohnen, dann muß sie hier und jetzt und in der Zukunft Farbe bekennen und auch bereit sein, sich das etwas kosten zu lassen, vielleicht auch auf Kosten anderer Dinge, die man entbehren kann.

Unser Antrag zielt darauf, daß die Bundesleistung, die ja, wie bekannt, zur Zeit 18 Monate gewährt wird, durch eine Landesleistung ergänzt wird, und zwar in direktem Anschluß und auch mit den gleichen Anspruchsvoraussetzungen. Das heißt, diejenigen, die Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, sollen das Kind selbst betreuen und erziehen und sollen keine volle Erwerbstätigkeit ausüben. Das Erziehungsgeld soll unabhängig vom Bezug von Sozialhilfe gezahlt werden, und das Familieneinkommen soll analog zum Bundeserziehungsgeld angerechnet werden. Das heißt, daß es keine Alles-oder-Nichts-Lösung oder -Regelung geben soll, sondern daß bei Übersteigen der Einkommensgrenze das Erziehungsgeld sukzessiv gemindert wird.

(B) Wichtig für uns war auch in diesem Zusammenhang, daß für den gesamten Zeitraum der Anspruch auf Erziehungsurlaub besteht, unabhängig davon, ob Erziehungsgeld gezahlt wird oder aufgrund von erhöhtem Einkommen der Anspruch auf Erziehungsgeld entfällt. Also, Erziehungsurlaub in jedem Fall, denn es ist wichtig, daß diejenigen, die sich in dieser Zeit um die Kinder kümmern, die Sicherheit haben, daß sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns an die Regelungen zum Bundeserziehungsgeld auch insofern so eng angelegt, weil sich diese Regelungen bewährt haben und offensichtlich genau den Ansprüchen der Väter und Mütter entsprechen, sonst wäre die Inanspruchnahme nicht so hoch, wie es der Fall ist.

Doch nun, Herr Kollege Dittbrenner, ein paar Worte zur Finanzierung! Wir gehen davon aus, daß sich das Volumen zwischen 25 und 35 Millionen DM jährlich bewegen wird. Genau ist das nicht zu beziffern, weil man erstens einmal nicht weiß, wie sich das Familieneinkommen oder die Situation der Familien im Lande Bremen darstellt. Genau ist dies auch deshalb nicht zu sagen, weil man die Zahl der Geburten nicht kennt.

Ich möchte noch einmal betonen, das Landeserziehungsgeld wird im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld gezahlt. Da dort nach sechs Monaten eine Einkommensanrechnung stattfindet, wird das Lan-

deserziehungsgeld sich auch immer auf das Familieneinkommen beziehen. Es soll also nicht unabhängig von dem Einkommen der Familie gezahlt werden. Die Einführung einer Familienleistung ist nicht unbedingt eine Frage der erhöhten Ausgaben, sondern eine Frage, welche Prioritäten unter Berücksichtigung des vorhandenen Geldes gesetzt werden.

Das 1986 eingeführte Bundeserziehungsgeld, ich muß daran noch einmal erinnern, wurde beschlossen in einer sehr schwierigen Phase der Haushaltskonsolidierung aufgrund der negativen Hinterlassenschaft der SPD/FDP-Koalition.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Sie wissen ja, wie damals der Haushalt aussah, und dennoch wurde es beschlossen. Nach einer Phase der wirklich jahrelangen Vernachlässigung der Interessen der Familie durch eben diese Regierung!

Es ist ja auch nicht so, Herr Dittbrenner, daß hier in Bremen kein Geld ausgegeben wird. Sie haben gerade den Subventionsbericht 1990 in die Hände bekommen. Er beinhaltet rund 424 Millionen DM Subventionszahlungen für das Jahr 1990. Wir werden später darüber reden. Ich habe ihn durchgelesen und festgestellt, daß da zweifellos eine ganze Reihe wichtiger Zuwendungen enthalten sind.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(D) Aber bei kritischer Durchsicht, da bin ich sicher, kann man doch hinter die eine oder andere Ausgabe ein Fragezeichen setzen. Hinzu kommen auch unsinnige Ausgaben hier im Lande Bremen.

Wenn ich mir überlege, wie schnell einmal eben da so eine Kostensteigerung im Vorfeld der Planung des Kongreßzentrums möglich ist, wenn ich mir überlege, wieviel Geld für diese unsinnigen Straßenummauerungen ausgegeben wird, die letztlich den Individualverkehr behindern

(Beifall bei der CDU)

und irgendwann wieder abgefahren sind und sich dann wahrscheinlich herausstellt, daß alles für die Katz war! Oder zum Beispiel, wir haben vor gar nicht allzulanger Zeit in diesem Hause darüber gesprochen, die Einrichtung der Zentralstelle für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die besagte Lill-Behörde!

(Abg. Klein [CDU]: Filzokratische Partei-fründe!)

Es gibt bestimmt, wenn man den politischen Willen hat, die Möglichkeit, diese Leistung für die Familie zu erbringen, wenn man es nur möchte. Und das vielleicht auch an die Adresse der FDP! Wir wollen keine Ausweitung der Ausgaben, sondern wir wollen andere Schwerpunkte gesetzt haben.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

(A) Ich fühle mich als Familienpolitikerin verpflichtet, unseren politischen Willen zu formulieren. Wenn alle den hätten, dann wäre es auch kein Problem, durch eine Verlagerung der Prioritäten diese Leistung zu erbringen.

(Glocke)

Die gesellschaftspolitische Verantwortung des Staates gegenüber den Familien und Kindern ist für unsere Begriffe nicht ausschließlich Aufgabe der Bundesregierung. Ich komme sofort zum Schluß.

Wir meinen, daß die Verantwortung für die Familien auch Aufgabe der jeweiligen Bundesländer ist, in denen die Familien leben. Ich bitte Sie also, unserem Antrag zuzustimmen, nach den vielen Jahren der Abwesenheit von Familienpolitik in diesem von der SPD allein regierten Bundesland und bei dem Fehlen jeglicher eigener Landesleistungen für die Familien sollten wir heute ein Zeichen setzen. Lassen Sie uns gemeinsam das, was in dem ersten Familienbericht fehlt — ich vermute, wir sprechen in der nächsten Bürgerschaftssitzung darüber —, ergänzen: nämlich konkrete Leistungen hinzufügen, damit es den Familien im Lande Bremen nicht weiter schlechter geht als in anderen Bundesländern!

(Beifall bei der CDU)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Pautzke.

Abg. Frau **Pautzke** (FDP): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wenn man diesen familienfreundlichen, von einer der familienfreundlichsten aller familienfreundlichen CDU-Fraktionen eingebrachten Antrag hier näher betrachtet, wird man den Verdacht nicht los, daß es sich hier lediglich um ein sehr populistisches Wahlkampfmanöver handelt.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit dieser CDU-Forderung, auf das Bundeserziehungsgesetz noch ein bremisches Landeserziehungsgesetz mit einer sechsmonatigen Laufzeit draufzusetzen, setzt sich diese CDU-Fraktion selbst die Krone der Unglaubwürdigkeit in bezug auf eine seriöse Haushaltsführung aufs Haupt.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Jetzt zeigt sich doch wieder einmal die klassische Doppelzüngigkeit der CDU, einerseits kritisiert sie die Verschuldung Bremens,

(Abg. **Klein** [CDU]: Frau Hamm-Brücher läßt grüßen!)

andererseits stellt sie ohne Skrupel haushaltsintensive Ausweitungsanträge wie diesen, der nach ihren

eigenen Bekundungen zwischen 25 und 35 Millionen DM, wie wir eben hörten, zur Folge haben würde. (C)

(Beifall bei der FDP — Abg. **Klein** [CDU]: Sprechen Sie einmal spontan!)

Ich frage mich namens der FDP-Fraktion, ist diese CDU-Fraktion von allen guten Geistern verlassen, wenn es darum geht, ihre wahltaktischen CDU-Strategien an die Frau zu bringen, denn Männer können Sie wohl kaum und ernsthaft damit persönlich beeindrucken wollen!

(Abg. **Klein** [CDU]: Wenn Sie das freisprechen würden, wäre es viel überzeugender!)

Nur wenigen Frauen und hauptsächlich denen, die sich gut versorgt glauben und sich auf Zeit oder Dauer gegen eine eigene Berufstätigkeit entschieden haben, können Sie mit Ihrem Gesetzesvorstoß einen Gefallen tun wollen.

(Beifall bei der FDP — Abg. **Jäger** [FDP]: Herr Präsident, würden Sie den Kollegen Klein zur Ordnung rufen, damit man das verstehen kann!)

Wenn Sie das eben nicht verstanden haben, ich will mich gern wiederholen. Ich bin der Ansicht, daß Sie nur einigen Frauen einen Gefallen tun können, nämlich denen, die sich gut versorgt glauben, das ist auch eine Betonung, und den Frauen, die auf eine eigene Berufstätigkeit auf Zeit oder auf Dauer verzichten wollen, könnten Sie hier eine Wohltat erweisen wollen, aber den anderen können Sie Ihren familienfreundlichen Sand nicht in die Augen streuen, (D)

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

denn wer für seinen oder seines Kindes oder seiner Kinder Unterhalt zu sorgen hat, der muß sehen, daß er schleunigst wieder einen eigenen Arbeitsplatz und eine Beschäftigung findet. Er hat die Rückkehr eher zu finden, möglicherweise auch schon innerhalb dieser 18 Monate, denn von 600 DM kann niemand sich ernsthaft ernähren wollen.

Außerdem darf ich noch darauf hinweisen, daß eine lange Berufsuntätigkeit Qualifikationsmerkmale negativster Art mit sich bringt, die ein ganzes Leben eine Frau begleiten können. Allen hier im Raum ist bekannt, auf welchem dünnem Eis sich die CDU hier bewegt.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Einen Moment! Meine Damen und Herren! Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. Das heißt, die Unterhaltungen einzustellen! Wer sich unterhalten will, kann das draußen machen. Bitte, Frau Pautzke!

- (A) Abg. Frau **Pautzke** (FDP): Wie kann die CDU den Bund aus seiner Verantwortung entlassen wollen, die er eindeutig übernommen hat?

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie kann Sie den Bund aus der Verantwortung entlassen und gleichzeitig Bremen veranlassen wollen, sich noch tiefer in die Verschuldung zu begeben.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

indem sich Bremen auf CDU-Vorschlag ein 35 Millionen DM teures eigenes Landeserziehungsgeldgesetz leistet?

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ich bitte, die Unterhaltung einzustellen, das gilt auch in der ersten Reihe!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Insbesondere da!)

Abg. Frau **Pautzke** (FDP): Ich werde Ihre Zeit nicht mehr so lange in Anspruch nehmen, Herr Klein. Die schlichte Frage: Wieviel Kindergartenplätze könnten wohl zum dauerhaften Nutzen vieler damit finanziert werden, wenn wir das Geld dann überhaupt zur Verfügung hätten? Ihr Verweis auf finanziell stärkere Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Berlin kann hier nicht greifen, da Bremen sich mit seiner Hochverschuldung in einer völlig anderen Situation befindet.

(B)

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Diesen finanzpolitisch unverantwortlichen Antrag muß die FDP einfach ablehnen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Wulff. Es ist eine Erstrede der Abgeordneten Wulff.

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Pautzke, man könnte meinen, Sie hätten schon meine Rede vorweggenommen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Sie hätten glatt in der SPD-Fraktion für Ihre Rede Zustimmung bekommen, wenn wir es gewußt hätten. Ich darf Ihnen aber trotzdem unsere Position noch einmal begründen.

Wir werden den Antrag der CDU zur Verabschiedung eines besonderen bremischen Landeserziehungsgeldgesetzes ablehnen. Zur Begründung darf ich auf einige wichtige soziale und ökonomische Daten hinweisen, die sich aus dem von der Bremischen Bürgerschaft geforderten und vor kurzem vom Bremer Senat vorgelegten Bericht über die Situation von Familien im Lande Bremen ergeben.

Dieser sehr umfangreiche und fundierte erste Bremer Familienbericht stellt eine wichtige Arbeitsgrundlage für uns als Abgeordnete dar. Er wird auf einer der nächsten Landtagssitzungen zwar von uns noch im einzelnen debattiert werden, seit seinem Erscheinen wird er aber bereits von vielen gesellschaftlichen Gruppen nachgefragt. Dies ist ein wichtiger Hinweis darauf, daß er Erkenntnisse enthält, die für die Sozialpolitik von Bedeutung sind.

(C)

Im Hinblick auf die politische Beurteilung des von der CDU hier eingebrachten Gesetzentwurfs für ein Landeserziehungsgeldgesetz sind insbesondere folgende im Familienbericht enthaltene demographische Daten und Trends von besonderer Bedeutung: Nachdem in den achtziger Jahren im Lande Bremen ein Bevölkerungsrückgang festzustellen war, hat sich dieser Trend jetzt erstmals umgekehrt, es werden wieder mehr Kinder auch in Bremen geboren. Von daher ist also grundsätzlich Hilfebedarf vorhanden.

Ein Fünftel aller Kinder, die im Lande Bremen geboren werden, wird allerdings bei der Geburt als nichteheliche Kinder registriert. Dies ist ein Punkt, der zum Beispiel durch das Bundeserziehungsgeldgesetz Probleme aufwirft, weil nach diesem Gesetz nur Väter Anspruch auf Erziehungsurlaub haben, die auch verheiratet sind mit der Mutter des Kindes. Also die Gruppe der übrigen Väter wäre schon einmal von vornherein ausgenommen.

(Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** [DIE GRÜNEN]: Leider!)

(D)

Die Zahl der Einpersonenhaushalte — das hat der Familienbericht auch gezeigt — ist in den vergangenen Jahren stark angewachsen. Sie beträgt zur Zeit 42 Prozent aller Haushalte, was wir ja auch am Beispiel der Wohnungsnot sehen. Wir haben uns da verkalkuliert, wie eigentlich der Wohnraumbedarf ist. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße entsprechend zurückgegangen ist. Nur in einem guten Drittel aller Mehrpersonenhaushalte lebten im Jahre 1987, darauf beziehe ich mich, Kinder unter 18 Jahren. Die Mehrzahl dieser Kinder wuchs allerdings zusammen mit Geschwistern auf. Soviel zu den demographischen Daten!

Die wirtschaftliche und soziale Lage von Familien im Lande Bremen wird im Familienbericht anhand mehrerer Faktoren analysiert: Das sind die Wohnsituation, die Bildungsbeteiligung, die Einkommensstruktur und der Familienlastenausgleich. Im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, worum es hier heute geht, ist insbesondere die Einkommensstruktur von erheblicher Bedeutung. So hat der Bericht gezeigt, daß die Löhne und Gehälter im Lande Bremen seit Jahren kontinuierlich angestiegen sind.

Es war aber so, daß die Zuwächse bei den Frauen nicht nur absolut, sondern auch prozentual sehr viel

(A) geringer waren als bei den Männern, also, insgesamt ist der Unterschied im Verdienstniveau zwischen Frauen und Männern in den letzten Jahren gewachsen, die Schere geht also auseinander. Diese Entwicklung verlief entgegen dem bundesweiten Trend, wo die Verdienste der Frauen prozentual stärker gestiegen sind als die der Männer, aber allerdings nur prozentual, nicht absolut.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Wie kommt das? — Abg. Frau Erlenwein [CDU]: Wie erklären Sie sich das?)

Darf ich bitte zu Ende reden, meine Zeit ist sehr kurz, vielleicht haben Sie Verständnis, bei der ersten Rede hier möchte ich nicht auf Zwischenrufe eingehen!

(Beifall bei der SPD)

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Lande Bremen entsprach 1987 in etwa dem Bundesdurchschnitt. Bundesweit mußten Familien mit Kindern aber Einkommenseinbußen in Kauf nehmen, das gilt für das gesamte Bundesgebiet. Im Lande Bremen gibt es Familien mit Kindern, die mit einem Familieneinkommen unterhalb der Sozialhilfeschwelle leben. Das liegt daran, daß sie von ihrem Recht auf Sozialhilfe keinen Gebrauch machen. Auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen, insbesondere, ist seit Jahren kontinuierlich angestiegen. Sie betrug 1987 in Bremen 8,7 Prozent der Bevölkerung.

(B)

Ein besonders hohes Risiko zur Sozialhilfeabhängigkeit tragen Alleinerziehende, insbesondere Frauen, die wegen der Versorgung ihrer Kinder oft nicht erwerbstätig sind oder sein können. Bei den Alleinerziehenden liegt die Wahrscheinlichkeit, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, bereits bei 33 Prozent, wenn nur ein Kind im Haushalt vorhanden ist.

Durch die bisherigen staatlichen Leistungen des Familienlastenausgleichs, wie Kindergeld und Kinderfreibeträge bei der Steuer, also durch Bundesregelungen, konnten die Belastungen der Familien bundesweit, und so auch im Lande Bremen, nur unzureichend ausgeglichen werden. Ich stimme also nicht mit Ihnen überein, Frau Erlenwein, daß die Einführung des Bundeserziehungsgeldes ein großer Erfolg gewesen sei, ich komme auf die Gründe.

Die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub durch den Bundesgesetzgeber in ihrer bisherigen Form hat bisher weder im Lande Bremen noch anderswo in der Republik zu einer spürbaren Entlastung der Familien geführt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, Frau Erlenwein, daß über 90 Prozent,

(Abg. Frau Erlenwein [CDU]: 96!)

97 Prozent der Anspruchsberechtigten davon Gebrauch gemacht hätten, dann sehe ich das als einen Mitnahmeeffekt an, der aber nicht bewirkt hat, daß tatsächlich eine Entlastung passiert ist. (C)

(Widerspruch bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Das ist ein Irrtum!)

Ein weiteres Argument! Ebenso konnten die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer seit Einführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes 1986 nicht nachhaltig verbessert werden. Man kann das an den Zahlen erkennen: Es hört sich zwar gut an, daß 97 Prozent das in Anspruch genommen haben, sieht man sich aber einmal an, wieviel Väter und wieviel Mütter es in Anspruch genommen haben, so waren es in Bremen — da war es sogar noch relativ gut — zwei Prozent, also 2,2 Prozent genau gesagt, bundesweit war es seit 1986 ein Prozent der Väter, die von dieser Regelung Gebrauch gemacht haben, also eine fast zu vergessende Größe.

Ein wichtiger Indikator dafür, daß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dadurch für Männer und Frauen nicht verbessert wurde, ist die Frauenerwerbsquote. Das kann man im Vergleich sehen mit anderen europäischen Staaten, wo die Frauenerwerbsquote erheblich höher liegt als in der Bundesrepublik. Im Lande Bremen ist die aktive Erwerbsbeteiligung der Frauen im Jahre 1987 zwar geringfügig angestiegen — sie betrug insgesamt 30,3 Prozent —, sie reicht jedoch bei weitem nicht an die Erwerbsbeteiligung der Männer heran, die zwischen 50 und 60 Prozent liegt. (D)

Ich komme zur grundsätzlichen Kritik der SPD schon an dem Bundeserziehungsgeldgesetz und dann an der Landesforderung. Die SPD-Kritik an dem Bundeserziehungsgeldgesetz in seiner bisherigen Form läßt sich grundsätzlich wie folgt zusammenfassen: Erstens, die Dauer des Erziehungsurlaubs von maximal 18 Monaten ist unzureichend.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Die Lücke bis zum Beginn des Kindergartenbesuchs — —. Darf ich das vielleicht begründen, oder wenn es Sie nicht interessiert, Herr Klein, vielleicht sehen Sie draußen einmal auf den Flur, das ist vielleicht auch etwas los!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Ich habe überhaupt nichts gesagt! Ich strahle Rücksichtnahme aus! — Abg. Kudella [CDU]: Er wollte die Vorlesung nicht stören! — Zurufe von der SPD — Abg. Schurr [SPD]: Das merken wir uns, Herr Klein!)

Darf ich denn einmal weitersprechen, Herr Präsident?

**Präsident Dr. Klink:** Sie haben das Wort und sonst keiner, und das nutzen Sie jetzt aus!

(Beifall bei der SPD)

(A) Abg. Frau **Wulff** (SPD): Ich war bei der Begründung, warum also die Dauer von 18 Monaten unserer Meinung nach unzureichend ist. Es ist halt so, Sie wissen selbst, der Beginn des Kindergartenbesuchs liegt bei dem Alter von drei Jahren, und die Lücke bis zu diesem Zeitpunkt wird dadurch nicht geschlossen, so daß also eine wirkliche Entscheidungsfreiheit oder Möglichkeit bestünde, ob man Beruf oder Familie als Hauptaufgabe ansieht.

Ein zweiter wichtiger Kritikpunkt der SPD am Bundeserziehungsgeldgesetz ist die Höhe des Erziehungsgeldes von maximal 600 DM im Monat. Sie ist unzureichend, denn sie trägt zur Rollenfixierung der Mütter als Kinderbetreuerinnen bei, da sie keinen Lohnersatz darstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD fordert daher auf Bundesebene in ihrem Wahlprogramm Fortschritt '90: erstens die gesetzliche Einführung eine dreijährigen Arbeitsplatzgarantie zur Betreuung von Kindern.

(Beifall bei der SPD)

Nur dadurch kann Eltern eine echte Wahlmöglichkeit gegeben werden, wer von ihnen die Betreuung der Kleinkinder übernehmen möchte. Die zweite wichtige Forderung ist die Ausweitung des bezahlten Elternurlaubs mit dem Ziel, die Inanspruchnahme für beide Elternteile attraktiv zu machen,

(B) (Abg. **Kudella** [CDU]: Das erhöht den Mitnahmeeffekt von 1,5 auf drei Jahre!)

und drittens ein erhöhtes Erziehungsgeld für Alleinerziehende. Deren problematische Situation habe ich schon geschildert.

Diese genannten Forderungen wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einbinden in ein größeres Maßnahmenpaket für Familien. Es ist also nicht so, Frau Erlenwein, daß wir nichts für die Familie übrig hätten, nur, unser Familienbegriff ist vielleicht nicht ganz so eingengt wie der Begriff der CDU,

(Beifall bei der SPD)

denn wir verstehen unter Familie nicht nur das typische verheiratete Ehepaar mit zwei Kindern, sondern vielfältige Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern!

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Maßnahmenbündel, das die SPD für Familien fordert, gehört die Einführung eines einheitlichen Kindergeldes von mindestens 200 DM monatlich für jedes Kind sowie die Umgestaltung des Ehegattensplittings, das zwar Ehen, aber nicht Familien fördert.

(Beifall bei der SPD)

(C) Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind diese angestrebten familienpolitischen Zielsetzungen und Leistungen allesamt typische Bundesaufgaben. Wir haben daher kein Verständnis für den Antrag der CDU auf Einführung eines Landeserziehungsgeldgesetzes, dessen Realisierung zudem den bremischen Landeshaushalt erheblich belasten würde. Frau Pautzke hat bereits darauf hingewiesen, ich brauche das nicht zu wiederholen.

Wir lehnen den Antrag aber nicht nur aus finanziellen Gründen ab, sondern auch aus inhaltlichen Gründen. So ist zum Beispiel der Kreis der Anspruchsberechtigten in Ihrem Landeserziehungsgeldgesetzentwurf begrenzt auf EG-Angehörige, die ihren Wohnsitz im Lande Bremen haben. Dies bedeutet eine Ausgrenzung aller übrigen Bewohner

(Beifall bei der SPD)

und kann nur mit Ihrer nicht gerade ausländerfreundlichen Einstellung zusammenhängen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können darin nur wahltaktische Motive der CDU im beginnenden Bundestagswahlkampf erkennen.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Klein** [CDU]: Pfui Teufel! Wahlkampf ist der Vorhof der Hölle!)

Ihr Vorschlag, meine Damen und Herren von der CDU, auch Sie, Herr Klein, reiht sich ein in Ihre bekannte Strategie, vom Bremer Senat Leistungen zu fordern, denen Sie auf Bundesebene jedoch die Zustimmung verweigern.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist beendet!

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Ja! Ähnlich versuchen Sie ja zum Beispiel auch die Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit auf Länder und Kommunen abzuwälzen.

(Beifall bei der SPD)

Nach dieser Ihrer Logik haben wir zu befürchten, daß Sie demnächst auch noch die Finanzierung des Kindergeldes den Bundesländern zuschieben werden, um das eingesparte Geld in Bonn erneut für Steuergeschenke an gutverdienende Bevölkerungsgruppen zu verwenden.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Klein** [CDU]: Wie könnt ihr ihr das denn aufschreiben?)

Herr Klein, bleiben Sie doch ganz ruhig! Herr Klein, wie das funktioniert, haben Sie uns ja schon eindrucksvoll einmal vorgeführt, als Sie das Dienstmädchenprivileg eingeführt haben und den Flugbenzinskandal ebenfalls verursacht haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Gassdorf** [CDU]: Jetzt fehlt nur noch der Nato-Doppelbeschluß!)

(C)

(D)

- (A) Ich komme zum Schluß, ich fasse zusammen! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen den CDU-Antrag ab und fordern statt dessen vom Bundesgesetzgeber wirksame Maßnahmen, die die soziale Situation der Familien bundesweit — und damit auch in Bremen und Bremerhaven — nachhaltig verbessern und die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen, aber — nicht zuletzt — auch für Männer ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel-Rüdel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meinen beiden letzten Vorrednerinnen kann ich mich in den meisten Punkten anschließen. Wir lehnen diesen Antrag der CDU ab.

(Vizepräsident Frau **Leinemann** übernimmt den Vorsitz.)

Grundsätzlich sind wir GRÜNE für Wahlfreiheit, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß es auch wirklich eine Wahlfreiheit gibt, und das heißt, daß es gleich abgesicherte Bereiche geben muß.

- (B) Ich will Sie an ein Beispiel aus Schweden erinnern, da gibt es zum Beispiel für die Zeit des Erziehungsurlaubes eine Fortzahlung von 80 Prozent des Nettogehaltes. Das sind vergleichbare Lebensbedingungen, wo man dann wirklich von Wahlfreiheit sprechen kann. Diese Wahlfreiheit haben wir in der Bundesrepublik nicht, sie hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Diese Wahlfreiheit ist rein idealistisch, wir wollen dagegen eine reale Wahlfreiheit, die jetzige ist leider immer auf Kosten der Frauen gegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem geht es aber um die Möglichkeit der Vereinbarung von Beruf und Familie, und das für beide Geschlechter. Eine solch verstandene Familienpolitik ist à jour, alle neuen Untersuchungen zeigen, daß Frauen und Männer Beruf und Familie zum großen Teil weiter vereinbaren wollen und daß sie gegen die weitere Trennung der Bereiche sind. Von grüner Seite sind deswegen auch Vorschläge gekommen. Auf Bundesebene zum Beispiel wird ein Gesetzentwurf eingebracht für die subventionierte Teilzeitarbeit für beide Elternteile in allen Jobs. Das heißt, daß jungen Eltern, die kleine Kinder haben, ermöglicht werden soll, für eine gewisse Zeit ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Das sind für uns vorwärtstreibende Entwürfe, die wir sehr begrüßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (C) Wir teilen auch die Feststellung der CDU nicht, daß die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub die Lage junger Familien wesentlich verbessert hat, und zwar auch aus den Gründen, die Frau Wulff und Frau Pautzke schon erwähnt haben. Der Begriff der Familienpolitik, der in diesem Gesetzentwurf zugrunde gelegt wird, ist zu eingeschränkt. Die Gewährung von Erziehungsgeld ist an das Sorgerecht geknüpft, und damit sind Lebensgemeinschaften ohne Trauschein ausgeschlossen. Heutzutage ist es doch so, daß viele Frauen nach dem Mutterschutz wieder arbeiten und die Männer das Kind zu Hause versorgen. Sie gehen aber leer aus.

Meine Damen und Herren von der CDU, halten Sie das für sozial? Das sind doch gerade neue Ansätze für eine neue Vereinbarkeit in der Familie, daß Männer und Frauen sich die Arbeit der Kindererziehung anders teilen als in der Vergangenheit, und diese Männer werden wieder ausgeschlossen. Das halte ich nicht für eine zukunftsorientierte Familienpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Familienpolitik, die Sie hier mit diesem Antrag beschreiben, ist im Grunde eine Familienpolitik der sechziger Jahre, die neue Entwicklungen nicht aufgreift. Wir halten das Erziehungsgeld, wie es bis jetzt ist, für vollkommen unzureichend, und das haben wir in Bonn auch deutlich gemacht. Die damalige Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Frau Schoppe, und jetzige Frauenministerin in Niedersachsen hat damals den Antrag gestellt, daß die Höhe des Geldes verdoppelt werden soll, nämlich von 600 DM auf 1 200 DM, und außerdem haben wir deutlich gemacht, daß der Erziehungsurlaub auf Bundesebene auf zwei Jahre verlängert und damit auch die Zahlung des Erziehungsgeldes auf diese Zeit hinaus ausgedehnt werden soll. Es ist doch auch kein Wunder bei 600 DM, daß hauptsächlich Frauen das in Anspruch nehmen. Welcher Mann scheidet denn für 600 DM aus? Wenn wir hier aber zu einer tatsächlichen Änderung kommen wollen, müssen wir sowohl die Zeit als auch vor allem die Höhe des Erziehungsgeldes anheben, denn sonst wird das doch nur wieder die Rollenteilung in der Familie festschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Natürlich finden wir es schön, wenn für junge Familien mehr getan werden soll. Aber wir brauchen den erweiterten Familienbegriff bei solchen Anträgen, weil die Realität sich geändert hat, und wir können uns nicht nur noch auf Familien mit Trauschein beziehen, sondern wir müssen uns auf einen erweiterten Familienbegriff beziehen, weil wir sonst große Teile unserer Bevölkerung mit solchen sozialpolitischen Leistungen immer wieder ausgrenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir favorisieren also ein anderes Modell der Aufteilung zwischen Bund und Ländern. Wir sind der

- (A) Meinung, daß das Erziehungsgeld für zwei Jahre und die Verlängerung des Erziehungsurlaubs mit Arbeitsplatzgarantie über den Bund geregelt werden soll.

Wenn ich jetzt auf das Volumen zu sprechen komme, Frau Erlenwein, was Sie vorhin angedeutet haben, 25 bis 35 Millionen DM für Bremen, dann sind wir der Meinung, daß dieses Geld hier in Bremen besser in den Ausbau von Kindergartenplätzen, von Ganztagsplätzen und Hortplätzen gesteckt werden sollte. Das wäre für uns die richtige Ergänzung von Bundespolitik und Landespolitik, die hier wirklich die Kindergartenversorgung vorantreiben würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von daher fordern wir Sie auf, wenn Sie sich wirklich um die Familienpolitik und die Erweiterung des Erziehungsurlaubes verdient machen wollen, setzen Sie sich in Bonn für diese Verbesserungen ein, und versuchen Sie, hier in Bremen an der Verbesserung der Kindergartenpolitik mit uns gemeinsam mitzuwirken! Dann ist im Sinne einer Politik für Frauen und Kinder und der Arbeitsteilung in den Familien wesentlich mehr erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Frau Senator Uhl, wir haben Ihre Wortmeldung nicht mitbekommen. Ich bitte um Entschuldigung!

(B)

Das Wort hat Frau Senator Uhl.

**Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich darf zu den Ausführungen nur noch einige Stichworte hinzufügen, ich glaube, inhaltlich ist es doch schon sehr umfassend diskutiert worden. Deutlich wird insbesondere bei dem Redebeitrag von Frau Wulff von der SPD-Fraktion, daß es für die SPD-Fraktion und auch für den Senat eben keine Menschen erster und zweiter Klasse in Bremen geben darf.

(Beifall bei der SPD)

Ich beziehe mich da ausdrücklich auch auf einen Zwischenruf von Herrn Klein, der gesagt hat, dieser Vorschlag der CDU-Fraktion koste nicht soviel wie die Unterbringung von Asylbewerbern.

(Abg. Klein [CDU]: In Hotels!)

Das halte ich für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
In Hotels!)

Herr Klein, das ist egal, wo. Es ist völlig egal, wo!

(Abg. Klein [CDU]: Mir nicht!)

- Ich habe den Eindruck, Ihr Menschenbild hat an vielen Stellen erhebliche Korrekturen nötig. (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nein!

(Abg. Klein [CDU]: Es ist nicht fair, wenn Sie das machen!)

Herr Klein, das war auch unfair von Ihnen, das einzuwerfen.

(Abg. Klein [CDU]: Ich komme darauf zurück!)

Das war auch unfair, was Sie gemacht haben. Ich empfand es, wenn ich mir das gestatten darf, als ausgesprochen unfair, wie Sie und Herr Kudella in den Redebeitrag der Kollegin Wulff eingegriffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Für den Senat gibt es keine Menschen erster und zweiter Klasse in Bremen, und darum sind die Anstrengungen, die wir unternehmen, die zugegebenermaßen nicht immer so umfassend sind, wie man sie sich in vielen Politikfeldern vorstellen könnte, aber immer auf alle Menschen und auch auf alle Familien ausgerichtet, die im Lande Bremen leben.

(D)

Das zweite in der Tat ist, wenn es dann zu der Diskussion kommt, in welchem Rahmen, in welchen Schritten, auf welchen Feldern und mit welchen Instrumentarien unterstützen wir Familien oder die Gruppe, die sich als Familie definiert, dann ist es vorrangig eine Bundesaufgabe. Diese Vorrangigkeit ist ausdrücklich auch 1988 noch einmal von den zuständigen Ministern und Ministerinnen, Senatoren und Senatorinnen der Länder und des Bundes bestätigt worden, die nämlich den Bundesgesetzgeber, das heißt die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, aufgerufen haben, noch in dieser Legislaturperiode die Erweiterung des Erziehungsgeld- und Erziehungsurlaubsgesetzes auf das zweite Lebensjahr zu beschließen. Wenn jetzt insbesondere die Mehrheit des Deutschen Bundestages dieser Aufforderung nicht nachkommt, so ist es, finde ich, ein weiteres Indiz dafür, daß der Bund die Frage der Sozialstaatlichkeit und der Verantwortung für sozialstaatliches Handeln abgegeben hat und sich daraus verabschiedet hat.

(Beifall bei der SPD)

Das dritte: Deutlich ist ja geworden, und so empfinde ich es auch sehr stark, daß es erhebliche Irritationen in der CDU-Familienpolitik gibt, und nicht nur in der Familienpolitik. Überall da, wo der Finger auf die Wunde gelegt wurde, war von Ihnen zu spüren, daß Sie, glaube ich, auch im Grundsatz mit der Idee der Einführung eines bremischen Gesetzes noch gar

- (A) nicht einheitlich einverstanden sind. Anders herum kann ich mir manche Beiträge nicht erklären, auch Zwischenrufe von Herrn Teiser, der zum Beispiel Frau Wulff vorgeworfen hat, sie fordere den bremischen Mitnahmeeffekt. Meine Herren und Damen, was ist denn bitte dieser Gesetzentwurf sonst?

(Abg. Teiser [CDU]: Sie können nicht einmal richtig zuhören!)

Doch! Ich glaube, ich habe da gut zugehört. Insgesamt, glaube ich, müssen wir davon ausgehen, daß, wenn es dann zu einem Schwur kommen würde, ausgerechnet Teile der CDU-Fraktion sich den starken Anforderungen der Lobbyisten aus Wirtschaft und Handel wohl kaum verschließen würden, wenn es dann unter dem Strich darum ginge, in der Tat eine Umsteuerung der Finanzierung solcher Maßnahmen herbeizuführen,

(Beifall bei der SPD)

und da allerdings gestehe ich Ihnen keinerlei Kompetenz zu.

Der letzte Punkt, der mir noch wichtig ist, und da möchte ich nur Teile herausgreifen von dem, was sowohl Frau Pautzke, Frau Wulff als auch Frau Dr. Trüpel-Rüdel gesagt haben, ist, daß das Interesse der bremischen Familienpolitik darauf gerichtet ist, die Mittel, die wir in Bremen zur Verfügung haben, auch in der Tat dafür einzusetzen, daß wir das Angebot an Krabbelgruppen verstärken, daß wir zu einem breiteren Angebot der Hortversorgung und der Kindergartenversorgung kommen, daß wir insgesamt Hilfestellung geben für Problemlagen von Familien, die sehr wohl aufkommen können. Wir verstehen aber die Familie nicht von vornherein als einen, wenn ich das einmal so sagen darf, negativ verstandenen Begriff, wie das Frau Erlenwein uns versucht hat anzudeuten.

- (B) Meine Herren und Damen, ich glaube, mit der Einführung dieses Geldes wäre den bremischen Familien nicht geholfen. Wir sollten vielmehr auch auf der Grundlage der Ergebnisse des ersten Bremer Familienberichtes alle gemeinsam daran arbeiten, daß wir die Aufgaben und die Verantwortung zwischen Bund und Ländern aufrechterhalten, sie weiterhin verteilen, aber auch das Unsrige dazu beitragen, was wir auf der Länderebene in der Tat auch umsetzen können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. Kudella (CDU \*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Bemerkungen insbesondere zur Finanzierung veranlassen mich, noch einmal nach vorn zu kommen und dazu einige Bemerkungen zu machen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (C) Die erste Bemerkung ist, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, und ich sage das ebenso an die Freien Demokraten und auch an die GRÜNEN: Die CDU-Fraktion läßt sich nicht in die unseriösen Haushaltsvorgaben der SPD einpassen,

(Beifall bei der CDU)

sondern wir haben eigene Vorstellungen vom Haushaltsgebaren.

Zweiter Punkt ist: Sie dürfen nicht glauben, daß Sie Geld haufenweise zum Fenster hinauswerfen können, daß Sie in verschiedensten Punkten sich unseriös verhalten und wir dazu noch ja sagen, sondern wir werden, meine Damen und Herren, durch Umschichtungen Haushalte anders gestalten, und das lassen Sie mich an einigen Beispielen deutlich machen, damit Sie sehen, wie man ohne Aufblähung des Haushaltes diese 25 Millionen DM finanzieren kann.

Wenn Sie eine vernünftige Politik im Asylbereich betreiben würden, dann würden Sie mindestens 20 bis 30 Millionen DM allein in diesem Bereich jährlich einsparen können.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

- (D) Sie lehnen bestimmte Abschiebungen ab, Sie lassen bestimmte Gruppen einer bestimmten Volkszugehörigkeit wie Kurden hier, Sie bringen die Leute in Hotels unter, werfen dafür jede Menge Geld zum Fenster hinaus und sagen anschließend, Sie hätten kein Geld für Familienpolitik. Das ist nicht unsere Position, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wenn es darum geht, daß der Bürgermeister Wedemeier eine Mitarbeiterin beim Arbeitsressort, nämlich Frau Lill, los werden will, dann wird eine eigene Stelle geschaffen, von der keiner weiß, was dort zu tun ist,

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD)

die keinerlei Kompetenz hat, und dann geben Sie dafür jährlich zwei Millionen DM eben einmal locker aus.

(Beifall bei der CDU — Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Oder wenn Sie Herrn Klatt versorgen wollen in Rostock, spielt Geld keine Rolle! Ob Sie Herrn Galla mit hoher Pension in den Ruhestand schicken, ob Sie nicht in der Lage sind, ein vernünftiges Personalentwicklungsprogramm über vier Jahre vorzulegen, ob Sie ein Schulstandortskonzept vorlegen, das vorn und hinten nicht mehr stimmt, ob Sie ein Behördenraumkonzept entwerfen, das Sie dann mit zig Millionen DM anschließend wieder umwerfen müssen mit zusätzlichen Kosten, alles das sind Punkte, meine

- (A) Damen und Herren, wo Sie Millionen und Abermillionen Beträge zum Fenster ohne Sinn und Verstand hinauswerfen, nur für Familienpolitik haben Sie kein Geld! Das ist die Wirklichkeit!

(Beifall bei der CDU)

So einen Unsinn, meine Damen und Herren, können Sie uns wirklich hier im Parlament nicht erzählen, und das machen wir nicht mit. Wenn Sie Ihre Politik besser gestalten würden, wenn Sie auf Effektivität der Ausgaben achten würden, dann könnten Sie ein Familiengeld bezahlen, das noch um das Doppelte höher wäre, als es in unserem Antrag vorgesehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Freien Demokraten verstehe ich nun überhaupt nicht mehr. Sie verabschieden sich sozusagen aus den gemeinsamen Beschlüssen, die sie in Bonn gefaßt haben. Sie haben heute hier über Frau Pautzke eine Kehrtwendung in der Familienpolitik gemacht.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Sie haben mit uns, meine Damen und Herren, in Bonn 1985, als es sehr schwierig war, Finanzierungen für die Familie sicherzustellen, dies mitgetragen mit der Begründung, meine Damen und Herren, daß eine gute Familienpolitik, und das gilt natürlich auch für das Land Bremen, erhebliche soziale Folgekosten einspart.

Neben dem, was ich hier soeben genannt habe, würden Sie ja noch erhebliche Einsparungen im sozialen Bereich mittel- und langfristig erreichen. Geld, das Sie für Drogenabhängige ausgeben, das Sie für gestrandete Leute ausgeben, würde bei einer Familienpolitik, die vernünftig angelegt ist, nicht benötigt, und das würde Einsparungen bedeuten. Das haben Sie offensichtlich völlig vergessen, und nur, weil es Ihnen opportunistisch in den Kram paßt, greifen Sie jetzt unsere gemeinsamen Positionen in der Familienpolitik an.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung!

(Abg. Töpfer [SPD]: Begeben Sie sich noch weiter in den Keller! — Abg. Sygusch [DIE GRÜNEN]: Stammtischrede!)

Ich komme jetzt zur Sprecherin der SPD. Meine Damen und Herren, die Logik dieser Rede müssen Sie noch einmal jemandem erklären. Da wird davon geredet, 97 Prozent derjenigen, die das Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, machen das nur, weil sie einen Mitnahmeeffekt in Kauf nehmen wollen. Anschließend, meine Damen und Herren, in derselben Rede, drei Minuten später, erklärt die Rednerin der SPD,

„aber wir wollen alles verbessern, es darf nur kein bremisches Geld kosten, es muß alles der Bund bezahlen“. Da ist das kein Mitnahmeeffekt, da ist das vernünftig ausweislich Ihres Wahlprogrammes. (C)

Ja, was gilt denn nun? Ist es nun ein Mitnahmeeffekt, der nichts bewirkt? Dann ist doch Ihre Forderung geradezu sinnlos!

Oder aber Sie sagen, es ist im Ansatz richtig, und wir wollen auch das machen, was andere Bundesländer machen, dann ist der zweite Teil richtig. Aber für eines von beiden müssen Sie sich schon einmal entscheiden. Meine Damen und Herren, dieser Eiertanz und diese Unlogik ist typisch für Ihre Haltung in der Familienpolitik.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

(Zurufe von der SPD)

Abg. Klein (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Uhl war so freundlich, eine Frage von mir nicht zuzulassen, die der Aufklärung gedient hätte. Ich nehme mir die Freiheit, Frau Busboom, in einem eigenen Wortbeitrag die Aufklärung hier zu leisten.

Frau Uhl, ich habe in einem Zwischenruf zum Ausdruck gebracht, daß ein Teil des Einsparungsvorschlages wäre, Asylbewerber nicht mehr in Hotels unterzubringen. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mich nicht generell gegen Kosten für Asylbewerber gewandt habe, und Sie haben genau gehört, daß ich ausschließlich protestiert habe gegen die Hotelunterbringung von Asylbewerbern. (D)

(Abg. Altermann [DVU]: Ausländerfeind!)

Dies ist eine nicht nur finanzpolitisch richtige Haltung, sondern sie ist auch meines Erachtens unter dem Gesichtspunkt der Humanität zu vertreten. Ich halte es für inhuman, Asylbewerber in Absteigen unterzubringen und sie nicht zu betreuen.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden dort, und das müßten Sie als Sozialpolitikerin wissen, der Kriminalität überlassen.

Wir sind seit vielen Jahren dabei im Innenverhältnis, hier eine Umschichtung vorzunehmen, und selbst die Neubauten, die nicht als Gemeinschaftsunterkünfte zu bezeichnen sind, denken Sie an die Kampa-Häuser, sind für Asylbewerber besser geeignet, aber auch finanzpolitisch für Bremen wichtiger und günstiger. Warum? Weil selbst eine Unterbringung von Asylbewerbern in einem neuen Reihenhäuserhaus ausweislich der Berechnungen der Finanzverwaltung 50 Prozent billiger ist als die Unterbringung von Asylbewerbern in schmierigen Absteigen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Was hat das mit Familienpolitik zu tun?)

(A) Deswegen halte ich es für unververtretbar, Frau Uhl, daß Sie in dieser Weise meinen, meinen Zwischenruf verdrehen zu können, obwohl Sie genau als Senatorin wissen müssen, daß es zur Zeit Politik des Senats ist, die Hotelunterbringung zu verringern und dafür eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zu fördern. Das entspricht der Menschlichkeit, und es entspricht dem finanzpolitischen Interesse Bremens. Halten Sie sich bitte daran, und dann wird es auch nicht mehr passieren, daß Sie den Eindruck erwecken, aus einer gewissen Bigotterie heraus Ihr sozialpolitisches Engagement zu verraten!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

**Abg. Frehe (DIE GRÜNEN):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Erlenwein, Sie tun mir schon ein bißchen leid, mit Herrn Kudella und Herrn Klein geschlagen zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist schon schwierig, wenn man Sozialpolitik vertreten will in Ihrer Fraktion, und ich weiß, was Sie für einen schweren Stand haben,

(**Abg. Werner Fischer [CDU]:** Sie wissen gar nichts! — **Präsident Dr. Klink** übernimmt wieder den Vorsitz.)

(B)

und dann im Grunde genommen solch unqualifizierte Beiträge hier vor dem Publikum entfaltet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will es nur ganz kurz einmal deutlich machen: Herr Klein, wenn es Ihnen wirklich um eine menschengerechte Unterbringung von Asylbewerbern ginge,

(**Abg. v. Nispen [FDP]:** Das ist Thema des nächsten Tagesordnungspunktes!)

dann hätten Sie sich dafür eingesetzt, daß hier angemessene Wohnverhältnisse mit diesem Geld, das dort eingespart werden kann, auch tatsächlich geschaffen werden.

(**Abg. Klein [CDU]:** Das müssen Sie Herrn Tiefenbach sagen! Herr Tiefenbach ist mit mir der Meinung in der Finanzdeputation!)

Augenblick, hören Sie zu! Herr Kudella, Sie sind im Grunde genommen weitergegangen — hören Sie bitte zu! —, Sie haben Drogenabhängige gegen Asylbewerber und beide gegen die Familienpolitik ausgespielt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt nur noch einmal etwas zur Fachlichkeit! Wenn man überlegt, wie Einkommensersatzleistungen für Familien oder für Familienangehörige, die die Erziehung übernehmen, gestaltet werden können, dann war es, jedenfalls unter fachlichen Sozialpolitikern, immer klar, daß es darum geht, entweder eine Versicherungsleistung oder ein Leistungsgesetz auf Bundesebene dafür zu schaffen. Es ist unsinnig zu versuchen, wieder einmal so etwas auf die Kommunen abwälzen zu wollen.

(C)

Sie haben in anderen Zusammenhängen Ihrer eigenen Bundespolitik selbst immer Versicherungslösungen angestrebt. Wir haben in vielen Dingen dann Leistungsgesetzliche Lösungen befürwortet. Aber wenn Sie hier jetzt solch eine Lösung auf unterem Niveau der Leistungen auf Landesebene haben wollen, dann kann ich nur sagen, das ist keine angemessene Möglichkeit, die eine Alternative für die Erziehungsberechtigten eröffnet.

Ein Letztes: Wenn man Einkommensersatzleistungen für Eltern, die die Erziehung ihrer Kinder übernehmen und deswegen nicht am Berufsleben teilnehmen, schaffen will, dann muß man das im gesamten Zusammenhang mit Kinderfreibeträgen und mit dem bedarfsdeckenden Kindergeld diskutieren. Solche Partiaallösung bringt überhaupt nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine solche Gesamtlösung kann man meines Erachtens nur auf Bundesebene finden, und dazu haben die GRÜNEN eine ganze Reihe von Vorstellungen unterbreitet.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittbrenner.

**Abg. Dittbrenner (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte zu der Bemerkung des Fraktionsvorsitzenden der Union noch einiges sagen.

Herr Kollege Kudella, die Tatsache, daß Sie der Meinung sind, daß der Gesetzgeber, dieses Parlament, das Geld an der falschen Stelle ausgibt, diese Meinung kann ich Ihnen ja nicht nehmen, aber ist Ihnen eigentlich nicht aufgefallen in den letzten Monaten und auch bei der öffentlichen Diskussion, daß Sie mit Ihrer Ausgrenzpolitik im Grunde genommen sich ständig auf dem Holzweg bewegen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn von Ihnen als Einsparvorschläge nichts anderes kommt, als daß wir bei Asylanten und bei Drogenabhängigen einsparen sollen, dann tun Sie mir in der Tat leid,

(Beifall bei der SPD)

- (A) denn die Diskussion, auch in dem gesellschaftlichen Raum, geht über Sie hinweg. Es ist ganz merkwürdig, daß Sie das überhaupt nicht begreifen!

(Beifall bei der SPD)

Zu den anderen Dingen, wie den Personalentscheidungen, die Sie hier noch einmal erwähnt haben, will ich nichts sagen. Es wird sich ja unter dem Strich herausstellen, ob diese Entscheidung sinnvoll war oder nicht. Aber eines bleibt doch festzustellen, und da sind Sie ja von allen drei Fraktionen kalt erwischt worden, Sie legen hier einen Ausgabetatbestand auf den Tisch, ohne konkrete, seriöse Einsparvorschläge gemacht zu haben!

(Beifall bei der SPD)

Ich will das nicht verlängern, aber ich werde Ihnen versprechen, Herr Kollege Klein, vielleicht haben wir dann noch das Glück, Sie hier in unseren Reihen sitzen zu haben, daß wir bei den Haushaltsberatungen auf diesen Punkt wieder zurückkommen, wenn Sie wieder eine entgegengesetzte Rede halten, wie Sie sie heute gehalten haben.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

- (B) Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier ja noch eine Schlußrunde zu diesem Thema, und Herr Kudella, Sie haben das herausgefordert, deshalb muß dazu auch etwas gesagt werden.

Punkt eins: Mit diesem Gesetzesantrag, Frau Kollegin Pautzke, hat das im übrigen, wie ich finde, sehr überzeugend gesagt, und wir haben das zuvor bei der Vorstellung Ihrer Initiative bereits gesagt, hat sich die CDU-Fraktion, besonders an Sie gerichtet, Herr Klein, als seriöser Gesprächspartner und ernstzunehmende Oppositionsfraktion in allen Fragen der Haushalt- und Finanzpolitik verabschiedet.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Herr Klein, diese Doppelstrategie ist im übrigen nicht neu, ständig zu lamentieren, die nahezu ausweglose Finanzsituation in der Verschuldung dieses Bundeslandes zu beschreiben und permanent, insbesondere im Personalhaushalt, mit Ausweitungsanträgen zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Zweiter Punkt: Frau Kollegin Erlenwein, zum Inhalt!

(Zurufe von der CDU)

Die Finanzen waren nicht Ihr Part, jetzt geht es zum Inhalt! Ich lese Ihnen die Koalitionsvereinbarung

zwischen CDU und FDP auf Bundesebene, diesen Bereich betreffend, vor, da heißt es zur Familienpolitik: „Das Kindergeld soll in dieser Legislaturperiode ab dem zweiten Kind erhöht werden. Dabei wird die Bundesregierung mit Nachdruck das Ziel weiterverfolgen, die Abwicklung des Kindergeldes über die Finanzämter vorzunehmen.“ Das war Ziffer a!

Ziffer b: „Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sollen verlängert werden. Eine Verbesserung des Gesetzes mit Blick auf die Alleinerziehenden soll geprüft werden.“

Meine Damen und Herren von der CDU, wir gemeinsam haben vereinbart, daß dieses Problem auf der Bundesebene gelöst wird,

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Hört, hört!)

und, Herr Klein, verfassungsrechtlich, Gebot der Einhaltlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik, ist es zusätzlich erforderlich, daß solche Leistungen, genau wie Steuergesetze genau wie Steuerbefreiungsvorschriften, im gesamten Bundesgebiet einheitlich geregelt werden!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb ist dieser Vorstoß hier weder materiellrechtlich noch finanzpolitisch seriös. Er ist schlicht populistisch!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD — Abg. **Kudella** [CDU]: Sie wissen doch genau, daß andere Länder das Erziehungsgeld auch haben!)

Herr Kudella, Stichwort andere Länder! Ich habe hier wiederholt von diesem Pult erklärt, daß wir, die FDP, sämtliche Sonderleistungen Bremens, die den bremischen Haushalt in Anspruch nehmen, nicht billigen, wenn sie nicht bundeseinheitlich gewährt werden! Was sich das reiche Baden-Württemberg und möglicherweise Bayern und andere leisten, Herr Klein, das kann sich Bremen eben nicht leisten!

(Beifall bei der FDP — Abg. **Klein** [CDU]: Sie sprachen doch vom Verfassungsrecht! Sprechen Sie vom Verfassungsrecht oder vom Geld?)

Herr Klein, warum macht Herr Späth denn das, Herr Späth und die Bayern? Das machen die doch aus demselben Grund, aus dem Sie dies eingebracht haben. Um für den Wahlkampf Munition zu haben!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Das ist doch so!

(Abg. **Klein** [CDU]: Ich dachte, es wäre verfassungswidrig!)

(A) Dieses durchsichtige Manöver war bei der Einbringung des Antrages schon erkennbar. Das hätte Sie hellhörig werden lassen müssen, Herr Kudella! Sie hätten hier eine bescheidene Vorstellung des Gesetzesantrages machen lassen sollen, ihn dann stillschweigend begraben und sich nicht noch ins Rathaus begeben sollen! Daraus können Sie nur mit Schaden herauskommen. Das hat die Debatte erwiesen!

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Erlenwein.

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es vielleicht nicht zufriedenstellend ist, wenn sich anlässlich einer familienpolitischen Leistung die Fraktionsvorsitzenden ausschließlich über Geld unterhalten, so bin ich doch froh, daß wir diese Debatte hier geführt haben, denn die einzelnen Fraktionen waren gezwungen, Farbe zu bekennen. Was wir hier gehört haben, ist erschütternd für meine Begriffe.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kudella ist schon darauf eingegangen, wie widersprüchlich die Position der SPD in diesem Fall ist. Alles, was in Bonn bezahlt wird, hat seine Richtigkeit, wenn es dann aus Bremen kommen sollte, dann wäre es lediglich eine Leistung, die den Familien als Mitnahmeeffekt zur Verfügung gestellt wird.

(B)

Was mich aber ganz besonders erschüttert, das ist die Haltung der FDP. Die FDP hat sich aus vielerlei verabschiedet. Sie hat sich einmal aus einer konstruktiven Familienpolitik verabschiedet, sie hat sich zum zweiten aus dem Prinzip der Wahlfreiheit verabschiedet, ich werde Ihnen das gleich beweisen, Frau Pautzke, und der Beitrag von Herrn Jäger hat bewiesen, daß er sich aus seiner Oppositionsrolle verabschiedet hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie scheinen ja wohl schon daran zu denken, wie das einmal ist, wenn Sie Regierungsverantwortung übernehmen. Sie sagen, daß Sie sich gegen alle Leistungen wehren, die in Bremen als Landesleistung vorhanden oder geplant sind, solange die finanzielle Lage Bremens so ist, wie sie ist. Ich erwarte dann, wenn Sie konsequent sind, daß Sie auch Farbe bekennen. Zum Beispiel eine Landesleistung wie das Landespflegegeld müßten Sie dann auch ablehnen.

Die CDU-Fraktion möchte dies übrigens nicht. Für die CDU ist nach wie vor die Pflege und Erziehung von Kindern und die Sorge für die kranken Familienangehörigen genauso eine Leistung für das Gemeinwohl, wie es andere Leistungen, die als solche gekennzeichnet sind, auch sind.

Wenn ich dann allerdings in dieser Debatte höre, wie einmal die SPD, aber insbesondere die FDP, Familienpolitik definiert, dann haben Sie offenbar überhaupt nicht verstanden, was Menschen wollen. Wenn zum Beispiel Frau Pautzke sich hier hinstellt und sagt, daß Frauen, die drei Jahre Erziehungsgeld beziehen, den Anschluß an ihren Beruf verlieren, vergißt sie dabei, daß der Kontakt zum Beruf immer möglich ist. Welches Verständnis haben Sie von Familienpolitik, wenn Sie sagen, daß Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern, in Isolation geraten? Die Tatsache, daß so viele diese Leistung in Anspruch nehmen, zeigt, wie richtig diese Leistung ist.

Wenn ich dann da so einen Zwischenruf höre, das sei doch nur ein Taschengeld, diese 600 DM, dann haben Sie auch noch nicht von Alleinerziehenden oder von jungen Frauen, die sich in Ausbildung befinden, gehört, wie gut es ist, diese 600 DM zur Verfügung zu haben als Ergänzung zu der Sozialhilfe für die Mutter, für das Kind, zusätzlich zu dem Wohngeld. Hinzu kommt die soziale Sicherheit, die damit verbunden ist. Sie haben mit diesen Frauen offensichtlich noch nicht gesprochen, wenn Sie sagen, das sei doch nur ein Taschengeld. Vielleicht für Sie, für uns nicht!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe herausgehört, daß wir die einzigen sind, die unserem Antrag zustimmen, und dennoch bin ich froh über diese Debatte. Hier sind einmal die Fronten geklärt worden, und es hat sich gezeigt, wie diffus in diesem Haus die Vorstellungen über Familienpolitik sind.

(D)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wer das Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub im Lande Bremen, Bremisches Landeserziehungsgeldgesetz, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, FDP, DIE GRÜNEN und Abg.  
A l t e r m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit entfällt jede weitere Beratung.

**(A) Bewältigung der Asylantenproblematik durch Ergänzung des Artikels 16 Grundgesetz**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. August 1990  
(Drucksache 12/942)

Wir verbinden hiermit:

**Unverzögliche Ausweisung straffälliger Ausländer**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. September 1990  
(Drucksache 12/978)

u n d

**Umgang mit Asylbewerbern**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 8. Oktober 1990  
(Drucksache 12/987)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.  
Als erster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU möchte mit dieser Debatte heute darauf hinwirken, daß die Bürgerschaft den Senat auffordert, Initiativen im Bundesrat zu unterstützen, die darauf hinauslaufen, den Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes zu ändern.

**(B)** Dies ist eine Debatte, meine Damen und Herren, die gleichzeitig nach unserer Auffassung, nach Auffassung der CDU, das Recht auf Asyl für wirklich politisch Verfolgte bekräftigt, die aber auch zum Ausdruck bringen soll, daß nach unserer Auffassung der Mißbrauch des Asylrechts entschieden bekämpft werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Der Asylmißbrauch überfordert die Aufnahmebereitschaft der gutwilligen Bürger, und die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft wird mehr als strapaziert. Der Mißbrauch des Asylrechts gefährdet letztlich, wenn man genau hinschaut, sogar die Existenz des Asylrechts für die wirklich politisch Verfolgten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren hat sich zunehmend gezeigt, daß das geltende Asylrechtssystem in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in der Lage ist, die Asylprobleme sachgerecht zu regeln.

Das zentrale Problem in diesem Zusammenhang ist die Zugangsfrage. Im Jahre 1988 hatten wir rund 100 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland, 1989 waren es bereits gut 120 000, und wenn Sie die Zahlen von Ende August auf das Jahr

\*) Vom Redner nicht überprüft.

1990 hochrechnen, dann werden wir im Jahre 1990 mindestens 180 000, nach den neuesten Zahlen vielleicht sogar fast 200 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland haben. **(C)**

Eine große Zahl der Asylbewerber stammt dabei aus Staaten, in denen etwa, wie in Polen, keine politische Verfolgung mehr stattfindet, und weil das so ist, sinkt die Anerkennungsquote, also die Zahl derjenigen, die als politisch Verfolgte wirklich anerkannt werden, ständig ab. Wir liegen derzeit bei 3,4 Prozent. 3,4 Prozent werden nach Überprüfung, auch juristischer unabhängiger Überprüfung, nur noch als Asylbewerber anerkannt. Aus vielen der Hauptherkunftsländer ist inzwischen die Anerkennungsquote sogar unter ein Prozent gesunken.

Dennoch, meine Damen und Herren, muß nach der geltenden Verfassungslage des Grundgesetzes allen Asylbewerbern zur Zeit noch ein individuelles Prüfungsverfahren eröffnet werden, und damit ist ein vorläufiges Bleiberecht verbunden. Diese Rechtslage, die wir de facto seit 1948 haben, geht zu Lasten der tatsächlich politisch Verfolgten, das Asylrecht, meine Damen und Herren, hat sich de facto zu einem Asylbewerberrecht fehlentwickelt.

Wir, meine Damen und Herren, müssen in diesem Zusammenhang sehen — und das schließt ja an die soeben geführte Debatte, soweit es die finanziellen Aspekte betrifft, nahtlos an —, daß wir allein im Jahre 1989 bundesweit Aufwendungen für Asylbewerber in einer Größenordnung von rund 3,5 Milliarden DM gehabt haben. **(D)**

Meine Damen und Herren, das bedeutet, daß Bremen für diese Asylbewerber, da es ja noch einen Überhang infolge falscher Prioritätensetzung in Bremen hat und da bestimmte Asylbewerber hier nicht abgeschoben werden, allein für diese Asylbewerber, die sich im Lande Bremen befinden, in einer Größenordnung von 60 Millionen DM zur Kasse gebeten wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Mißbrauch einschränken würden, wenn Sie als Land Bremen, Sie, die Sozialdemokraten und der Senat der Freien Hansestadt Bremen, im Bundesrat entsprechende Forderungen unterstützen würden, könnten Sie diese Summe um einige -zig Millionen DM auch zu Lasten Bremens verringern.

(Beifall bei der CDU)

Der Handlungsspielraum, meine Damen und Herren, des Gesetzgebers ist jedoch, wenn Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht eingeschränkt wird, sehr gering. Wir haben eine Reihe gesetzlicher, organisatorischer, verfahrensrechtlicher Änderungen durchgeführt. Dies reicht nach den Erkenntnissen, die wir heute haben, nicht aus.

Nun gibt es neue Vorstöße, die morgen im Bundesrat debattiert werden. Drei Länder haben Vorschläge in den Bundesrat eingebracht. Wir möchten prinzipiell auf der Linie, die das Land Baden-Würt-

(A) temberg vorgegeben hat, Entscheidungen zur Änderung des Artikel 16 Absatz 2 Grundgesetz herbeiführen. Ich nenne die wesentlichen Punkte des baden-württembergischen Entwurfs.

Die Baden-Württemberger sagen, daß in Artikel 16 des Grundgesetzes Bestimmungen aufgenommen werden sollen, wonach durch Bundesgesetz die Voraussetzungen geregelt werden können, unter denen die Bundesregierung durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Staaten benennen kann, in denen nach allgemeiner Überzeugung keine politische Verfolgung stattfindet, durch Bundesgesetz auch bestimmt werden kann, daß Asylbewerber aus Nichtverfolgerstaaten an der Grenze zurückgewiesen oder aus dem Geltungsbereich des Grundgesetzes unverzüglich abgeschoben werden können, und durch Gesetz bestimmt werden kann, daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung von Entscheidungen über die Asylgewährung und aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt und das nach wie vor bestehende Grundrecht auf Asyl dem Abschluß völkerrechtlicher Verträge, die Fragen des Asylrechts und des Asylverfahrensrechts zum Gegenstand haben, nicht entgegensteht.

Meine Damen und Herren, das Problem ist, daß für eine solche Änderung des Grundgesetzes eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Das heißt, wir werden dem Strom der Asylbewerber, die nicht politisch Verfolgte sind, nur dann Herr, wenn Artikel 16 Grundgesetz geändert wird und wenn wir die Zweidrittelmehrheit zustande bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Dies bedeutet, meine Damen und Herren, daß wir auch auf die Hilfe der SPD-regierten Bundesländer angewiesen sind. Wenn Sie sich, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Seite dieses Hauses, unserem Anliegen verschließen, dann sind Sie mitverantwortlich dafür, daß wir eine Situation bekommen, die nicht mehr beherrschbar ist und die den Bund, aber auch das Land Bremen viel, viel Geld kostet.

(Beifall bei der CDU)

Wir, meine Damen und Herren, haben in unserem Antrag, den wir hier vorgelegt haben, bewußt keine Gesetzesformulierung gewählt, weil wir Ihnen nicht die Möglichkeit geben wollen, in dieser Debatte zu sagen, wir wollen diese Formulierung des Gesetzes nicht so, sondern wir wollen sie in einer anderen Form. Wir haben vielmehr die politische Zielrichtung vorgegeben, und Sie müssen heute Farbe bekennen, ob Sie diese politische Zielrichtung teilen oder nicht, denn unser Antrag lautet:

„Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß der saarländische Ministerpräsident Lafontaine sich entsprechend langjährigen Vorschlägen der CDU/CSU für rechtliche Vorkehrungen gegen den Mißbrauch

des Asylrechts angeschlossen hat, einschließlich einer Grundgesetzänderung. (C)

(Beifall bei der CDU)

Die Bürgerschaft (Landtag) empfiehlt dem Senat, diese politischen Zielvorstellungen im Bundesrat zu unterstützen.“ Das heißt also, am morgigen Tage soll die Bremer SPD auch die Vorschläge des Herrn Lafontaine auf den Prüfstand stellen, und wir werden ja, meine Damen und Herren, in der heutigen Debatte sehen, ob Sie Ihrem Kanzlerkandidaten folgen oder ob Sie ihn auch in dieser Frage im Stich lassen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Lafontaine hat sich ja klar geäußert. Ich habe die „Saarbrücker Zeitung“ vom 27. Juli hier, zitiere: „Vor dem Hintergrund des ungebremsten Zustroms von Asylbewerbern“ — —.

(Unruhe bei der SPD)

Frau Noack ruft dazwischen, das sei schon zwei Monate her! Ja, meine Damen und Herren, das kennen wir von Herrn Lafontaine, was er gestern gesagt hat, stimmt heute nicht mehr!

(Beifall bei der CDU)

Das mag in dieser Frage auch so sein. Aber, meine Damen und Herren, damit bleibt es ja trotzdem richtig, was er gesagt hat. (D)

Ich lese Ihnen gleich zwei Zitate vor, einmal aus der „Saarbrücker Zeitung“, ich wiederhole das noch einmal: „Vor dem Hintergrund des ungebremsten Zustroms von Asylbewerbern ist die SPD offenbar bereit, ihre bisher ablehnende Haltung zur Änderung des Asylrechts zu revidieren. Der saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine sagte dazu am Donnerstag vor Journalisten in Saarbrücken, er schließe eine Änderung des Grundgesetzes in dieser Frage nicht mehr aus.“

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Dann hat Herr Lafontaine im Saarländischen Rundfunk im „Journal“ am 3. August ein Interview gegeben, das mir im Wortlaut hier vorliegt. Frage des Journalisten: „Sie haben sich ja vor gut einer Woche für Änderungen des Asylrechts ausgesprochen. Flüchtlinge aus Osteuropa mit Ausnahme von Albanien und Rumänien sollen kein Asyl mehr erhalten. Der FDP schmeckt das nicht, der CDU/CSU sehr wohl. Ihre eigenen Parteigenossen sind dazu mindestens noch uneins. Glauben Sie denn, daß Ihre eigene Partei auf Ihren Kurs einzuschwören ist?“ Antwort Lafontaine: „Es geht mir zunächst um die Frage, wie kann sichergestellt werden, daß kein Asylantrag mehr bearbeitet werden muß, wenn jemand aus einem Land kommt, in dem nachweislich keine politische Verfolgung mehr ist.“

(A) Dann sagt er etwas zur Rechtsdiskussion, das lasse ich hier einmal aus.

(Abg. Frau Noack [SPD]: Aha, aha!)

Frau Noack, ich lese Ihnen das vor, damit Sie nicht das Gefühl haben, ich würde hier etwas weglassen, was wesentlich ist. Er sagt, ich führe das Zitat vollständig weiter: „Und jetzt gibt es eine Rechtsdiskussion, etwa muß dazu das Grundgesetz geändert werden. Es sagen viele Fachleute, das ist so, viele Juristen. Andere sagen wiederum, es gibt andere rechtliche Möglichkeiten.“ Dann fährt er fort: „Ich muß Ihnen sagen, als die Väter des Grundgesetzes nach dem Kriege diese Bestimmungen für das Asylrecht im Grundgesetz geschaffen haben, hatten wir eine völlig andere Situation, als wir es heute haben.“

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen neuen Zwang.“ Meine Damen und Herren, wo Herr Lafontaine recht hat, hat er recht. Und in dieser Frage hat er recht!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Frage stellt sich doch auch spitz für die Sozialdemokraten so: Wenn 97 von 100 Asylbewerbern das Asylrecht mißbrauchen, steht das Asylrecht selbst zur Disposition. Wenn Sie es retten wollen, meine Damen und Herren, wenn es Ihnen wirklich ernst ist, das Asylrecht für die wirklich politisch Verfolgten zu retten, dann müssen Sie die wirklich Verfolgten von denen trennen, die sich nur wirtschaftliche Vorteile von der Anwesenheit in der Bundesrepublik Deutschland erhoffen. Sonst gefährden Sie das Asylrecht.

(Beifall bei der CDU)

Es müssen eine Reihe weiterer Dinge hinzukommen, dazu gehört, daß sämtliche materiellen Anreize abgeschafft werden, damit Sie auch endlich Geld einsparen können und es für andere, sinnvollere Zwecke ausgeben können. Sie müssen konsequent auch in Bremen gegen Schlepperorganisationen vorgehen. Sie müssen dafür sorgen, daß die Verfahren beschleunigt werden und nicht im Bürokratismus in Bremen hängen bleiben.

Sie müssen vor allen Dingen abgelehnte Asylbewerber auch konsequent abschieben, und, meine Damen und Herren, Sie müssen dieses Verfahren auch auf rumänische Staatsangehörige und auf andere wie Sinti oder Kurden ausdehnen, wenn sie rechtskräftig abgeschoben werden. Es gibt keinen Grund, daß man sich dann wie Herr Willms, selbst dann, wenn rechtskräftige Urteile vorliegen, auch noch dafür entschuldigt, daß zum Beispiel Sinti beziehungsweise Roma abgeschoben werden sollen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Noack [SPD]: Sinti leben hier schon seit vielen, vielen Jahren!)

Meine Damen und Herren, die Crux liegt doch darin, daß Herr Willms beispielsweise eine Pressemitteilung über den Magistrat herausgibt, in der er auf der einen Seite zwar sagt, die Anträge auf Asyl sind rechtskräftig entschieden, die Abschiebung ist also verfügt, auf der anderen Seite sagt er aber, es sei weder ein Abschiebungstermin festgelegt noch die Sozialhilfe gestrichen worden. So wörtlich in dieser Presseerklärung!

Meine Damen und Herren, solange Sie so verfahren, gefährden Sie das Asylrecht und verursachen Kosten, die nicht notwendig sind!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu dem verbundenen Antrag noch eine Bemerkung zum Schluß!

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Haben wir verlängerte Redezeit, Herr Präsident?)

Wir haben mit diesem Tagesordnungspunkt unseren Antrag 12/978 über die unverzügliche Ausweisung straffälliger Ausländer verbunden. Es gibt Erkenntnisse, und Sie können das im letzten „Spiegel“ beispielsweise wieder nachlesen, daß wir überproportional viele Asylanten haben, die in Strafverfahren verwickelt sind beziehungsweise straffällig geworden sind. Der „Spiegel“ schreibt, dies ist meine letzte Bemerkung, Herr Präsident: „Letztes Jahr waren 65 Prozent der in Hamburg festgestellten Dealer Asylsuchende, vor allem Kurden und Schwarzafrikaner.“

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Anlaß anzunehmen, daß wir in Bremen wesentlich andere Verhältnisse haben. Deswegen bitten wir Sie nicht nur, unserem Antrag zur Änderung des Asylrechts zuzustimmen, sondern auch unserem zweiten Antrag, weil er sozusagen auf der gleichen Linie liegt und dazu bei Annahme beitragen würde, daß hier mehr Rechtssicherheit, mehr Gerechtigkeit herrscht, daß insbesondere aber auch Kosten eingespart werden.

Meine Damen und Herren von seiten der Sozialdemokratischen Partei, wir haben Spielräume, auch in unserem Haushaltsgebaren, Sie müssen nur das Geld an der richtigen Stelle einsparen und an der richtigen Stelle wieder ausgeben. Dann würden Sie einen Schritt nach vorn machen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben noch sechs Minuten. Wenn der Abgeordnete Nispen, der jetzt an der Reihe wäre, mir sagt, daß er weniger als sechs Minuten braucht, gebe ich ihm das Wort, wenn er mir sagt, er braucht länger, treten wir in die Mittagspause ein.

(Abg. v. Nispen [FDP]: Der Abgeordnete van Nispen antwortet, er braucht länger als sechs Minuten!)

(C)

(D)

- (A) Dann unterbreche ich die Sitzung, und wir kommen hier wieder zusammen um 14.30 Uhr!

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

\*

Vizepräsident v. d. Schulenburg eröffnet die Sitzung wieder um 14.33 Uhr.

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns in der gemeinsamen Beratung von Punkt 17, Bewältigung der Asylantenproblematik durch Ergänzung des Artikels 16 Grundgesetz, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/942, Punkt 26, Unverzügliche Ausweisung straffälliger Ausländer, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/978, und außerhalb der Tagesordnung, Umgang mit Asylbewerbern, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 12/987.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete van Nispen.

- (B) **Abg. v. Nispen (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ausländerfeindlichkeit und Rassismus haben in den letzten Jahren in den EG-Ländern dramatisch zugenommen. Das besagt eine Meldung im „Weser-Kurier“ vom heutigen Tag. Leider macht Deutschland da keine positive Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht einfach, weiterhin eine liberale Ausländer-, Flüchtlings- und Asylpolitik aufrechtzuerhalten. Das hat nicht nur der nordrhein-westfälische Innenminister Herr Schnoor erfahren müssen.

Für diese Klimaverschlechterung in den EG-Ländern, aber auch darüber hinaus, nehmen Sie zum Beispiel die Schweiz, sind nicht nur objektive Faktoren, wie zum Beispiel der verstärkte Zustrom von Ausländern verantwortlich, sondern auch ein gewisses kleinbürgerliches Denken und Fühlen in bestimmten Wählerschichten und auch das Verhalten von Populisten und Opportunisten in den Parteien von SPD und CDU,

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

allen voran die Herren Lafontaine und Späth. Auch die Bremer CDU, meine Damen und Herren, setzt sich dem Verdacht aus, diese Entwicklung fördern beziehungsweise auf dieser Welle reiten zu wollen.

Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man die Wahlkampfaktivitäten der Bremer CDU, aber auch ihre parlamentarischen Initiativen, die sie in der letzten Zeit ergriffen hat, analysiert. Ich darf darauf hinweisen — ich weiß gar nicht, ob Ihnen das allen aufgefallen ist —, daß die CDU unter der Führung von

Herrn Kudella in den letzten zwölf Monaten nicht weniger als sechs Initiativen im Parlament ergriffen hat. Diese Initiativen drehten sich um die Einzelaspekte von Ausweisung und Abschiebung, von Haushaltskosten und von Grundgesetzänderungen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Herr Kudella, ich kritisiere nicht, daß Sie sich über ein Problem Gedanken machen, natürlich gibt es Probleme im Zusammenhang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen. Nur, wir kritisieren die Art und Weise, wie Sie das tun.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Wenn ich da auf Ihre Anträge schaue, dann sind diese in ihrer Oberflächlichkeit teilweise nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich werde das gleich im einzelnen vortragen. Ich möchte aber noch sagen, daß Sie mit der Art und Weise, wie Sie Probleme behandeln, sicherlich manchen Stammtischkrieger befriedigen können, zumal in Wahlkampfzeiten.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Sicherlich wird man damit auch seine Popularitätsrate erhöhen können. Wir aber werden dieses Spiel nicht mitmachen. Wir werden nach wie vor den Problemen, die es gibt, uns differenziert nähern. (D)

(Beifall bei der FDP)

Ich darf einmal anfangen mit Ihrem Antrag vom 24. September „Unverzügliche Ausweisung straffälliger Ausländer“. Es klingt ja zunächst einmal ganz gut, wenn Sie sagen, Ausländer und auch Asylbewerber, die das Gastrecht mißbrauchen, muß man ausweisen. Nur, meine Damen und Herren, wie wollen Sie das machen? Die Frage ist doch nicht, daß man bestimmte Probleme aufgreift, sondern die Frage ist doch, wie man rechtsstaatlich einwandfrei organisieren kann, Sanktionen gegen die zu ergreifen, die hier Mißbrauch treiben.

(Beifall bei der FDP)

Das ist doch die Frage. Da muß ich Ihnen den Vorwurf machen, daß Sie das in einer Weise machen wollen, die rechtsstaatlich außerordentlich bedenklich ist.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das wissen Sie nicht!)

Sie sagen nämlich, die Verwaltung möge doch im Vorgriff auf eine Regelung, die erst ab 1. Januar nächsten Jahres gelten soll, jetzt schon Ausländer ausweisen,

(Senator S a k u t h : Rechtsbruch ist das!)

- (A) die also verstoßen haben gegen das Betäubungsmittelgesetz. Das ist ja wohl der Schwerpunkt Ihrer Aussage. Sie machen hier nichts weniger, als daß Sie die Verwaltung zu einem Verfassungsverstoß auffordern.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN — Abg. Kudella [CDU]: Den Streit hatten wir schon vor einem halben Jahr!)

Ich frage mich eigentlich, ob es in Ihrer Fraktion keine Juristen gibt, denn mindestens diese Juristen müßten doch eigentlich wissen, daß die Verwaltung an Gesetz und Recht gebunden ist,

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

und zwar an das jeweils geltende Recht.

Im übrigen darf ich Ihnen einmal vorhalten, daß, selbst wenn man Ihrem Vorschlag folgen wollte, und das müßten eigentlich Ihre Juristen auch wissen, zum Beispiel bei der Frage der Ausweisung oder Abschiebung von Asylbewerbern, die sich des Drogenhandels schuldig gemacht haben, gegenüber dem geltenden materiellen Recht durch das ab 1. Januar geltende Recht überhaupt keinerlei inhaltliche Veränderung eintreten wird.

- (B) Man muß eben nicht nur oberflächlich den Paragraphen 47 Absatz 2 lesen, man muß schon ein bißchen weiter lesen, und dazu gehört auch die Gesetzesbegründung. Ich will das im einzelnen nicht weiter ausführen. Wir können uns darüber ja vielleicht in der zweiten Runde noch einmal austauschen.

Ich komme zu Ihrem nächsten Antrag „Bewältigung der Asylantenproblematik“ — ich nenne das Asylbewerber — „durch Ergänzung des Artikel 16 Grundgesetz“. Sie haben hier eine Maßvorlage von Herrn Lafontaine aufgenommen, wenn ich einmal ein Bild aus der Fußballsprache verwenden darf. Sie haben nur eines übersehen, nämlich daß Herr Lafontaine, als er Ihnen diese Maßvorlage gab, schon selbst im Abseits stand.

(Beifall bei der FDP)

Im übrigen kann ich Ihnen insofern nur zur großen Koalition gratulieren. Sie wissen, daß mit uns das nicht zu machen sein wird. Sie schlagen nun vor, das Grundgesetz zu ändern beziehungsweise zu ergänzen und so etwas zu entwickeln wie einen Katalog der Nichtverfolgerstaaten.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Sie suggerieren dem Publikum, daß man eine Ergänzung vornehmen könnte dergestalt, daß man in einem Katalog die Länder aufschreibt, in denen nach allgemeiner politischer Auffassung keine politische,

rassische oder religiöse Verfolgung stattfindet. Das ist Ihr Lösungsansatz. Da müssen Sie sich aber fragen lassen, wie das denn eigentlich aussieht in den Ländern, aus denen im Augenblick vorzugsweise Asylbewerber kommen. (C)

Sie, Herr Kudella, haben in Ihrer Rede von Polen gesprochen. Polen waren ein Problem, Polen sind aber, was die Frage des Asyls angeht, zur Zeit kein Problem mehr. Das können Sie an sich auch wissen.

Wenn Sie einmal die Mitteilungen des Bundesinnenministers, das ist ein CDU-Mann, sich zu Gemüte führen würden, stellen Sie fest, die Hauptherkunftsländer der Asylbewerber in den Monaten Juni und Juli sind erstens Rumänien, zweitens Libanon, drittens Türkei und viertens Jugoslawien. Wollen Sie allen Ernstes mit Herrn Lafontaine behaupten, daß es in diesen vier Ländern keine politische, rassische oder religiöse Verfolgung gäbe? Das können Sie im Ernst nicht behaupten. Jeder Mensch, der auch nur ein bißchen Ahnung von der Materie hat, wird Ihnen bescheinigen, daß es sehr wohl eine teilweise religiöse, teilweise rassische und politische Verfolgung in diesen Ländern gibt.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Was bedeutet das, meine Damen und Herren? Das bedeutet, daß das vermeintliche Patentrezept von CDU und Herrn Lafontaine, nämlich der Katalog von Nichtverfolgerstaaten, überhaupt nichts bewirken würde. Aber das ist natürlich eine etwas schwierige Problematik, die in der Öffentlichkeit gar nicht so einfach herüberzubringen ist. Ich nehme an, daß es diese Gründe sind, die Sie veranlassen, gleichwohl dieses untaugliche Instrument in der politischen Diskussion, zumal in Wahlkampfzeiten, zu propagieren. (D)

(Beifall bei der FDP)

Der Wahlkampf hatte natürlich auch die Funktion, daß man nicht nur Wasser auf seine eigenen politischen Mühlen lenken kann, wenn es denn gelingt, füge ich einmal fragend hinzu, sondern man kann gleichzeitig den politischen Gegner diskreditieren. Um das zu vermeiden, meine Damen und Herren, möchte ich nunmehr unsere Position, wie sie sich aus dem Ihnen vorliegenden Antrag ergibt, noch einmal referieren.

Diejenigen von Ihnen, die Kolleginnen und Kollegen, die sich mit der Materie beschäftigt haben, wissen, daß wir hier an Anträge anknüpfen, die wir in den Jahren 1989 und 1990 schon einmal vorgelegt haben und die wir, wenn auch teilweise kontrovers, hier diskutiert haben, teilweise gab es ja auch durchaus Konsens.

Deswegen darf ich das Ganze als FDP-Position noch einmal wie folgt zusammenfassen:

Erstens, wir machen eine Grundgesetzänderung nicht mit.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

(A) Das ist ein absolut untaugliches Instrument, lediglich auf vordergründige Popularitätshascherei bedacht.

Zweitens, wir erkennen an, daß es Probleme gibt. Es gibt insbesondere im Vollzug der geltenden Gesetze Probleme. Deswegen wiederholen wir unseren Vorschlag aus dem Jahre 1989, personelle und organisatorische Maßnahmen auch hier in Bremen, in der bremischen Ausländerbehörde zu treffen, damit Asylverfahren, soweit es also um die Verwaltungsverfahren geht, schneller abgewickelt werden können.

Wir haben vor kurzem in der Innendeputation gehört, daß allein von der Aufnahme eines Antrags eines Asylbewerbers bis zur Abgabe dieses Antrags nach Zirndorf bis zu 13 Wochen vergehen. Meine Damen und Herren, das ist absolut unerträglich, und das ist auch überhaupt nicht notwendig. Selbst die Experten in Bremen sagen, daß man so etwas bei großzügiger Betrachtung innerhalb von drei Wochen hinbekommen muß.

Ich möchte damit denjenigen einen Hinweis geben, die sagen, diese ganzen Beschleunigungsmöglichkeiten sind längst ausgeschöpft. Hier in Bremen, meine Damen und Herren, sind sie in keinem Falle ausgeschöpft.

(B) Wir fordern den Innensenator auf, ich weiß, daß er mit seinen Leuten daran arbeitet, darauf hinzuwirken, daß das Ausländeramt, das dafür verantwortlich ist, nicht nur neue Räume bekommt, sondern daß die personellen und organisatorischen Weichen so gestellt werden, daß man das in dem Antrag niedergelegte Ziel erreicht. Dazu gehört auch, Herr Senator Sakuth, das sage ich jetzt im Hinblick auf die Fragestunde, daß man seine Statistiken vernünftig organisiert.

(Beifall bei der FDP)

Drittens, wir sind der Auffassung, und da gibt es ja auch teilweise Konsens in diesem Hause, daß bestands- und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gehört auch zum Rechtsstaat, daß er sich auch dann selbst ernst nimmt, wenn es unangenehm wird und wenn man mit repressiven Maßnahmen arbeiten muß, wenn man denn mit anderen Möglichkeiten nicht weiterkommt. Das, meine Damen und Herren, ist auch rechtsstaatlich.

(Beifall bei der FDP)

Herr Tiefenbach, wir hatten ja schon zwischen durch eine kleine Kontroverse, wenn ich davon gesprochen habe, daß konsequent ausgewiesen und nach Maßgabe der gesetzlichen Möglichkeiten abgeschoben werden soll, dann heißt das im Klartext natürlich auch nach Maßgabe der rechtlichen Vor-

aussetzungen. Wir sind eine Rechtsstaatspartei, wir wollen, daß das geltende Gesetz exekutiert wird, und das heißt natürlich auch, daß die De-facto-Flüchtlinge, die Leute mit dem „kleinen Asyl“, nicht abgeschoben werden können, wenn sie in ihrer Heimat mit Folter oder Todesstrafe bedroht werden. (C)

(Beifall bei der FDP)

Also insofern impliziert meine Formulierung, wenn man sie denn nur genau liest, auch den Schutz derjenigen Personen, die schützenswert sind. Aber, Herr Tiefenbach, ich sage auch klipp und klar, daß es natürlich keinen Generalpardon geben kann, sozusagen staatsangehörigkeits- oder gruppenbezogen dergestalt, daß man sagen kann, sie sind alle per se von Folter und Todesstrafe bedroht. Da wünschen wir uns, daß genau hinterfragt wird und daß sehr genau geprüft wird. Wenn die Voraussetzungen des „kleinen Asyls“ gegeben sind, dann muß es natürlich auch gewährt werden. Das ist selbstverständlich.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich ist das noch lange nicht! Fragen Sie einmal die CDU, wie sie den Antrag versteht!)

Ich bitte um Nachsicht, das ist vielleicht nur verständlich vor dem Hintergrund dessen, was wir in der Mittagszeit diskutiert haben.

(Abg. Neujahr [FDP]: Das war zur Aufklärung nötig!) (D)

Aber es steht im Gesetz, ist an sich eine Selbstverständlichkeit, Herr Isola.

(Abg. Isola [SPD]: Für die CDU nicht!)

Aber es ist nun einmal leider immer wieder bei solchen emotional schwierigen Themen so, daß man wieder vor der Notwendigkeit steht, auch Selbstverständlichkeiten wiederholen zu müssen.

Ich komme zu unserem vierten Punkt, meine Damen und Herren, wir haben dort formuliert, wir fordern den Senat auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit der Anreiz entfällt, in Bremen aus wirtschaftlichen Gründen um Asyl nachzusuchen. Ich zitiere das jetzt einmal wortwörtlich, um nicht mißverstanden zu werden:

„In diesem Sinne sind Asylbewerber gemäß Paragraph 23 Asylverfahrensgesetz in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Diese Unterkünfte sollen sich im Rahmen vertretbarer Größenordnungen halten und sozial betreut werden, auch die Gemeinschaftsverpflegung muß Regeltatbestand werden. Weitere Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz sind mit Ausnahme eines angemessenen Taschengeldes ebenfalls nur als Sachleistung zu gewähren.“

Meine Damen und Herren, wir fühlen uns aufgefordert, dies hier in Anknüpfung an die schon er-

- (A) wähten beiden Anträge aus den Jahren 1989 und 1990 noch einmal zu betonen, weil wir nicht umhin können festzustellen, daß Bremen eine besondere Sogwirkung für Asylbewerber hat. Das können Sie ganz unschwer daran erkennen, daß zum Beispiel die Zahl derjenigen, die Bremen anlaufen, weit, weit höher ist als die Zahl derjenigen, die wir nach der Quote von 1,3 Prozent aufzunehmen haben.

(Beifall bei der FDP — Abg. T i e f e n b a c h  
[DIE GRÜNEN]: Das ist in jeder Großstadt  
das gleiche!)

Sie mögen sagen, es mag tendenziell in allen Großstädten so sein, aber gleichwohl liegt Bremen auch insofern, wenn Sie sich die absoluten Zahlen ansehen, an der Spitze.

Natürlich gibt es dafür Ursachen. Wir haben uns schon darüber ausgetauscht. Da gibt es eine schlam-pige Behördenpraxis, ich habe sie doch vorhin genannt. Erklären Sie mir einmal, wieso es 13 Wochen von der Aufnahme eines Antrags bis zur Abgabe an Zirndorf dauern muß! So etwas spricht sich in der Welt herum, und so etwas spricht sich natürlich in den Kreisen herum, die ein Interesse haben, hierher zu kommen. Auch die Großzügigkeiten bei der Gewährung der Sozialhilfe, bei der Gewährung der Unterkunft und ähnliche Dinge mehr veranlassen Leute, primär Bremen anzulaufen.

- (B) (Abg. Frau P o p p e n [SPD]: Großzügig nennen Sie das? — Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Haben Sie sich einmal die Unterkunft angesehen?)

Die Sozialsenatorin hat in einer letzten Diskussion selbst eingeräumt, daß die Unterbringung in Hotelunterkünften inhaltlich kontraproduktiv ist und außerdem viel zu teuer. Wir mögen natürlich sagen, das sind Hotelunterkünfte, da würden wir uns niemals hineinbegeben, nur, das ist eine andere Perspektive als die derjenigen, die als Asylbewerber nach Bremen kommen. Das wissen Sie auch, Herr Tiefenbach.

Also, ich wiederhole noch einmal an dieser Stelle, Bremen ist eine Stadt, die mit vielen Problemen zu kämpfen hat. Wir haben nicht nur die Minderheit der Asylbewerber. Sie wissen, daß wir eine überproportional hohe Anzahl von Arbeitslosen haben. Sie wissen, daß wir eine überproportional hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern haben. Sie wissen, daß wir eine Stadt mit einer überproportional hohen Pro-Kopf-Verschuldung sind und daß wir andere Minderheiten haben, die wir nicht vergessen dürfen. Wir werden demnächst wieder über Drogenabhängige diskutieren. Auch an diese Minderheiten müssen wir denken.

Deswegen bin ich der Meinung, Bremen hat an der Front Asylbewerber mittlerweile seinen humanitären Beitrag erfüllt. Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn ich die anderen Problemgruppen einbeziehe,

hier noch mehr zu tun. Deswegen sind wir der Meinung, daß Vorkehrungen der beschriebenen Art getroffen werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Damit leite ich zum fünften Punkt über. Ich habe da von Schlepperorganisation gesprochen. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß es Anhaltspunkte dafür gibt, daß nicht alle Asylbewerber, die in die Bundesrepublik oder nach Bremen kommen, selbst auf die Idee gekommen sind beziehungsweise nicht unbeeinflußt hergekommen sind. Und diese Schlepperorganisationen, so schwer das im einzelnen auch zu eruieren sein mag, das weiß ich auch, wie finanzieren die sich denn? Die finanzieren sich teilweise von der Sozialhilfe beziehungsweise von den Finanzmitteln, die die Asylbewerber hier aufgrund bremischer Großzügigkeit in die Hand bekommen. Das, meine Damen und Herren, wollen wir unterbinden. Ich meine, damit leisten wir letztendlich auch den Asylbewerbern einen Dienst.

(Beifall bei der FDP)

Last, not least, Punkt sechs, meine Damen und Herren, fordern wir den Senat auf, bis Ende nächsten Jahres einen Bericht darüber abzugeben, ob und inwieweit sich die Neuregelung des Ausländerrechts und auch des Asylverfahrensrechts, die nun zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten werden, bewährt haben werden.

Ich weiß, wir haben Wahlkampf, viele Leute wissen jetzt schon, daß diese ganzen Regelungen, die, wie gesagt, erst im Januar in Kraft treten werden, sich nicht bewähren werden. Wir werden morgen im Bundesrat dazu eine entsprechende Kostprobe bekommen.

Aber ich denke, für einigermaßen seriöse Leute gehört es sich zunächst einmal, daß man abwartet, was die gesetzlichen Neuregelungen bringen, und ich denke, wir haben alle hier im Hause ein Interesse, daß wir dann dazu einen nüchternen Bericht des Senats bekommen.

Wenn ich dem Senat noch folgendes mit auf dem Weg geben darf: Ich erwarte, daß der Senat auch einmal darüber nachdenkt, ob es sinnvoll ist, daß wir die bisherige Doppelgleisigkeit der Behördenverfahren in Zirndorf und in der hiesigen Ausländerbehörde beibehalten.

Ich bitte auch den Senat, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll ist, die Leistungen für Asylbewerber bundeseinheitlich zu normieren und sie auch bundeseinheitlich in einem Gesetz, also einem erweiterten Asylverfahrensgesetz, das wäre dann ein Asylgesetz, festzulegen und das ganze Problem aus dem BSHF herauszunehmen mit der Folge einer Kostentragungspflicht durch den Bund.

(Beifall bei der FDP)

(A) Das, wie gesagt, meine Damen und Herren, sind unsere Vorstellungen im Sinne der Prüfung durch den Senat. Wir warten dann gespannt auf den Bericht, den wir im nächsten Jahr bekommen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Noack.

Abg. Frau **Noack** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr van Nispen hat hier vieles gesagt, dem wir auch zustimmen. Das will ich hier auch nicht mehr wiederholen. Meine Damen und Herren, es wird hier ständig beklagt und — wie ich höre — auch von der CDU, daß die Debatten so lang sind, daß wir hier eine immer längere Tagesordnung vor uns herschieben. Ich frage mich wirklich, wie dann die CDU dazu kommt, hier immer wieder die gleichen Themen in einer gebetsmühlenartigen Form vorzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wußten, Herr Kudella, daß die Debatte heute nichts Neues ergeben würde, und Sie wissen auch, daß wir Ihren Dauerangriff auf das Asylrecht nicht mitmachen. Das haben wir hier in vielen Debattenbeiträgen vorher schon ganz deutlich gesagt. Sie wissen auch, und das haben wir auch schon bis zum Exzeß durchgekaut, daß wir gegen drogenhandelnde Ausländer mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen werden und daß wir uns deswegen aber doch nicht dazu hinreißen lassen, das geltende Recht zu verletzen.

(B) Gerade das muten Sie uns heute zum wiederholten Male zu, indem Sie verlangen, im Vorgriff auf ein Gesetz zu handeln, das überhaupt noch nicht in Kraft ist. Daraus können wir nur schließen, daß es Ihnen offenbar überhaupt nicht um diese sachliche Debatte geht, und das kann jeder auch leicht sehen, wenn er sich einmal in der Stadt umschaute. Die ist vollgekleistert mit Plakaten, auf denen mit dem Wort Asyl wie mit einem Schreckgespenst hantiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dann stellen Sie hier einen Antrag, in dem Sie uns gegen unseren Kanzlerkandidaten ausspielen wollen. Es ist ganz deutlich: Sie haben sich für Ihren Wahlkampf die Unterminierung des Asylrechts vorgenommen, und das versuchen Sie mit allen Mitteln.

(Beifall bei der SPD)

Da es Ihnen offenbar eben um die sachliche Diskussion nicht geht, kann ich es auch im Hinblick auf Sie kurz machen: Der Versuch, uns mit unserem Kanzlerkandidaten auseinanderzuidividieren, ist verfehlt und zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der SPD)

Solch ein Versuch — —.

(C)

(Abg. **Welke** [FDP]: Was halten Sie denn von Lafontaines Vorschlägen?)

Ich muß hier einmal grundsätzlich zu Ihren Zwischenrufen sagen: Es zeichnet Erwachsene aus, daß sie auch einmal ein bißchen zuhören können

(Beifall bei der SPD — Abg. **Werner Fischer** [CDU]: Das erzählen Sie einmal Ihren Kollegen! — Abg. **Neujahr** [FDP]: Hier ist doch keine Märchenstunde!)

und abwarten, ob das, was gesagt wird, vielleicht ihrer Frage entspricht. Sie könnten ja, ich beziehe das — —.

(Unruhe)

Herr Präsident, jetzt wird es zu laut, ich komme da nicht mehr durch!

(Glocke)

Ich beziehe das auf Zwischenfragen, denn Ihre Frage ist ja durchaus berechtigt, aber vielleicht können Sie ja einmal abwarten!

Wie gesagt, dieser Versuch, uns mit unserem Kanzlerkandidaten auseinanderzuidividieren, ist zum Scheitern verurteilt, und solch einen Versuch kann nur unternehmen, wer keine Vorstellung vom Funktionieren einer demokratisch lebendigen Partei hat.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Offenbar paßt es nicht in Ihr Weltbild, daß eine Partei politische Positionen in offener, kontroverser Diskussion bearbeitet. Es paßt wohl auch nicht in Ihr Politikbild, wenn das Repertoire eines Kanzlerkandidaten sich nicht nur in Stereotypen erschöpft, sondern wenn er provozierende Ideen und Überlegungen beisteuert. Aber Sie empfinden es nicht als provozierend, das ist mir schon klar.

(Beifall bei der SPD)

Für uns bringt es Bewegung in eine doch ziemlich festgefahrene Diskussion. Ebenso wenig paßt es offenbar in Ihr Weltbild, daß eine Partei auch ihrem Spitzenkandidaten eigene Auffassungen entgegengesetzt, anstatt strammzustehen als Jasager.

(Beifall bei der SPD)

Anscheinend haben Sie noch nicht begriffen, daß die Diskussionsprozesse, die dabei entstehen, und die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse die Qualität einer demokratischen Partei ausmachen.

Weil das alles anscheinend jenseits Ihres Vorstellungsvermögens ist, deswegen haben Sie auch noch

(A) nicht mitbekommen, daß die Diskussion seit dem Sommer fortgeschritten und Ihr Antrag im Grunde nicht aktuell ist. Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, daß vor kurzem die Partei — die SPD — in Berlin ein Hundert-Punkte-Programm verabschiedet hat, das die Grundlage unserer Politik und der Politik von Oskar Lafontaine ist und in dem ganz ausdrücklich das Bekenntnis zum Recht auf politisches Asyl niedergelegt ist, ein Recht, das nicht ausgehöhlt werden darf, wie Sie das mit Ihrem Antrag wollen, sondern im Gegenteil uneingeschränkt zu schützen ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Frau Noack, kann es sein, daß Sie die „Frankfurter Rundschau“ heute noch nicht gelesen haben?)

Herr Kudella, natürlich habe ich die gelesen, aber das ist ähnlich.

Ich fasse zusammen: Der CDU-Antrag Drucksache 12/978 enthält in unseren Augen die Aufforderung zum Rechtsbruch. Übrigens, Herr Kudella, wenn man in Bonn gefunden hätte, daß es so wichtig ist, diesen Punkt vorzuziehen, dann hätte man ihn ja einbeziehen können in das kürzlich erfolgte Vorziehen anderer Punkte des Ausländerrechts, nämlich der Verkürzung des Asylverfahrens, die im Parlament dann richtig verabschiedet worden sind. Das wäre der richtige Weg gewesen. Deswegen wundere ich mich, daß Sie hier so Extratouren machen.

(B) Die Drucksache 12/972 hat sich aus der Tiefe des Sommerlochs nicht erholt. Wie Sie sich denken können, lehnen wir beide Anträge ab, Herr Kudella, aber vielleicht versuchen Sie es doch das nächste Mal mit Oskar Lafontaine und der Änderung des Artikels 116 Grundgesetz, da haben Sie vielleicht mehr Glück. Ich kann Ihnen das fast versprechen!

(Beifall bei der SPD)

Nun zum FDP-Antrag! Den Antrag der FDP werden wir weitgehend mitmachen. Wir werden dem Punkt vier allerdings nicht zustimmen, und wir bitten den Herrn Präsidenten, diesen Punkt nachher getrennt zur Abstimmung zu stellen. Mit dem Punkt vier wiederholen Sie sich hier genau wie die CDU mit ihren anderen Anträgen.

In einer der letzten Debatten haben wir hier darüber gesprochen und haben ganz deutlich gesagt, daß wir die generellen Unterbringungen in Massenunterkünften ablehnen. Ich gehe jetzt auf die Argumente nicht noch einmal im einzelnen ein, wie gesagt, wir brauchen das nicht immer jedesmal hier von neuem durchzukauen, und daß Sie das Wort „grundsätzlich“ durch „in der Regel“ ersetzt haben, das bringt uns dem Antrag natürlich auch nicht näher. Den anderen Punkten stimmen wir zu.

Mit uns, meine Damen und Herren, das habe ich gesagt, ist eine Änderung des Artikels 16 Grundgesetz nicht zu machen. Dieses hohe Gut, das die Väter

des Grundgesetzes sehr bedacht aufgenommen haben, auch aufgrund der Erfahrung, (C)

(Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Historische!)

die viele vom Nazi-Regime Verfolgte mit ihrer zum Teil schwierigen Aufnahme im Ausland gemacht haben, opfert man doch nicht um einiger billiger kurzfristiger Entlastungseffekte willen,

(Beifall bei der SPD)

und das hat der Herr van Nispen Ihnen ja vielleicht schon klargemacht, daß dies im Grunde gar nicht greift.

Wenn ich außerdem bedenke, welche fatale außenpolitische Wirkung eine Rechtsverordnung hätte, die die Länder der Welt in solche mit und solche ohne politische Verfolgung sortiert, eine solche Festsetzung ist wirklich außenpolitische Willkür! Wer beweist im übrigen, daß in einem Land keine politische Verfolgung stattfindet? Die Verfahren, die wir hier im Augenblick gerade dafür haben, soll es ja dann nach Ihrer Vorstellung nicht mehr geben.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Dies hat ja unsere Rechtsprechung auch immer wieder deutlich hervorgehoben, indem sie fast rigide vermieden hat, die politische Verfolgung ganzer Gruppen zur Grundlage der Anerkennung zu machen. Nun gleich ganze Nationen als politisch nicht verfolgt erklären zu wollen verkehrt wirklich den Gedanken des Artikels 16 Grundgesetz vollends in sein Gegenteil. (D)

Um solche Angriffe auf das Grundgesetz zu vermeiden, ist es allerdings in der Tat wichtig, die Asylverfahren zu straffen und die Anerkennung und die Ablehnung schnell auszusprechen, auch damit die Flüchtlinge sich über ihren Rechtsstatus schnell klar werden und das in ihre Lebensplanung einbeziehen können.

Ein kleines Problem, Herr van Nispen, haben wir allerdings auch mit dem Absatz drei Ihres Antrags gehabt, und ich bin froh, daß Sie das klargestellt haben, wie Sie zum „Kleinen Asyl“ stehen. Es ist nun eben eine Tatsache, daß der größere Teil der Flüchtlinge, die hier ankommen, zwar nicht im engen Sinne politisch Verfolgte sind, aber aus humanitären, völkerrechtlichen und politischen Gründen nicht abgeschoben werden können. Hätten wir für diese ein besseres Anerkennungsverfahren zur Feststellung von Duldungsgründen nach der Genfer Konvention, dann würde das Asylrecht auch nicht mißbraucht werden müssen, denn dieser Mißbrauch des Asylrechts, wie Sie von der CDU es so schön nennen, rührt doch daher, daß Asylverfahren immer nur dazu erhalten müssen, um die Duldungsgründe darzulegen, die einem Flüchtling das Hierbleiben ermöglichen.

(A) Es geht unserer Meinung nach auch darum, daß wir jenseits des Asylrechts ein rechtlich einwandfreies Verfahren finden, das dazu dient, Gründe für einen Abschiebeschutz festzustellen. Diese Gründe können Sie übrigens auch im neuen Ausländergesetz wiederfinden. Lesen Sie doch einmal bitte die Paragraphen 51 bis 56, aber das wollen Sie von der CDU offenbar nicht wahrhaben!

Wenn wir also dem Absatz drei des FDP-Antrags zustimmen, dann gehen wir davon aus, daß dieser rechtlich garantierte Abschiebeschutz auch berücksichtigt wird.

Eine Bemerkung noch zum Schluß: Die weltweiten Wanderungsbewegungen, die ihre Ursachen in Hunger, Krieg und Vertreibung haben, werden weiter zunehmen, ganz unabhängig von den formalen rechtlichen Regelungen. Wir werden uns gerade auch in unserem reichen Land darauf einzustellen haben.

Unter den vielen Möglichkeiten, mit diesem Problem umzugehen, ist bisher eine wichtige gar nicht erwähnt worden, was im Grunde schon von Ihrem Innenminister sehr vernünftig vorgeschlagen worden ist, daß nämlich die Situation in den Herkunftsländern verbessert werden müßte, um den Exodus zu stoppen.

Unter diesen vielen Möglichkeiten aber ist eine gänzlich ungeeignet, nämlich die Änderung des Artikels 16 Grundgesetz. Um einer Frage von Herrn Tiefenbach vorzubeugen, beziehungsweise hatte irgend jemand da vorhin den Zeitungsartikel aus der „Frankfurter Rundschau“ erwähnt, in dem es um die Frage geht, ob ein Antrag auf Änderung des Asylrechts im Bundesrat überwiesen oder abgelehnt werden sollte: Wir gehen davon aus, daß unser Senat alles unternehmen wird, um die Änderung des Artikels 16 zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiefenbach.

**Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr van Nispen hat gesagt, Herr Lafontaine habe sich durch seinen Vorstoß in der Asylfrage ins Abseits gestellt. Um einmal in diesem Fußballjargon zu bleiben, würde ich sagen, er hat sich nicht ins Abseits gestellt, sondern er hat dem politischen Gegner eine hervorragende Vorlage geliefert. Ihm gebührt nun tatsächlich das zweifelhafte Verdienst, eine Debatte über eine Grundgesetzänderung neu entfacht zu haben, die ja nicht nur die CDU hier in Bremen aufgegriffen hat, sondern auch die CDU in Baden-Württemberg, und das hat zu der Initiative der baden-württembergischen Landesregierung geführt, die jetzt wohl im Bundesrat morgen beraten wird.

Lassen Sie mich zunächst zu dem Vorschlag, Länder in einer Liste festzulegen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, Stellung nehmen! Ich

glaube, daß gegen diesen Vorschlag zunächst einmal spricht, daß er gänzlich unpraktikabel ist. Hier würde ich weitgehend Herrn van Nispen recht geben. Es gibt tatsächlich so gut wie keine Länder, in denen man Verfolgung grundsätzlich ausschließen kann. Es gibt kein einziges Land in Afrika, wo man das grundsätzlich ausschließen kann, und es gibt kein einziges Land im Nahen Osten, wo man das grundsätzlich ausschließen kann.

Weil das ganz offensichtlich ja so ist, hat Herr Späth jetzt den Lafontaine-Vorschlag, wenn ich den neueren Zeitungsberichten Glauben schenken darf, etwas präzisiert. Er sagt nun, auf die Liste sollen solche Länder, in denen politische Verfolgung nur im Einzelfall vorkommt.

Wenn diese Einzelfälle, die dann auch nach Meinung der CDU offenbar berechtigten Asylgrund haben, dann durch das Raster rutschen und zurück müssen, dann sind das offenbar unvermeidliche Opfer nach dem Motto: Wo gehobelt wird, fallen auch Späne. Insofern, Herr Kudella, ist es falsch, wenn Sie sagen, dieser Vorschlag zielt darauf ab, die wirklichen Asylbewerber besserzustellen.

Dieser Vorschlag, daß auch Länder, wo nur in Einzelfällen Leute politisch verfolgt werden, auf diese Ausschlußliste sollen, würde auch solche, die nach Ihren Vorstellungen echte Asylbewerber sind, treffen. Auch die wären dann nicht mehr in der Lage, in das Asylverfahren überhaupt hineinzukommen.

Auf diese Liste der Ausschlußländer sollen zum Beispiel Länder wie Rumänien, Jugoslawien, Libanon oder Sri Lanka. Rumänien: Wir konnten alle im Fernsehen sehen, daß Oppositionelle da vor gar nicht so langer Zeit von Bergarbeitern durch die Straßen gejagt wurden. Wie man annehmen kann, da würde keine politische Verfolgung stattfinden, ist mir ein Rätsel.

Wir wissen über Jugoslawien, daß zumindest der „Spiegel“ dort von einer Pogromstimmung gegen Zigeuner, gegen Roma, gesprochen hat. In der „taz“ von heute ist ein Interview mit einem Sprecher von „amnesty international“. Der sagt, gerade in Jugoslawien gibt es zahlreiche politische Gefangene, die „amnesty international“ betreut.

Wir wissen vom Libanon, daß dort permanent Bürgerkrieg herrscht, daß der palästinensische Bevölkerungsanteil einmal von syrischen, einmal von israelischen Truppen oder auch von christlichen Milizen überfallen wird.

Jetzt kann man sagen, gut, das ist ja alles übertrieben, aber Sie werden mir doch zumindest recht geben, daß es solche Berichte gibt und daß, wenn das der Fall ist, man dann nicht einfach sagen kann, in solchen Ländern kommt grundsätzlich keine politische Verfolgung mehr vor, deswegen können wir grundsätzlich Asylbewerber aus solchen Ländern vom Asylverfahren ausschließen. Das ist doch wirklich ein Unding.

(C)

(D)

(A) Nun mag man als Gegenargument sagen: Gut, Verfolgung mag es da geben, aber es ist keine politische Verfolgung im Sinne des Asylrechts. Das stimmt natürlich zum Teil. Aber ich denke, wir müssen hier auch über den Verfolgungsbegriff, den unser Asylrecht hat, sprechen. Er schränkt meines Erachtens die Verfolgung und die Asylgründe derart unzulässig ein, daß nur individuelle politische Verfolgung als Asylgrund überhaupt anerkannt werden kann.

Natürlich gibt es auch eine ganze Menge anderer Fluchtgründe, beispielsweise ethnische Verfolgung, beispielsweise Bürgerkrieg, Hungersnöte. Die Genfer Flüchtlingskonvention nennt eine ganze Liste von solchen Fluchtgründen. Die BRD hat diese Konvention unterschrieben, und sie muß sich meines Erachtens dann auch dementsprechend verhalten.

Sie werden mir, wenn Sie ehrlich sind, recht geben, daß auch Juden, die im Dritten Reich in Nachbarländern geflohen sind, dort keine Aufnahme gefunden hätten, wenn dort das deutsche Asylrecht gegolten hätte. Es sei denn, daß sie die individuelle politische Verfolgung nachweisen konnten, aber als Gesamtgruppe, als Juden, die rassistisch verfolgt wurden, würden sie nicht unter das bundesdeutsche Asylrecht fallen.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das stimmt nicht!  
Bundesverfassungsgerichtsurteil zu religiösen Gruppen in der Türkei!)

(B) Herr Jäger, Sie können das gern hier ausführen! Es geht um individuelle politische Verfolgung, und sofern die Verfolgung ganzer Gruppen vorliegt, scheidet das grundsätzlich nach unserem Asylrecht aus.

Deswegen ist es auch eine Frechheit, Herr Kudella, wenn Sie von 97 Prozent Scheinasylanten sprechen, und ich finde, es ist schamlos, wenn Sie dann unverhohlen vorrechnen, das kostet soundso viel im Monat. Neonazis sprechen offen aus, daß dieses Geld Rentnern und Sozialhilfeempfängern fehlen würde, und sie fordern dann: „Ausländer raus“!

Die CDU unterscheidet sich davon. Sie sagt lediglich zu Rentnern und Sozialhilfeempfängern, 97 Prozent sind unberechtigt hier, und das kostet soundso viel, und dann kann jeder sozusagen selbst seine Schlüsse daraus ziehen. Das ist eine etwas elegantere Methode, die aber genau den gleichen Effekt hat, daß sie nämlich Ausländerfeindlichkeit erzeugt.

Meine Damen und Herren, wenn Kurden aus der Türkei fliehen, weil sie dort gefoltert werden, oder Tاملen aus Sri Lanka, weil sie da um ihr Leben fürchten müssen, oder meinetwegen Frauen aus dem Iran, weil sie gegen die dortigen rigiden Moralvorstellungen verstoßen haben und mit Gefängnis rechnen müßten, dann haben alle diese keinerlei Chance, als Asylberechtigte nach unserem Asylverfahren anerkannt zu werden.

Die Ursache ist nicht, daß sie nicht tatsächlich echte Flüchtlinge wären, sondern die Ursache ist, daß unser Asylrecht von vielen Fluchtgründen nur

einen anerkennt, die individuelle politische Verfolgung. Es ist tatsächlich viel zu eingeschränkt, und, Herr Kudella, Sie müssen mir da eigentlich recht geben, denn auch viele oder eigentlich alle CDU-regierten Bundesländer weisen ja den allergrößten Teil der abgelehnten Asylbewerber nicht aus. (C)

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das ist der Punkt! —  
Abg. K l e i n [CDU]: Schneller handeln!)

Das ist ja keine Spezialität von Bremen oder SPD-Ländern, der allergrößte Teil der abgelehnten Asylbewerber wird auch in den CDU-regierten Bundesländern nicht ausgewiesen. Herr Klein, reden Sie doch nicht von Schlepperhandel, das hat doch überhaupt nichts miteinander zu tun!

(Abg. K l e i n [CDU]: Schneller handeln,  
habe ich gesagt!)

Der Grund dafür, daß sie nicht ausgewiesen werden, ist, daß auch die Innenminister in diesen Ländern durchaus anerkennen, daß es eine ganze Reihe von legitimen Fluchtgründen und aner kennenswerten Fluchtgründen gibt, die nicht von unserem Asylrecht erfaßt werden. Sie erkennen damit aber genau das an, Herr Kudella, was Sie mit dieser Formel, 97 Prozent der abgelehnten Asylbewerber seien Scheinasylanten, bestreiten. Ich denke, das ist tatsächlich, wie es mehrmals gesagt wurde, eine Wahlkampfpoetik, die hier von Ihnen vorgetragen wird. Sie wissen es wirklich besser. Es ist Wahlkampf auf Kosten von Flüchtlingen, die keine Gelegenheit haben, sich wirklich zu wehren. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur Frage der Überforderung: Wir hören ja ständig, die Bundesrepublik ist mit der Aufnahme dieser hohen Flüchtlingszahlen überfordert. Ich denke, hier wird Panikmache betrieben. Es ist nach wie vor so, daß mittelfristig und langfristig die Bevölkerung der Bundesrepublik sinkt und das nur zum Teil durch Zuwanderung wieder ausgeglichen wird.

Selbst wenn wir ein Vielfaches der augenblicklichen Zuwanderung hätten, würde die Bevölkerung der BRD nur um ein Prozent wachsen, selbst wenn wir ein Vielfaches hätten, und ich denke, auch ein geringes Wachstum wäre ohne weiteres zumutbar.

Ich komme einmal auf die Situation in Bremen: Platzt Bremen nun wirklich aus allen Nähten, wie das manchmal behauptet wird? Ich möchte dazu mit Genehmigung des Präsidenten kurz aus einer Vorlage der Sozialdeputation vom 30. Mai 1990 zitieren, hier heißt es:

„Einem deutlichen Platzüberhang im Ausländer- und Übersiedlerbereich steht ein erheblicher Bedarf von Plätzen für Asylbewerber gegenüber.“ Dann folgt eine Tabelle, und dann wird daraus geschlußfolgert: „Rein rechnerisch ist der Bedarf damit im wesentlichen abgedeckt.“ Weiter heißt es hier: „Die

- (A) Prognose zeigt auch deutlich, daß die Stadtgemeinde Bremen auf den Bau von zusätzlichen Fertigsportthalen verzichten kann und die geplante Herrichtung der alten HNO-Klinik und des BBZ-Block A nicht weiter verfolgen muß."

Das heißt, es wird definitiv Entwarnung gegeben, und tatsächlich ist es in der Zwischenzeit ja auch dazu gekommen, daß mehrere Übergangwohnheime aufgegeben wurden, Lloyd-Hotel, Niedersachsendamm steht kurz bevor. So ist die Situation, und die hat sich seit Mai nicht grundsätzlich geändert, als diese Vorlage erstellt wurde. Es sind zwar mehr Asylbewerber gekommen, entsprechend weniger Aussiedler sind aber auch gekommen.

Wer behauptet, daß Bremen praktisch aus den Nähten platzt, der übertreibt schamlos, oder er weiß es nicht besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Anstieg der Asylbewerberzahlen ist natürlich im wesentlichen auf die Öffnung der Grenzen im Osten zurückzuführen. Die Öffnung der Grenzen im Osten macht die hohe Zahl der Zuwanderer aus, und hier ist tatsächlich eine gewisse Einäugigkeit bei der CDU nicht zu übersehen.

Ich habe jetzt der „Frankfurter Allgemeinen“ entnommen, daß sich Herr Späth beklagt, daß 30 000 Asylbewerber im Jahre 1990 nach Baden-Württemberg kommen, das ist der Grund für diese Initiative, die er jetzt gestartet hat. Weiter heißt es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 130 000 deutsche Aussiedler werden in Baden-Württemberg eine neue Heimat finden 1990. 30 000 Asylbewerber, 130 000 Aussiedler!

- (B) Wenn man nun tatsächlich der Meinung ist, das Boot sei voll, dann stellt sich schon die Frage, warum man das nicht auch einmal thematisiert.

(Abg. Klein [CDU]: Das können Sie gern machen!)

Herr Kudella, es ist auch irgendwo unlogisch, wenn Sie einerseits der Auffassung sind, daß Deutsche nach wie vor aus Osteuropa vertrieben werden, dann können Sie nicht andererseits ernsthaft behaupten, die Verhältnisse dort hätten sich normalisiert und Vertreibung, Verfolgung kämen da überhaupt nicht mehr vor. Sie werden nicht behaupten wollen, daß Deutsche dort als einzige Volksgruppe besonders schlecht behandelt werden und daß nur die dort nicht bleiben können; wenn Sie es denen zugestehen, dann ist mir aber unverständlich, daß Sie bei anderen Gruppen grundsätzlich die Motive aberkennen, die die haben, auch in westliche Länder zu fliehen.

(Abg. Klein [CDU]: Aber die Deutschen sind doch keine Asylbewerber!)

Meine Damen und Herren, ich will aber mich um ein Thema nicht herumdrücken. Ich will gar nicht

leugnen, daß von den abgelehnten Asylbewerbern natürlich nicht alle echte Flüchtlinge sind. Wenn Herr Kudella von 97 Prozent Scheinasylanten spricht, ist das zwar eine maßlose Übertreibung, aber es sind natürlich nicht alle Flüchtlinge, das bestreite ich gar nicht. Viele kommen natürlich gerade aus Osteuropa hierher, weil sie tatsächlich besser leben wollen, sie nehmen sozusagen das Kanzlerwort ernst, daß Konsum ein Menschenrecht ist, realisieren nicht, daß er das natürlich nur in bezug auf die DDR gemeint hatte.

Wir erleben nun die Kehrseite der Jahrzehnte alten westlichen Forderung nach offenen Grenzen im Ostblock; das war natürlich leicht, diese zu fordern unter Berufung auf die Menschenrechte, solange man sich sicher sein konnte, daß sie nicht realisiert werden.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Jetzt, wo die Grenzen offen sind, da hat die CDU das Problem: Die Geister, die ich rief, werde ich nun nicht wieder los. Deswegen wird jetzt begonnen, die Mauern und den Stacheldraht, die im Osten entfernt wurden, zu ersetzen durch lebendige Mauern bestehend aus Grenzbeamten und Visa-Behörden im Westen.

(D) Natürlich nützt den Bürgern in Osteuropa ihre neue Freiheit auszureisen wenig, wenn die Länder, in die sie wollen, ihnen umgekehrt die Erlaubnis zur Einreise verweigern oder an unerfüllbare Bedingungen knüpfen.

Für mich ist eigentlich auch nicht erkennbar, wieso das Verbot der Ausreise in westliche Staaten, das stalinistische Herrscher jahrelang praktiziert haben, verwerflicher sein soll als das Verbot der Einreise aus Osteuropa in die BRD, wie dies inzwischen faktisch praktiziert wird. Konservative im Westen übernehmen hier spiegelbildlich die Rolle der früheren stalinistischen Herrscher im Osten, im Ergebnis macht das für die osteuropäischen Bürger überhaupt keinen Unterschied, sie kommen aus ihren Ländern nicht heraus.

Meine Damen und Herren, der große Treck aus dem Osten hat erst begonnen, Freiheit bedeutet für die meisten, daß sie dahin gehen können, wo sie Wohlstand erwerben können. Die Frage ist nun, ob wir mit Gewalt verhindern wollen, daß diese bisher aller Hoffnungen betrogenen Menschen das Wohlergehen im Ausland suchen, wenn sie es zu Hause nicht finden können.

Ich denke, wir setzen sehr viel Kraft und Energie in das Ziel, den DDR-Bürgern möglichst rasch den Lebensstandard der BRD zu verschaffen. Richtig wäre es, die gleiche Kraft aufzuwenden, um dafür zu sorgen, daß sich die Lebensverhältnisse auch in den unterentwickelten Staaten Osteuropas so verän-

- (A) dern, daß es die Bürger dort nicht mehr nötig haben auszuwandern, um menschengerecht leben zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist meines Erachtens der einzig akzeptable Weg, wenn man das Ziel hat, die Zuwandererzahlen zu verringern. Mit gesetzlichen Mitteln Zuwanderung verhindern zu wollen, ist meines Erachtens nach den jahrzehntealten Forderungen nach Bewegungsfreiheit, die vom Westen immer an die Herrscher im Osten gestellt wurden, nicht nur moralisch bedenklich, sondern auch unwirksam.

Eine Änderung der Aussiedlergesetzgebung, die ich nicht befürworte, würde eine Flucht in das Asylrecht erzeugen, was wir jetzt zum Teil schon beobachten können. Eine Abschaffung des Asylrechts in der Art, wie es von seiten der CDU gefordert wird, eine starke Einschränkung, würde auf jeden Fall die illegale Einwanderung enorm verstärken. Wenn Sie das nicht glauben, dann beobachten Sie einmal, welche Probleme die USA seit eh und je mit illegalen Einwanderern aus Mexiko haben! Es gibt in den USA eine sehr rigide Einwanderungsregelung. Das hat zur Folge, daß Millionen illegaler Einwanderer aus den benachbarten unterentwickelten Staaten inzwischen in den USA leben.

- (B) Meine Damen und Herren, wenn man die Instrumentalisierung des Asylrechts einerseits und die illegale Einwanderung andererseits vermeiden will, dann gibt es meines Erachtens nur ein Mittel, nämlich legale Möglichkeiten der Einwanderung aus dem Osten zu schaffen. Ich denke, von der nostalgischen Idee, die Bundesrepublik sei überhaupt kein Einwanderungsland, sollte man sich endgültig verabschieden.

Wenn man nicht den Schießbefehl wieder einführen will, wird man ohnehin eine erhebliche Einwanderung aus dem Osten haben, und ich denke, es ist besser, dann eine legale als eine illegale Einwanderung zu haben. Auch hier sollten die Bürger aus Osteuropa denen aus Westeuropa gleichgestellt werden, wo es ja bereits seit längerem umfassende Möglichkeiten der legalen Einwanderung gibt.

Ich möchte zum Schluß noch einmal die SPD und vor allen Dingen auch den Senator Sakuth wegen der aktuellen Entwicklung ansprechen.

(Abg. Frau Noack [SPD]: Meine Antwort haben Sie schon gehabt!)

Frau Noack, Sie haben eine Antwort gegeben, die aber doch sehr allgemein war, die also nicht sehr konkret war. Es ist ja keineswegs so, daß der Vorschlag von Lafontaine sozusagen politisch erledigt wäre, ich habe das auch eine Zeitlang geglaubt, aber durch das Wiedereinbringen dieses Vorschlags in präzisierter Form durch die baden-württembergische Landesregierung steht er wieder auf der Tagesordnung.

- (C) Es ist nun der „Frankfurter Rundschau“ aber auch der „Frankfurter Allgemeinen“ zu entnehmen, daß die saarländische Landesregierung diesen Vorschlägen aus Baden-Württemberg dann zustimmen will, wenn sie in ein Paket mit Veränderungen bei der Aussiedlergesetzgebung gepackt werden. Im Prinzip hält Lafontaine nach wie vor an seinen Vorschlägen fest, und ich entnehme hier auch der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

„Der Sprecherin der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens zufolge soll die Initiative des Landes Baden-Württemberg zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen werden, um dort zusammen mit dem Entwurf für ein Asylbewerberleistungsgesetz im Paket diskutiert zu werden.“

Es ist also nicht so, daß alle SPD-regierten Länder diese Späth-Initiative grundsätzlich ablehnen, ein Überweisen in die Ausschüsse bedeutet, daß man diesen Vorschlag nach wie vor als Diskussionsgrundlage anerkennt, ansonsten hätte es keinen Sinn.

Ich bin allerdings der Meinung, daß die Vorschläge der baden-württembergischen Landesregierung in eine völlig falsche Richtung gehen, sie sollten abgelehnt werden und nicht überwiesen werden zur weiteren Diskussion, und da würde ich gern einmal von Ihnen eine klare Antwort hören, Herr Sakuth, wie Sie sich morgen im Bundesrat verhalten wollen. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

**Präsident Dr. Klink:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf dem Besucherrang hat der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, seine Exzellenz Vernon A. Walters, in Begleitung von Herrn Generalkonsul aus Hamburg James C. Wittlock Platz genommen. Ich begrüße den Besuch sehr herzlich

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

und heiße Sie in Bremen herzlich willkommen. Bitte lassen Sie sich nicht irritieren durch diese Demonstration, hier wird argumentiert und nicht demonstriert in einem Parlament!

Sie sind in Ihrer Eigenschaft als Botschafter zum ersten Mal in Bremen. Bremen kennen Sie allerdings durch Ihren Besuch als junger Soldat, oder genauer gesagt Bremerhaven.

(Unruhe — Glocke)

Ich brauche deshalb über die langen Traditionen zwischen Bremen und USA nichts zu sagen, dazu hat der Bürgermeister heute im Rathaus das Nötige gesagt.

Ich möchte nur an eines erinnern, wir erleben ja in diesen Wochen historische Tage in Deutschland, und daß wir zur Wiedervereinigung gekommen sind,

(A) ist auch das Ergebnis der vierzigjährigen engen politischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten und dem großen Vertrauen, was insbesondere in den letzten Wochen dem Einigungswillen unserer Menschen von den USA entgegengebracht wurde, dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich Dank sagen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Wir fahren in der Beratung fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Altermann.

Abg. **Altermann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die DVU wird selbstverständlich den Antrag der CDU 12/942 ablehnen. Herr Kudella, studieren Sie das Ausländergesetz,

(Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

studieren Sie das Asylantenverfahrensgesetz, dann brauchen Sie die Grundgesetze nicht zu ändern, führen Sie sie aus, oder lassen Sie ausführen, dann haben wir keine Scheinasylanten mehr, wie Sie sagen!

Zu dem Antrag 12/978: Der vorliegende Antrag der CDU wurde bereits von mir gestellt, von der CDU abgelehnt. Ich frage mich, ob diese Fraktion einer Partei angehört oder aber einer Abschreibungsgesellschaft. Ich weiß, Herr Kudella, daß Sie nicht den Mut aufbringen, einmal einem meiner Anträge zuzustimmen. Sie handeln nach dem Motto, mögen haben wir schon gewollt, aber können haben Sie sich nicht getraut. Sie möchten nicht in dieselbe politische Ecke gestellt werden, hinter der Sie sich hinter mir verstecken.

Jeder hat seine schwachen und auch seine starken Seiten. Im Abschreiben sind Sie, meine Damen und Herren von der CDU, aber mit Abstand inzwischen die Profilertesten. Ich erinnere an meinen Antrag, Mutter und Kind, ebenso an die Anträge 12/639, 12/770, die haben Sie abgelehnt, es betraf dasselbe, was Sie heute sagen. Auch den Polen-Antrag im Oktober haben Sie abgelehnt. Heute bringen Sie das wieder hier aufs Tableau. Das geht so nicht. Aus SPD-Kreisen in Bremen hörte ich einmal, die CDU hier ernähre sich von dem Stroh, das die SPD bereits gedroschen hat. Die SPD hat recht, Herr Kudella, die SPD hat recht, so leid es mir tut, ich muß das anerkennen!

(Abg. **Kudella** [CDU]: Ja, Sie haben die ja früher auch anerkannt, warum denn jetzt nicht auch?)

Ich war nie ein Sozi, Herr Kudella, nie! Nur, eines muß ich anerkennen, sie hat auch ihre guten Seiten, Recht, was Recht ist!

(Abg. **Klein** [CDU]: Aber Sie haben sie immer gewählt!)

Herr Kudella, um der Gefahr weiterer Mangelernährungserscheinungen vorzubeugen — —. (C)

(Unruhe — Glocke)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Herr Altermann, darf ich Sie kurz unterbrechen! Es war eine Unruhe hier im Raum, und ich wollte Ihnen die Möglichkeit geben, Ihre Ausführungen auch in Ruhe weiterzuführen.

Abg. **Altermann** (DVU): Herr Kudella, um der Gefahr weiterer Mangelernährungserscheinungen vorzubeugen, biete ich Ihnen an, meine Anträge demnächst direkt über Sie in die Bürgerschaft einzureichen. — Meine Damen und Herren, ich bedanke mich!

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Sakuth.

**Senator für Inneres Sakuth:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was wir zu dem Thema Änderung des Artikels 16 heute gehört haben, dokumentiert, daß dieses Thema von einigen ganz offensichtlich nur dazu genutzt wird — weil man meint, einen besonders klugen Schachzug hier entdeckt zu haben —, hier Wahlkampf zu machen. Ich denke, wir werden uns bei dem Thema noch auf weitere solcher Unternehmungen einzulassen haben, insbesondere wenn man versucht, in Übereinstimmung mit dem SPD-Kanzlerkandidaten nun bestimmte Neuerungen und sonstige Erkenntnisse hier Bremen zu vermitteln. Ich stelle fest: Dieser Versuch der CDU ist in den Beiträgen der übrigen drei Fraktionen als untauglich beschrieben worden. (D)

Der Kanzlerkandidat der SPD, der hier in dem Antrag, der in der Hauptsache zur Beratung ansteht, Drucksache 12/942 angesprochen wird, hat sich zur Frage des Asylrechts differenzierter geäußert, als das von Ihnen bei der Einbringungsrede, Herr Fraktionsvorsitzender der CDU, dargestellt worden ist. Ich will Ihnen das gern nachher im einzelnen erläutern, will mir aber vorweg die Bemerkung erlauben — insofern trifft das zu, was hier von einer Fraktion schon angemerkt worden ist —, daß Sie hier ein ganz gezieltes Spiel betreiben, um mit diesem Thema seitens der CDU-Fraktion zu versuchen, Stimmungslagen nach draußen zu transportieren, Menschen in dieser Stadt auch etwas einzuhämmern, damit sie verunsichert werden.

Ich denke, dies ist ein unschädlicher Versuch, den Sie hier unternehmen, und ich meine, daß ein entsprechender Versuch, den Sie — —.

(Abg. **Klein** [CDU]: Unschädlich? Dann ist es ja nicht so schlimm, wenn er unschädlich ist!)

Ich nehme das Wort gern zurück, denn so, wie Sie Politik betreiben, werter Abgeordneter Klein, finde ich, das ist schon bald, ich möchte es nicht noch mit

- (A) dem veredelten Wort sagen, etwas, wobei man Sorgen haben muß, wie Sie als christliche Partei meinen, hier Politik machen zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen, Stimmungslagen auszunutzen und hier entsprechende Attacken zu reiten, ohne daß Sie bereit sind, auf die Menschen, um die es eigentlich geht, Rücksicht zu nehmen. Ihnen ist der akute Erfolg wichtiger als das, worauf es eigentlich auf Dauer ankommt, daß man nämlich noch in den Spiegel sehen kann, was man politisch hier vertritt und was man im einzelnen erklärt. Ich würde Ihnen dringend empfehlen, das vielleicht als Partei, die sich christlich orientiert fühlt, stärker zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Bei uns heißt noch keiner Lafontaine!)

Meine Damen und Herren, die Behandlung der Frage des Asylrechtes ist sicherlich eine zur Zeit in der gesamten Bundesrepublik sehr schwierige Frage. Deswegen gibt es dazu auch unterschiedlichste tiefgreifende Erklärungen, wo Leute sich auch ernsthaft Gedanken machen, wohin sich das entwickelt.

- (B) Wir sollten aber bedenken, daß bestimmte Fragen hier eine Rolle spielen, wie das Stimmungsbild auch in der Gesellschaft ist. Wenn man weiß, daß solche Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot in Ballungszentren Menschen auch in Sorge bringen, dann treten oftmals auch Überreaktionen auf. Unzufriedenheit, Angst und auch Mißtrauen breiten sich in der Bevölkerung aus.

Nur, der entscheidende Punkt ist dabei, wie begegnet man als Parlament solchen Bestrebungen. Setzt man da Stimmungen frei oder versucht man, wirklich sachgerecht darüber zu diskutieren? Wenn ich mir Ihren Versuch anschau, Sie haben in Vegesack in der Strandlust vor wenigen Wochen eine Veranstaltung dazu durchgeführt, das war ja eine dermaßen stark besuchte Veranstaltung, ich habe mir sagen lassen, 30 oder etwas mehr Zuhörer waren gerade aufgrund der ganzen Plakatierungsaktion erschienen, dann bin ich doch sehr überrascht gewesen, wieviel Einsatz Sie fahren und wie stark Ihr Thema verankert ist.

(Abg. Klein [CDU]: Recherchieren Sie lieber bei den Autonomen!)

Nehmen Sie bitte hin, Herr Kudella, daß Sie beim Asylrecht auch sehen müssen, daß auch Wirtschaftsflüchtlinge in die Betrachtung einzubeziehen sind. Das Problem, das wir gemeinsam diskutieren sollten, ist auch nicht dadurch lösbar, daß die Verfassung — auch im Lichte der Geschichte unseres Landes — einfach so oder so geändert wird, weil es gerade so gut mit der Stimmungslage übereinstimmt. So vorzugehen, glaube ich, ist gefährlich.

- (C) Das Grundrecht auf politisches Asyl steht für den Senat nah wie vor nicht zur Disposition. Eine Einschränkung dieses Grundrechtes lehnt der Senat ab.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist das für Sie, Herr Tiefenbach, auch die Erklärung, die deutlich macht, vor welchem Hintergrund im Senat über diese Frage beraten worden ist!

Was sind aber die Gründe, die überhaupt zu einem solchen Entscheidungsprozeß innerhalb des Senats geführt haben?

Erstens: Wir müssen anerkennen, daß auch heute noch in vielen Teilen der Welt Bürgerkrieg, Terror und auch Verfolgung, Folter und unmenschliche Behandlung vorkommen und daß wir dazu auch überlegen müssen, wie wir in solch einer Situation uns selbst als Bundesrepublik einbringen können.

Zweitens müssen wir bedenken, daß es unter dem Aspekt der Erfüllung elementarer Lebensbedürfnisse sehr wohl Flüchtlingsströme gibt, die auch den Bereich Europa erreichen.

Ich meine, drittens, wir sind ebenso verpflichtet wie andere Industrienationen, uns der politisch Verfolgten anzunehmen. Darüber kann man nicht nur sonntags reden. Von daher meine ich, wenn die Bundesrepublik als eine Industrienation diese Probleme nicht verdrängen will, und das will sie sicherlich nicht, dann müssen wegen der humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen auch Entscheidungen getroffen werden. Wir können uns dieser Frage nicht entziehen.

Viertens: Es ist auch nach meiner Auffassung ein Irrtum zu meinen, daß die Zuwanderung durch die Änderung des Grundgesetzes eingeschränkt würde. Auch ohne den Artikel 16 würde sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention für uns eine entsprechende Verpflichtung ergeben. Dies bitte ich zu beachten.

Fünftens: Eine Einschränkung würde hingegen nur zu Lasten von tatsächlich politisch Verfolgten gehen, die dieses Schutzes besonders bedürfen. Oskar Lafontaine hat sich eindeutig zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte bekannt, aber auch deutlich gemacht, daß das Anerkennungsverfahren gestrafft werden muß. Es trifft zu, und ich verkenne es auch nicht, daß wir jetzt auch die Auswirkungen der von uns so sehr herbeigesehnten Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Staaten spüren.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Die Öffnung dieser Grenzen, Herr Klein, ist etwas Neues, weil dadurch auch ein Mengenproblem entsteht, dem wir auch durch entsprechende Verfahren entgegentreten müssen. Aber Verfahren bedeuten eben nicht, daß es an das Grundgesetz geht, sondern es geht um Verwaltungsverfahren, wie wir solche Entscheidungen vorbereiten. Dieser Konsequenz, meine Damen und Herren, müssen wir uns stellen, und der Senat ist bereit, dies auch zu tun.

(A) Vordringliches Ziel — und ich möchte das hier ausdrücklich voranstellen — muß es sein, die Verwaltungsverfahren einschließlich auch der verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu straffen. Dem Antrag des Landes Baden-Württemberg, der im Bundesrat vorliegt, wird das Land Bremen nicht beitreten.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Und der Überweisung?)

Die Überweisung ist keine Entscheidung. Wir treten dem Antrag nicht bei, und das ist das Entscheidende.

(Abg. S c h r a m m [DIE GRÜNEN]: Das ist ja ein Wackelkurs!)

Das ist kein Wackelkurs, wir haben diese Beratung vorgenommen, daß wir über Artikel 16 nicht mit uns reden lassen, und bitte nehmen Sie das als die Kernaussage! Und welche Anträge wo von wem immer eingebracht werden, ist eine Frage der politischen Diskussion, die wir zu führen haben.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Dann muß Herr Lafontaine zurücktreten!)

Ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren — —.

(B) (Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

**Senator Sakuth:** Aber gern!

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Bitte sehr, Herr Tiefenbach!

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Senator, werden Sie morgen im Bundesrat den Antrag der Landesregierung Baden-Württemberg ablehnen?

**Senator Sakuth:** Ich werde morgen nicht im Bundesrat sein.

(Abg. K l e i n [CDU]: Kneifen!)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Eine weitere Zwischenfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Wird der Vertreter des Landes Bremen bei der Beratung diesen Antrag der baden-württembergischen Landesregierung im Bundesrat ablehnen?

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das weiß er noch nicht!)

**Senator Sakuth:** Wir werden diesen Antrag nicht unterstützen. (C)

(Abg. K l e i n [CDU]: Was werden Sie denn machen? — Abg. K u d e l l a [CDU]: Enthalten oder ablehnen?)

Nein, ich habe doch deutlich gesagt, mit uns ist Artikel 16 nicht zu machen. Was ist das denn, das heißt auf gut deutsch nein! Nein, nein!

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Sie lehnen also ab?)

Ich habe das doch deutlich gesagt, Herr Abgeordneter! Sie sind doch hier so wißbegierig, und ich rate Ihnen, da ich davon ausgehe, daß das morgen und insbesondere am Sonnabend ein interessantes Thema sein wird, daß Sie das genau analysieren. Die Bremer Position ist eindeutig, Artikel 16 läuft mit uns in der veränderten Beantragung nicht. Wir sind nicht dafür zu haben, den Artikel 16 zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Aber damit Sie sich hier nicht nur über einen Artikel verständigen, meine Damen und Herren, die anderen Fragen, wie das mit den Asylverfahren weiterläuft, welche Praxis zu berücksichtigen ist und was geschehen muß, müssen beantwortet werden.

Erstens: Die Verkürzung der Verfahren muß angestrebt werden. Es muß der Asylmißbrauch ausgeschlossen werden. Bei dem, was im Antrag der FDP zum Ausdruck kommt, was die Schlepperorganisationen anbelangt, denke ich, muß — das ist nicht nur eine Aufgabe in Bremen, sondern bundesweit — entschieden vorgegangen werden. Ich glaube, Bremen wird seinen Part aus ganz bestimmten Gründen dazu auch beitragen, weil wir wissen, daß man gerade hier den Ballungsraum Bremen nutzt, um solche Praktiken zu realisieren. (D)

Wir werden die Problematik der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber auch unter dem Gesichtspunkt, daß wir das Verfahren zu beschleunigen haben, umsetzen. Ich sage sehr deutlich, hierzu bedarf es auch weiterer Anstrengungen, wie sie schon im Bereich des Ausländeramtes eingeleitet sind. So gehört zu den Beschleunigungsmaßnahmen für mich auch eine weitere Verstärkung beim Bundesamt in Zirndorf, um den dortigen Bearbeitungsstau abzubauen, dazu.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens gehört für mich dazu die Einrichtung weiterer Außenstellen des Bundesamtes. Ich sehe hier die Chance, gegebenenfalls auch im Lande Bremen im neuen Ausländeramt diesen Teil mit abdecken zu können.

Drittens: Die Aufnahme von Rumänien in die Liste der Hauptherkunftsländer muß geprüft werden.

(A) Viertens: Die Ausländer, bei denen das Bundesministerium des Inneren den Abschiebestopp ausgesprochen hat, sollen grundsätzlich aus dem Anwendungsbereich des Asyl- und Verfahrensrechtes herausgenommen werden. Das sind nur vier Beispiele. Diejenigen, die sich an dem Thema mehr interessiert gezeigt haben, werden wissen, man kann das noch weiter differenzieren. Ich möchte damit nur dokumentieren, daß wir hier Möglichkeiten der Beschleunigung sehen.

Aber ich meine, wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß zu der gesamten Problematik eines erreicht werden muß: Wir müssen zu einer Vereinheitlichung der materiellen und verfahrensmäßigen Asylrechtstandards in Europa kommen, denn wenn wir auf der einen Seite bestimmte Grenzveränderungen bejahen, geht es auf der anderen Seite auch darum, diesen Sachverhalt in den Mitgliedsstaaten dann auch gleich zu beurteilen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, zu der Problematik, was die Industrienationen eigentlich selbst leisten können, um diesen Zustrom auszuschließen, ist hier einiges ausgeführt worden. Ich will das aus Zeitgründen nicht noch einmal besonders bekräftigen.

Nun zu diesem Superantrag unter Tagesordnungspunkt 26 „Unverzügliche Ausweisung straffälliger Ausländer“! Ich war sehr überrascht, als ich diesen Antrag vorgefunden habe, weil ich das Gefühl habe, und deshalb ist vorhin meine Bemerkung die gewesen, und ich bitte Sie, diese vor dem Hintergrund auch so zu relativieren, daß ich meine, hier ist die CDU irgendwie der Stift ausgerutscht. Das ist ein Antrag, der inhaltlich — da braucht man keinen Juristen, hier wurde nach einem Juristen gefragt, dazu braucht man keine juristische Ausbildung — so zu interpretieren ist, daß man ein Gesetz, das zu einem bestimmten Zeitpunkt in Kraft gesetzt wird, durch ein Stück Papier, was den Segen einer Fraktion hat, plötzlich vorweg einführen will. Da bekomme ich verwaltungsrechtlich von jeder Kammer Negativentscheidungen, so daß ich mich wirklich dagegen verwahren muß, die Innenverwaltung aufzufordern, hier Rechtsbruch zu begehen, Herr Kudella!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Ihnen ist es vielleicht sogar gleichgültig gewesen, was Sie damit anrichten. Für Sie ging es nur darum, mit dem Thema hier vielleicht eine kleine oder mittelgroße Schlagzeile zu produzieren. Das ist das Entscheidende und nicht, was es im Inhalt nach sich zieht.

Ich denke nur an unseren Diskurs, den wir hier gehabt haben zu der Frage der Vorverteilung eines Bewerbers mit dem Namen C. Ich dachte, eigentlich hatten wir das so abgearbeitet, daß darüber nicht nur eine Debatte stattgefunden hatte, sondern auch Verfahrensrechtsgrundsätze mindestens akzeptiert wurden. Man muß sie nicht aus Überzeugung akzeptie-

ren, aber es hätte möglich sein können, diesen Fehler nicht wieder zu machen, den Senat zu rechtswidrigem Verhalten aufzufordern. Insofern war ich darüber sehr bestürzt, daß Sie solch einen Antrag hier eingereicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dieser Antrag, der dieses Verfahren hier umrissen hat, ist vielleicht von Ihnen als Fraktion noch zurücknehmbar. Ich würde Ihnen den Rat geben, ziehen Sie wenigstens den Antrag zu Artikel 16 zurück! Damit hätten Sie dann zwar nicht einen totalen Durchbruch erzielt, aber Sie würden wenigstens einen Antrag hier nicht zur Abstimmung stellen, der rechtswidrig ist. In dem Sinne kann ich nur sagen, das ist mein Rat, den ich Ihnen gebe.

Im übrigen hoffe ich, daß das Parlament uns nicht in die Lage bringt, gegen einen Beschluß, der hier womöglich zustande kommt, dann nicht auszuführen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange noch einmal mit dem letzten Punkt an, dem Antrag 12/978.

Wir haben ja in der Sache schon einmal einen Streit gehabt. Wir haben einen Antrag eingebracht, der sich auf eine obergerichtliche Entscheidung des Obergerichtlichen Verwaltungsgerichts Lüneburg bezog, in dem das Obergericht Lüneburg festgestellt hatte, daß solche Täter allein dann, wenn ein dringender Tatverdacht besteht, ausgewiesen werden können. Der Kollege Borttscheller hat dies damals nachdrücklich auch rechtlich begründet.

Heute haben wir diesen gleichen materiellen Inhalt mit Blick auf das geänderte Gesetz noch einmal hier vorgetragen, und der Kollege van Nispen von der FDP hat gesagt, dies sei materiell zumindest heute schon zulässig. Also insofern, meine Damen und Herren, kann es sich hier nicht um Rechtsbruch handeln, sondern es handelt sich um eine Interpretation Ihrerseits, wobei Sie bei Ihrer alten Linie bleiben und uns in der Sache nicht folgen wollen.

Nun, meine Damen und Herren, zum Hauptpunkt der heutigen Debatte, der Frage Änderung des Artikels 16 Grundgesetz!

Meine Damen und Herren, wer Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht ändern will, der bekundet hier in diesem Parlament, daß er die Probleme in der Welt, die teilweise mit Not und Hunger zu tun haben, das leugne ich überhaupt nicht, in der Bundesrepublik Deutschland und teilweise auch in Bremen lösen will.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Unsere Position von seiten der CDU ist, wir sind nicht in der Lage, die Probleme dieser Welt zu lösen, sondern wir müssen uns auf die Hilfe beschränken, die für politisch, rassisch und religiös Verfolgte notwendig ist, und das wollen wir!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer die Probleme der Welt in Deutschland lösen will, der überfordert unsere Möglichkeiten, der wird Ausländerfeindlichkeit in bisher nicht gekanntem Ausmaße fördern, der wird das Gegenteil dessen erreichen, was wir heute an Problemen haben. Deswegen kann ich Sie nur davor warnen, die Augen davor zu schließen, daß hier jährlich 200 000 Asylbewerber ins Land kommen, die zu einem großen Teil nicht politisch verfolgt sind, sondern die aus wirtschaftlichen Gründen hierher kommen. Das kann die Bundesrepublik Deutschland und das können die Menschen hier nicht verkraften.

(Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, ich wundere mich über solch eine Rede, wie sie Senator Sakuth gehalten hat. Es ist doch geradezu, Herr Senator, intellektuell unredlich, wenn Sie sagen, viele machen sich über die Änderung und die Notwendigkeit der Änderung des Grundgesetzes tiefgreifende Gedanken, und dann sagen Sie, und die CDU greift das Thema hier in Bremen auf, weil sie Wahlkampf machen will. Meine Damen und Herren, das ist doch schlicht und einfach intellektuell unredlich, wenn Sie so argumentieren, das stimmt doch nicht!

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]:  
Als Senator völlig ungeeignet! Er ist kleiner  
Inspektor und kein Senator!)

Meine Damen und Herren, auch die Statistiken, Herr van Nispen, liest man immer so, wie man sie lesen will. Sie haben ja nichts Falsches gesagt, bloß, Sie haben einen entsprechenden Auszug, der Ihnen paßte, hier vorgelesen.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Seien Sie  
nicht so arrogant!)

Im ersten Halbjahr kamen die Asylbewerber zu 17 Prozent aus der Türkei, 14 Prozent aus Jugoslawien, neun Prozent aus dem Libanon und sieben Prozent aus Rumänien und so weiter. Das ist die Halbjahresstatistik, die sieht etwas anders aus als die, die Sie vorgetragen haben.

Wenn Sie jetzt einmal die Begründung des baden-württembergischen Gesetzentwurfes und die Ausführungen des Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes Baden-Württemberg, Herrn Späth, dazunehmen — —.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ich beschimpfe Sie auch nicht als Kommißkopf! — Glocke)

(C) **Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Meine Damen und Herren, es ist hier eine Unruhe aufgekommen, auch in den ersten Reihen, ich weiß nicht, warum! Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ich werde  
hier ständig angepinkelt!)

Also, meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe! Wenn irgendwelche Gespräche geführt werden sollen, auch in den ersten Reihen, dann kann das draußen gemacht werden!

Abg. Kudella (CDU): Ich verweise noch einmal auf die Begründung, die der baden-württembergische Ministerpräsident Späth gegeben hat. Er hat ja konkret die Länder benannt, in denen es keine politische, rassische oder religiöse Verfolgung gibt. Nun könnte sich über das eine oder andere Land gestritten werden, und man könnte unterschiedlicher Auffassung sein, aber es kann sich dann nur um wenige Länder handeln.

Herr Späth sagt: Wenn man bei den Bewerbern, die aus diesen Ländern kommen, die Abweisung bereits an der Grenze vollzöge, was eben nur durch Änderung des Artikels 16 Absatz 2 Grundgesetz möglich ist, dann hätten wir damit schon 70 Prozent der Bewerber an der Grenze abgewiesen. Deswegen ist das wichtig und richtig, eine Änderung des Grundgesetzes zu vollziehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dies nicht tun, dann überfordern Sie die Kraft der Bundesrepublik Deutschland, aber Sie überfordern auch die Kraft der Länder und der Kommunen. Es paßt nicht zusammen, wenn Sie auf der einen Seite die hohen Sozialhilfeausgaben beklagen und auf der anderen Seite die Tore öffnen und erklären, aus humanitären Gründen müssen wir allen Menschen, die nach Deutschland kommen, helfen. Wer das tut, meine Damen und Herren, argumentiert unredlich!

(Beifall bei der CDU)

Ich will zur Vervollständigung, meine Damen und Herren, aus der heutigen „Frankfurter Rundschau“, Seite eins, noch einmal zitieren, damit Sie merken, daß Sie sich hier in Bremen als Sozialdemokraten wieder einmal in einer wichtigen Frage deutscher Politik nicht nur von Ihrem Kanzlerkandidaten, sondern offensichtlich auch von einigen SPD-Ländern entfernen.

Die Überschrift heißt: „SPD will Asylrechtsdebatte vertagen.“ Dann beginnt dieser Artikel in der „Frankfurter Rundschau“, die ja nicht im Verdacht steht, CDU-nahe zu sein — Zitat —: „Eine Zweidrittelmehrheit zur Einschränkung des Asylrechts scheint langfristig nicht mehr ausgeschlossen. Die SPD-regierten Bundesländer streben nach eigenen

(A) Angaben eine Paketlösung an." Dann ist davon die Rede, daß morgen im Bundesrat der Antrag Baden-Württembergs und die beiden anderen Anträge der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen in die Ausschüsse überwiesen werden sollen.

Die „Welt“, meine Damen und Herren, schreibt in diesem Zusammenhang auch in ihrer heutigen Ausgabe — Zitat —: „Noch Ende August hatte der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel an die Adresse des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine gemahnt: Er weiß, wie sehr die jetzt geltende Regelung des Artikels 16 Grundgesetz ein Stück sozialdemokratischer Identität ist. Die jetzt auch in der SPD weiterführende Diskussion um das Asylrecht in Deutschland, vom Saarland offensichtlich im Wechselspiel mit Baden-Württemberg angestoßen, von Nordrhein-Westfalen offensichtlich unter Ausschluß von Innenminister Schnoor mitgeführt und am morgigen Freitag in den Bundesrat getragen, ist offensichtlich unter Umgehung der SPD-Bundestagsfraktion vorangebracht worden.“

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Was sagt uns das denn?)

(B) Meine Damen und Herren, warum denn wohl? Weil die Länder des Problems nicht mehr Herr werden! Weil sie sehen, daß diese Praxis nicht mehr hingenommen werden kann, daß wir die Probleme nicht lösen können und daß die Kommunen finanziell überfordert werden! Sie tun so, als hätten Sie Hunderte von Millionen hier über und als würde Sie die ganze Diskussion nicht interessieren. Auf der einen Seite beklagen Sie sich, daß Sie nicht genug Geld haben, und auf der anderen Seite wollen Sie durch Ihre Politik dazu beitragen, daß hier unnötig Geld ausgegeben wird.

Meine Damen und Herren, ich nehme dies alles mit großem Interesse zur Kenntnis, und ich lasse mich auch von Ihnen nicht beeindrucken, von Argumenten, die da lauten, wir würden Wahlkampf machen. Dies ist ein zentrales Problem deutscher Politik. Weil das ein Problem ist, das auch in Bremen und Bremerhaven eine zentrale Rolle spielt, bleibt dieses Thema auf der Tagesordnung der Bremer CDU!

(Beifall bei der CDU)

Wir lassen uns durch eine Koalition von SPD, FDP und Liste D davon nicht abhalten!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete van Nispen.

Abg. v. N i s p e n (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kudella, wer hier bestimmte Koalitionen beschwört,

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Abstimmungs-koalition!)

(C) der muß natürlich auch auf sich wirken lassen, daß Herr Altermann gesagt hat: Also, in die Ecke des Herrn Kudella lassen wir uns nicht stellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Kudella, wir sind ja im Augenblick dabei, die Sache ein bißchen ernster zu diskutieren. Es gibt einen Konsens, glaube ich, bei allen Unterschieden, daß wir nämlich ein Mengenproblem und auch ein Akzeptanzproblem haben. Dazu habe ich einige Ausführungen gemacht. Meinetwegen gibt es außerdem auch noch Kostenprobleme. Das ist ja alles richtig, wenn Sie das sagen. Das hat aber praktisch auch jeder andere hier so gesagt und auch die Regierung.

Die Frage ist doch nur, wie wir als Parlament darauf reagieren, ob wir praktisch der Ausländerfeindlichkeit, die wir ganz zweifellos in bestimmten Gruppen der Bevölkerung haben, noch Vorschub leisten durch mehr oder weniger platte Parolen und Betrachtungen oder ob wir den Versuch machen, das Ganze etwas differenzierter zu behandeln.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Das, Herr Kudella, hat dann offensichtlich auch ein bißchen mit Wahlkampf zu tun.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

(D) Ich konzidiere Ihnen ja, daß man darüber nachdenken kann, ob nicht eine Grundgesetzänderung ein probates Mittel sein kann, dieser Probleme Herr zu werden, um Ihre Formulierung aufzugreifen. Ich habe Ihnen meine Überzeugung dargetan.

Der eine Punkt: Man geht nicht eifertig daran, das Grundgesetz, das aus wohlwollenden Gründen, die Frau Kollegin Noack hat darauf hingewiesen, so eine bestimmte Ausgestaltung erfahren hat, einmal eben zu ändern, wenn man Probleme hat.

Das andere ist: Man muß sich natürlich auch fragen, ob der Vorschlag, den man da macht, überhaupt ein tauglicher Vorschlag ist, das Problem in der Sache zu lösen. Diesen Nachweis haben Sie nicht führen können.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe Ihnen meine Bedenken vorgetragen. Wir leugnen ja nicht das Problem. Wir sagen Ihnen nur, dieser Vorschlag ist kein tauglicher Vorschlag, denn es ist doch ganz klar, meine Damen und Herren, durch eine Grundgesetzänderung, auch durch eine Änderung des Ausländergesetzes und des Asylverfahrensgesetzes —

(Unruhe)

vielleicht kann man ja noch einmal ein bißchen zuhören, ich höre auch gleich auf — beseitigt man doch

- (A) nicht die Ursachen dafür, daß immer mehr Menschen meinen, in die Bundesrepublik kommen zu sollen.

Wir können doch mit Sicherheit nicht darüber streiten, daß Ursachen einmal das wirtschaftliche Elend in den Ländern des zusammenbrechenden Ostblocks sind. Davon kann sich doch jeder überzeugen. Wir sind gerade als Fraktion unter anderem in Leninrad gewesen. Wenn Sie da sehen, daß Menschen wegen ein paar Zigaretten 300 Meter Schlangen bilden und das gleiche natürlich wegen Gemüse und anderer Lebensmittel, dann ist doch ganz klar, dort herrscht ein wirtschaftliches Elend, wie es doch den meisten Bürgern in unserem Land schier unvorstellbar ist.

(Abg. Klein [CDU]: Was schließen Sie daraus?)

Daraus schließe ich, Herr Klein, daß Leute aus Ländern wie Rumänien, Bulgarien oder der Sowjetunion aus Überlebensgründen motiviert sein können, ihr Land zu verlassen und anderswo Zuflucht zu suchen. Das ist doch eine entscheidende Ursache!

Eine andere entscheidende Ursache liegt in den Zuständen der Länder des Nahen und Mittleren Ostens, in Krieg, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung.

Wir können da sicherlich nur einer Meinung sein, daß man diese Ursachen weder durch eine Änderung des Grundgesetzes noch durch eine Änderung des Ausländerrechts wird beheben können. Ich sage Ihnen, wir werden uns alle darauf einstellen müssen, daß auch in den nächsten Jahren sehr viele Leute versuchen werden, zu uns zu kommen.

- (B) Sie sagen jetzt, Grundgesetzänderung und Abfangen an der Grenze! Unsere Alternative lautet: beschleunigte Verfahren, rechtsstaatlich durchgeführt auf der Verwaltungsrechtsebene und auch im Justizapparat. Ich denke, daß gerade was das justitielle Verfahren angeht, noch sehr viele Rationalisierungsmöglichkeiten bestehen. Ich frage Sie einmal, warum Sie eigentlich Ihre Energien nicht darauf verschwenden, mit uns — ich habe das schon vor einem Jahr vorgeschlagen, da haben Sie das auch alle unisono abgelehnt — einmal darüber nachzudenken, wie man diese Behördenschlampereien beseitigen kann, die es in Zirndorf und in Bremen gibt.

(Beifall bei der FDP)

Wieso machen wir uns nicht einmal Gedanken darüber, wie wir die Richter zu einem anderen Tempo veranlassen können? Sie schreien immer nach einem Patentrezept, ohne danach zu fragen, wie man das Nächstliegende ändern kann.

Also, ich glaube, ich habe einigermaßen verdeutlicht, weswegen ich skeptisch bin, daß Ihr Vorschlag ein tauglicher Vorschlag ist, und ich glaube, ich habe die FDP-Alternative dargelegt.

Jetzt noch zu unserem Abstimmungsverhalten! Es versteht sich von selbst, daß wir Ihren Antrag,

Drucksache 12/978, da geht es um die unverzügliche Ausweisung, ablehnen. Ich will jetzt nicht die juristische Vorlesung wieder aufnehmen. Das bringt nichts. (C)

Sie haben mich in dem einen Punkt mißverstanden. Was nun den Antrag Drucksache 12/942 angeht, Bewältigung der Asylantenproblematik durch Ergänzung des Artikels 16, da haben Sie mit dem ersten Absatz, wo Sie feststellen, daß Herr Lafontaine sich den langjährigen Vorschlägen der CDU/CSU für rechtliche Vorkehrungen gegen den Mißbrauch des Asylrechts angeschlossen hat, einschließlich seiner Grundgesetzergänzung, eine Begründung für Ihr Ziel geschaffen im Absatz zwei, die Bürgerschaft empfiehlt dem Senat, diese Lafontaine-Zielvorstellung im Bundesrat zu unterstützen.

Es ist selbstverständlich, daß wir von unserer Position aus diese Zielvorstellung nicht teilen. Ich konzediere Ihnen aber, daß man Ihren Vorschlag so verstehen und lesen kann, daß Sie in Absatz eins eine bloße Feststellung haben treffen wollen. In diesem Sinne kann man den Absatz eins mitmachen. Dementsprechend werden wir uns in der Abstimmung verhalten. In der Tat ist ja hier eine bedauerliche, ich habe das vorhin schon ausgeführt, Koalition von Herrn Lafontaine und Ihnen festzustellen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiefenbach. (D)

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lafontaine,

(Abg. Jäger [FDP]: Herr Lakudella! — Heiterkeit)

Herr Kudella, mein Gott, ja, wegen der politischen Ähnlichkeit in diesem Punkt! Herr Kudella, Sie haben gesagt, die Probleme der Welt könnten wir hier nicht lösen. Mit diesem Satz ist das Thema für Sie offensichtlich erledigt. Also, ich denke, wir sollten auch nicht ganz die Augen davor verschließen, daß wir mit den Problemen der Welt, die zur Flucht führen, doch auch einig zu tun haben.

Nehmen wir doch einmal die Probleme in Polen! Kommandowirtschaft! Die Einführung der Kommandowirtschaft ist, glaube ich, da sind wir uns einig, eine Folge des zweiten Weltkrieges gewesen. Tun wir also doch nicht so, als ob wir damit gar nichts zu tun hätten, was sich da jetzt abspielt! Wir haben damit genauso viel zu tun, wie wir mit der Situation insgesamt im Ostblock zu tun haben.

Die Situation im Irak, die Flüchtlinge im Nahen Osten! Wir wissen, daß dieser Überfall auf Kuwait nur deswegen möglich war, weil der Irak seit Jahren von allen westlichen Staaten, auch von der Bundesrepublik, systematisch aufgerüstet worden ist, obwohl man schon damals erkennen konnte, daß das eine brutale Diktatur ist. Aus strategischen Über-

(A) legungen hat man Saddam Hussein trotzdem unterstützt, insofern trifft doch die westlichen Staaten auch eine Mitschuld an der jetzigen Situation und an den dortigen Fluchtbewegungen.

Beispiel die geflüchteten Kurden, die vor Giftgas-einsätzen des Irak in die Türkei geflüchtet sind! Daß der Irak Giftgas einsetzen konnte, war ihm möglich, weil die Technologie aus der Bundesrepublik geliefert wurde. Allein hätte er das nicht hinbekommen. Da tragen wir doch eine Mitschuld an der Flüchtlingssituation, und ich finde, von daher können wir uns das nicht so einfach machen zu sagen, die Probleme der Welt gehen uns eigentlich nichts an.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das hat niemand gesagt!)

Die dritte Welt verelendet immer mehr. Das ist nicht nur eine Folge des Kolonialismus, sondern das Auseinanderdriften ist natürlich auch dadurch begünstigt, daß inzwischen die Staaten der dritten Welt zu Nettozahlern geworden sind, sie zahlen mehr an Schulden zurück an die entwickelten Länder, als Sie Entwicklungshilfe bekommen. Das führt zu immer weiterem Auseinanderdriften der Reichtumsentwicklung in den entwickelten Ländern und den Dritte-Welt-Ländern. Zugleich wächst natürlich die Information in diesen Ländern über das Leben hier, auch die Reisemöglichkeiten wachsen. Wir werden sicherlich in den nächsten Jahren immer stärkere Zuzugsversuche aus diesen Ländern haben, und ich glaube, wir können nicht damit rechnen, daß wir denen mit polizeilichen Mitteln Herr werden können.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also, dieser Versuch ist, glaube ich, weitgehend zum Scheitern verurteilt, er ist hoffnungslos und wird uns in immer größere Konflikte führen.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Daß der Sozialismus kaputt ist, daran haben wir auch schuld!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz etwas zu unserem Abstimmverhalten sagen. Was den Antrag der CDU Drucksache 12/978 anbelangt, die unverzügliche Ausweisung straffälliger Ausländer, so werden wir den natürlich ablehnen. Wir haben das Thema mehrfach diskutiert. Wir sind in der Tat der Meinung, daß Ausländerrecht und Strafrecht nicht vermischt werden dürfen und daß straffällige Ausländer hier nach dem deutschen Strafrecht bestraft werden sollen, daß sie aber nicht ausländerrechtlich mit Abschiebungen traktiert werden sollen.

Zum zweiten Antrag der CDU habe ich die FDP, Herrn van Nispen, so verstanden, daß sie hier getrennte Abstimmungen verlangen wird. Das bringt uns in die Situation, daß wir erstmalig einem Teil eines CDU-Antrages zur Ausländerpolitik zustimmen müssen, denn daß der saarländische Ministerpräsi-

dent Lafontaine sich entsprechend langjährigen Vorschlägen der CDU/CSU verhalten hat und sich nun diesen Vorschlägen anschließt, ist ein Faktum, das leider unbestreitbar ist, und dazu kann man nicht nein sagen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Dem zweiten Teil des CDU-Antrages, wo dann gefordert wird, daß der Senat sich nun auch diesen politischen Zielvorstellungen anschließen soll, werden wir natürlich unsere Zustimmung verweigern.

Was nun den FDP-Antrag anbelangt, so bitte ich hier um getrennte Abstimmung der Punkte zwei bis vier! Wir können dem ersten Punkt natürlich zustimmen und auch den Punkten fünf und sechs, aber was den Punkt zwei anbelangt, die Beschleunigung, denke ich, man kann die Augen nicht davor verschließen, daß auch sehr viel über Beschleunigung unter Vereinfachung des Rechtsweges diskutiert wird.

Ich denke aber, daß das Asylverfahren unter Umständen eine Entscheidung über Leben und Tod des Asylbewerbers bringen kann, und wir sind zwar für eine Beschleunigung im Sinne von Entbürokratisierung, wir sind aber nicht für eine Beschleunigung, die den Instanzenweg verkürzt in dem Sinne, daß Einspruchsmöglichkeiten der Asylbewerber nicht mehr gegeben sind. Das steht hier zwar nicht, es wird aber auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen. (D)

Der Punkt drei ist unseres Erachtens völlig mißverständlich, Sie haben das zwar jetzt in Ihrer Rede klar gestellt, daß Sie die De-facto-Flüchtlinge nicht damit meinen, es ist aber aus dem Text überhaupt nicht erkennbar, deswegen können wir den auch nicht mitmachen.

Zum Punkt vier will ich mich jetzt nicht weiter äußern, da hat Frau Noack schon das Notwendige gesagt. Auch der Punkt wurde mehrfach diskutiert, unsere Position dazu ist klar. — Vielen Dank!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Herr Präsident, ich habe die Bitte, daß beim FDP-Antrag über die Ziffer 1 auch noch extra abgestimmt wird!)

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe zuerst den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/942 auf. Hier ist von der FDP-Fraktion beantragt worden, daß über die Absätze getrennt abgestimmt wird. Es sind zwei Absätze. Ich rufe zuerst auf den Abschnitt eins der Drucksachen-Nummer 12/942 des CDU-Antrages.

(A) Wer diesem Abschnitt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE GRÜNEN, FDP und Abg.  
A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, Absatz eins ist abgelehnt.

Nun rufe ich den Absatz zwei auf.

Wer dem Absatz zwei seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN, FDP und Abg.  
A l t e r m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, auch Absatz zwei ist abgelehnt. Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/978.

(B) Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/978, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmenthaltungen?

Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich komme nun zum Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/987, und zwar werde ich abschnittsweise abstimmen lassen, wie es beantragt wurde.

Ich lasse zunächst, es sind sechs Ziffern, über Ziffer 1 abstimmen.

Wer Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN, FDP und Abg.  
A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Ziffer 1 ist damit angenommen.

Nunmehr lasse ich über die Ziffern 2 und 3 abstimmen.

(C) Wer den Ziffern 2 und 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

(Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Ziffern 2 und 3 sind damit angenommen.

Nunmehr lasse ich über die Ziffer 4 abstimmen.

Wer der Ziffer 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

(Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Auch Ziffer 4 ist damit angenommen.

(Widerspruch)

(D) Entschuldigung! Kann ich es noch einmal wiederholen?

(Unruhe)

Wer für Ziffer 4 ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

(Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich stelle fest, Ziffer 4 ist abgelehnt. Es war kein Irrtum der Abstimmenden, es war ein Irrtum von mir!

(Beifall)

Ich lasse abstimmen über die Ziffern 5 und 6.

Wer den Ziffern 5 und 6 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ziffern 5 und 6 sind damit angenommen!  
Damit ist der Antrag mit Ausnahme der Ziffer 4 an-  
genommen.

(Beifall bei der FDP)

**Gesetz über den Fortfall von Genehmigungen und Anzeigen nach dem Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz**

Mitteilung des Senats vom 28. August 1990  
(Drucksache 12/948)  
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über den Wegfall von Genehmigungen und Anzeigen nach Artikel 2 Paragraph 10 Absatz 3 Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) (Dafür SPD, CDU, FDP und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Ich bitte zu prüfen, ob wir unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung eintreten können!)

Es wird beantragt, unmittelbar nach der ersten Lesung die zweite Lesung durchzuführen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Ich rufe auf zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(C) Wer das Gesetz über den Wegfall von Genehmigungen und Anzeigen nach Artikel 2 Paragraph 10 Absatz 3 Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(DIE GRÜNEN und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

**Operationelles Programm für die Ziel-2-Förderung und Sonderprogramm RENAVAL für die Städte Bremen und Bremerhaven**

Mitteilung des Senats vom 28. August 1990  
(Drucksache 12/949)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Senator Beckmeyer.

**Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute ein Programm vor, das am 20. Juni 1990 die Zustimmung der Europäischen Kommission gefunden hat, in einer sehr intensiven Vorberatung im Lande Bremen auf Ressortebene, aber auch auf der Ebene der beiden Städte erarbeitet worden ist und das in seinem Schwerpunkt Rahmenprogramme, Einzelprogramme hat, die bei der Herrichtung von Gewerbeflächen, dem Ausbau der anwendungsorientierten F- und E-Beratungseinrichtungen wie aber auch weiterer Dienstleistungseinrichtungen wirtschaftsnaher Art Schwerpunkte setzt.

(Vizepräsident v. d. S c h u l e n b u r g übernimmt den Vorsitz.)

Die Aufnahme in regionale Förderprogramme ist immer, das haben wir bei der Diskussion in der Deputation erlebt, mit einem lachenden und einem weinenden Auge verbunden, einem weinenden Auge deshalb, weil einem damit attestiert wird, daß man noch zum Kreis der förderbedürftigen und damit der strukturschwachen Regionen gehört, und mit einem lachenden Auge deshalb, weil die eigenen Aktivitäten zur Strukturverbesserung mit einem solchen Programm verstärkt werden können.

Für das Land Bremen gilt, die Bewältigung der tiefgreifenden Strukturkrise ist ein gutes Stück vorangekommen, aber noch nicht abgeschlossen. Die ersten sichtbaren Erfolge bei der Arbeitsplatzentwicklung, bei der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit bre-

(A) mischer Unternehmen, beim Wirtschaftswachstum und auch beim Rückgang der Arbeitslosigkeit müssen weiter konsolidiert und ausgebaut werden.

Brüssel, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht das ebenso und, ich hoffe, auch Bonn/Berlin beim Stichwort Neuabgrenzung der Fördergebiete für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, eine Diskussion, die uns unmittelbar bevorsteht. Ich darf an dieser Stelle sagen, ich rechne damit, wenn wir diese Programme und auch die Fortsetzung dieser Programme in den nächsten Jahren noch politisch durchsetzen können, daß spätestens Mitte der neunziger Jahre die Aussichten auf Aufnahme in Regionalförderprogramme erheblich zurückgehen wird, insbesondere im Zusammenhang mit Verdrängungseffekten, mit neuen Durchschnittsbildungen im Rahmen der deutschen Einheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die bremischen Förderprogramme liegen Ihnen vor. Ziel 2, Renaval! Sie beide sind inzwischen, das darf man auch hier unterstreichen im Parlament, zum begehrten beispielhaften Anschauungsobjekt geworden für andere europäische Regionen, wie man solche EG-Förderprogramme und Regionalprogramme erstellt. So waren verschiedene Delegationen aus Europa inzwischen hier in Bremen, unter anderem aus dem Rheindelta-Raum, die sich hier erkundigt haben, wie denn Renaval gestrickt worden ist von der bremischen Verwaltung. Die letzte Anfrage kam vorige Woche im übrigen aus Dresden.

(B)

Wenn man die bremischen Programme mit den Programmen anderer Bundesländer vergleicht, wird man folgendes feststellen:

Erstens, die Vorstellungen der EG, die Fördermaßnahmen in ein integriertes, regionales Entwicklungskonzept einzubetten, treffen mit dem bremischen Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm auf ideale Voraussetzungen in der Umsetzung. In dieser Klarheit, Eindeutigkeit und auch Inhaltlichkeit lassen sich diese Maßnahmen in anderen Fördergebieten kaum ableiten.

Zweitens, die Identität von Landesebene und kommunaler Ebene in Bremen beziehungsweise Bremerhaven und die damit auch einsetzende intensive Mitwirkung des Magistrats der Stadt Bremerhaven bei der Programmerstellung verschaffen den bremischen Programmen eine Konkretheit, die anderswo nicht herstellbar ist. Die Übersetzung von Maßnahmen in konkrete Projekte ist in diesem bremischen Programm bei der Konzeption bereits weitgehend vorgenommen worden, anderen Orts steht sie häufig bei Ziel-2- oder Renaval-Programmen noch aus.

Drittens, der Innovationsgehalt der bremischen Projekte ist in der Regel sehr hoch. Das Land hat bewußt darauf verzichtet, Maßnahmen, die auch ohne diese Unterstützung aus Brüssel durchgeführt werden wären, einfach abzufinanzieren, und zwar nicht nur, weil dies ein Verstoß gegen die Spielregeln der

EG-Förderung ist, das Stichwort ist hier die Additonalität, wir wollen auch durch die EG-Programme neue Dinge anstoßen, zukunftssträchtige Felder verstärken und damit auch neuen Herausforderungen begegnen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf einige der Maßnahmen und Projekte zu sprechen kommen, nehmen wir den Bereich der ökologischen Orientierung! Wir treten mit diesem Programm für eine Aufstockung des Programms zur Förderung angewandter Umwelttechnologie ein. Wir unterstützen die Gründung einer Sondermüll-Beratungsgesellschaft, und wir schaffen die Voraussetzung für die Dekontaminierung belasteter Industrieflächen.

Oder nehmen wir den Bereich außenwirtschaftlicher Orientierung! Mit diesen Programmen leisten wir die Anschubfinanzierung für unser Asia-Pacific-Trade-Centre, leisten wir die Voraussetzung für das Nordosteuropäische Handelszentrum in Bremerhaven, geben wir die Grundfinanzierung für Bremen-Overseas-Marketing oder Bremen-Business-Büro und schaffen ebenfalls das Programm der EG-Binnenmarktberatung und stellen es auf eine finanziell ausreichend gesicherte Basis.

Ich nenne den dritten Bereich, die technologiepolitische Orientierung unserer Programme! Wir stocken damit den bremischen Innovationsfonds BIF auf. Wir zielen damit auf die Gründung einer Technologieagentur im Lande Bremen. Wir wollen damit Bremen zum Space-Center machen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie können sich vielleicht gleich zu Wort melden. Ich bin sehr gespannt auf Ihren technologischen Ansatz, den Sie diesem Lande Bremen verpassen werden, ich hoffe nur, daß der nicht 20 Jahre zu spät kommt!

(Abg. S c h r a m m [DIE GRÜNEN]: Nicht so laut!)

Ich darf an dieser Stelle hinzufügen, daß wir auch gerade bei der Schaffung und Erweiterung unseres BIF-Programms, wie zum Beispiel der Erweiterung von unternehmensorientierten Einrichtungen, die aus dem BITZ herausgewachsen sind, wie zum Beispiel unsere Einrichtung in der Fahrenheitstraße und im Technologiepark, weitere Möglichkeiten offerieren, wie auch über die Schaffung weiterer Transferzentren im Bereich Mikroelektronik, Informatik und Biotechnologie.

Sie merken an diesem Bündel, und wer sich das angesehen hat, wird feststellen, daß es eine wirkliche Anstrengung der bremischen Verwaltung gewesen ist, dieses Programm zu erarbeiten und jetzt umzusetzen, daß wir damit einen ganzen Strauß von neuen, wirtschaftsfördernden Möglichkeiten in Bremen geschaffen haben.

Ich möchte an der letzten Stelle, aber besonders herausgehoben, auch die starke Bremerhaven-Orien-

(C)

(D)

(A) tierung dieser beiden Programme hervorheben. Ich komme auf die Modernisierung und Umstrukturierung des Fischereihafens zu sprechen, ich komme auf das Projekt Haus für die Wirtschaft zu sprechen, das Nordosteuropäische Handelszentrum habe ich bereits erwähnt, die Herrichtung der Werftbranche Rickmers ist zu erwähnen und die Sanierung einer Branche im Zusammenhang mit Tourismus im Bereich alter und neuer Hafen, wie auch die Flächenherrichtung im Zusammenhang mit Autoumschlagseinrichtungen im Osten des Kaiserhafens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne die Aufstockung der betrieblichen Förderprogramme und ohne die Mittelansätze für Förderprogrammbegeleitung und Fortentwicklung, diese Mittel lassen sich a priori nicht auf Stadt Bremen oder Stadt Bremerhaven einzeln zuordnen, beläuft sich das Programmvolume des Ziel-2-Programmes auf 56,88 Millionen DM. Damit fließt ein erheblich überproportionaler Anteil nach Bremerhaven. Bemerkenswert ist, daß die bremischen Komplementärmittel zu den EG-Projekten Bremerhaven ausschließlich aus Landesmitteln erbracht werden, in anderen Ländern, das darf ich an dieser Stelle beifügen, ist es üblich, daß die Komplementärmittel ganz oder beziehungsweise teilweise von den Kommunen erbracht werden, dieser Tatbestand gilt auch für das EG-Programm Renaval, sie verschaffen damit der Seestadt Bremerhaven einzigartige Konditionen der EG-Förderung.

(B) Im Renaval-Programm ist die Aufteilung auf Bremen und Bremerhaven durch die Bindung des Mittelvolumens an die Freisetzung der Werftindustrie vorgegeben. Für den Zeitraum 1984 bis 1990 wird für Bremerhaven ein Arbeitsplatzabbau in der Schiffsindustrie der Vergangenheit von 2 478 zugrunde gelegt und damit ein Förderbetrag von 3 200 Ecu pro Arbeitsplatz, ein Mittelvolumen von 32,65 Millionen DM erreicht, die Efö-Mittel belaufen sich auf 16,4 Millionen DM.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident, die EG-Förderprogramme sind vorerst bis 1991 terminiert. Ihre Abwicklung wird sich noch teilweise bis in die Jahre 1992/93 hinziehen, nichtsdestoweniger laufen heute schon die Vorabstimmungen, wie es nach 1991 weitergeht. Die Regionalförderung der EG, auch für die anderen Fördergebietstypen, Ziel 1, das sind Regionen mit Entwicklungsrückstand, das gilt für die Mittelmeerländer, aber auch für Irland, oder der Typ Ziel 5b, das sind ländliche Regionen mit Strukturproblemen, sind bis Ende 1993 politisch und finanziell abgesichert. Es ist zu erwarten, daß auch die Ziel-2-Regionen, das sind Industrieregionen mit Anpassungsprozessen, zu denen Bremen und Bremerhaven gehören, mit ihren Förderungen an diesen Termin, Ende 1993, angeglichen werden.

Die Liste der Fördergebiete wird im Lauf des Jahres 1991 überprüft werden. Wir können auch nach ersten Einschätzungen auf EG-Ebene davon ausgehen, daß, und darauf arbeiten wir hin, Bremen und

Bremerhaven noch einmal dabei sind, insbesondere weil neben der weiter über dem EG-Durchschnitt liegenden Arbeitslosenquote noch die Betroffenheit des Industriesektors vom Abrüstungsprozeß als neue Belastung des Standortes Bremen hinzukommt. Die Abwicklung dieses Ziel-2-Nachschlages würde dann wiederum in die Jahre 1994/95 hineingehen, und dann, so hoffen wir, glaube ich, alle hier im Hause, sollte das Land Bremen endgültig über den Berg sein und der solidarischen Hilfe aus Brüssel wohl nicht mehr bedürfen.

Lassen Sie mich abschließend einige erste und vorläufige Erfahrungen mit der neuen Generation der EG-Regionalpolitik Ihnen hier heute mitteilen! Wir haben als Verwaltung sehr positive Erfahrungen mit dem gemacht, was Brüssel das Prinzip der Partnerschaft nennt. Wir haben ein gutes und konstruktives Verhältnis zu den zuständigen Beamten in Brüssel gefunden, und zwar auf allen Ebenen. Die Tatsache, daß unsere Programme so gut sind, hat auch mit dieser engen Zusammenarbeit der bremische Beamten-schaft und der guten Partnerschaft, die aufgebaut werden konnte, zu tun.

Wir haben bei der Programmerstellung, und das ist der nächste Punkt, sehr gute Erfahrungen auch mit der sogenannten EG-Arbeitsgruppe hier in Bremen gemacht, an der senatorische Behörden und der Magistrat der Stadt Bremerhaven beteiligt waren. Die Auswahl der EG-Projekte war also kein Alleingang des Wirtschaftsressorts, wie einige vielleicht vermuten mögen. Hinzu kommt, daß jedes Projekt in der zuständigen Deputation noch einmal behandelt, erörtert und beschlossen werden mußte.

Der nächste Punkt, den ich hierbei erwähnen möchte, ist, daß der Bund zunächst, und das darf und sollte man in diesem Hause nachdrücklich sagen, versucht hat, die neue EG-Regionalpolitik in das starre Korsett der nationalen Regionalpolitik einzubinden und damit alle instrumentellen und institutionellen Neuerungen der EG zu blockieren. Wäre dieser Versuch gelungen, wären damit zum Beispiel 50 Prozent der EG-Gelder nur an die Länder weitergeleitet worden, und der Rest wäre in der Kasse des Bundesfinanzministers gelandet. Nachdem dieser Versuch des Bundes jedoch gescheitert ist, hat sich der Bund in die neue Rolle des Koordinators der Länderinteressen gegen Brüssel erstaunlich schnell eingefunden oder einfinden müssen, kann man vielleicht sagen, er leistet zumindest inzwischen hier gute Arbeit.

Die Europäische Kommission, und das soll der letzte Punkt, den ich an dieser Stelle dazu anmerken möchte, sein, hat mit dieser Reform der Struktur-fonds Neuland betreten. Es ist von daher auch nicht verwunderlich, daß in einigen Bereichen die Erfahrungen nicht unbedingt positiv ungetrübt sind. Das gilt zum einen für die Auflagen bezüglich Programmbegeleitung, Programmkontrolle und Programmevaluierung. So sinnvoll und notwendig diese Dinge insbesondere für Ziel-1-Regionen auch sein mögen, für

(C)

(D)

(A) Regionen wie Bremen, für Verwaltung, die sowohl der parlamentarischen Kontrolle als auch der Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen, bringt vieles, was sich da Brüssel vorstellt, einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand mit sich.

Es zeigt sich aber auch deutlich, daß die EG die Reform der Strukturfonds nicht nur benutzt, und da sollten wir alle aufmerksam sein, um Regionalpolitik zu betreiben, sondern auch, um in anderen Politikbereichen, so zum Beispiel der Wettbewerbspolitik, der Beihilfekontrolle oder der Binnenmarktpolitik und öffentlichen Auftragsvergabe, ihre Vorstellung stärker durchzusetzen. Hier müssen, so denke ich, die Bundesländer insgesamt auf der Hut sein und als europäische Region aufpassen, daß sie eigene Handlungsspielräume erhalten.

Insgesamt möchte ich aber ein positives Fazit ziehen. Bremen wird mit den EG-Programmen seine eigenen Anstrengungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsstrukturpolitik verstärken können. Wir sind der EG für diese solidarische Hilfe dankbar, wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die EG-Projekte zügig umzusetzen. Wir werden schließlich Bilanz ziehen, was diese Förderung für das Bundesland Bremen gebracht hat.

Die EG hat uns vorgeschlagen, das Land Bremen exemplarisch als eine Modellregion für eine umfassende und programmübergreifende Evaluierungsstudie der EG-Regionalpolitik auszuwählen. In diese Studie sollen alle EG-Aktivitäten im Lande Bremen einbezogen werden, also von den alten Programmen Schiff und Fisch bis hin zu Ziel 2 und Renaval.

(B)

Auch dieser Vorschlag, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt, daß die Europäische Kommission eine außerordentlich positive Einschätzung von der Umsetzung der Wirtschaftsstrukturpolitik im Lande Bremen hat. Sie zeigt und unterstreicht damit auch, welche Qualitätsstandards wir im europäischen Vergleich erreicht haben. Lassen Sie uns, und das ist mein Appell an dieses Hohe Haus, dem Haushaltssouverän, so weiterarbeiten, zum Wohle der Bürger und zur Existenzsicherung dieses Landes! — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die beiden Programme, um die es hier geht, das EG-Förderprogramm für einen regionalen Umbau nach Ziel 2 und das EG-Sonderförderprogramm für den Einsatz wegfallender Schiffbauarbeitsplätze, Renaval, sind ja bereits seit dem Jahre 1989 geplant, abgesprochen und im Detail auch für Bremen festgelegt, allerdings, Herr Senator, nicht so, wie Sie meinen, demokratisch, sondern ausschließlich auf der Ebene der Bürokratie.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Viele der aufgeführten Projekte aus diesem Programm, das haben Sie auch gesagt, laufen ja bereits, andere stehen kurz vor ihrem Beginn oder liegen in der Tat den Deputationen zur Entscheidung vor, so daß natürlich eine hier jetzt geführte Debatte über das Gesamtprogramm nicht mehr als den Charakter eines erhobenen Zeigefingers haben kann nach dem Motto, welche Chancen habt ihr vertan? Eine wie auch immer gestaltende Einflußnahme auf den Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit in Bremen als wirkliche Grundlage für eine demokratische Politik, wie sie auch immer wieder die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerorganisationen einfordern, ist wohl nach fast zweijähriger Vorlage dieses Programmes durch diese Debatte heute nicht mehr vorgesehen.

Diese Art des Vorgehens ist gerade keine demokratisch orientierte Wirtschaftspolitik, denn sie vernachlässigt das langjährig angesammelte, geballte wirtschaftspolitische Know-how von Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammern, der wissenschaftlichen Intelligenz und der zahlreichen alternativen betrieblichen Arbeitskreise, das für einen neuen ökologischen Umbauprozess meines Erachtens zwingend erforderlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich denke aber, daß Rot-Grün als Alternative in Bremen auch in Zukunft diese Kompetenzen in einem Programm integriert. Die Einzelprojekte jedenfalls aus Renaval und Ziel 2 ergänzen das Wirtschaftsstrukturpolitische Aktionsprogramm des Senats,

(D)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

und sie sind natürlich deshalb auch in die Gesamtstruktur des WAP fest integriert, und eine Auseinandersetzung über die Verwendung dieser EG-Mittel ist daher im Kern ebenfalls die Auseinandersetzung mit dem WAP, und diese wurde ja bereits auf den verschiedenen Ebenen in Bremen geführt, zuletzt hier in der letzten Bürgerschaftsdebatte über die Halbzeitbilanz des Senats, so daß ich mich in dieser Kritik hier auf einige Grundsatzbemerkungen beschränken kann.

Was auffällt, wenn man die regionalwirtschaftliche Ausgangslage des WAP und der WAP-Erfolgsbilanz, wie sie in der letzten Bürgerschaftsdebatte hier vorgetragen ist, mit diesen beiden EG-Anträgen vergleicht, ist, daß ein und derselbe Tatbestand, nämlich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation im Lande Bremen, von ein und derselben Stelle völlig unterschiedlich dargestellt und auch unterschiedlich interpretiert wird. Herr Senator, Sie sprechen in der WAP-Zwischenbilanz davon, daß im Jahre 1988, also vor den Zuwendungen aus Renaval und Ziel 2, die Zuwachsraten zum Bruttoinlandsprodukt des Bundes durch die Zuwachsraten im Lande Bremen übertroffen worden sind, und feiern das na-

(A) türlich als Ihren großen wirtschaftspolitischen Erfolg, während Sie auf der anderen Seite im Ziel-2-Programm von dem Gegenteil, von einem Abkoppelungsprozeß, ausgehen, und beides wird entsprechend mit den Daten belegt.

Ähnlich stellen sich diese Differenzen bei der Darlegung der Entwicklung der Beschäftigung dar, und ich denke, hier besteht, Herr Senator, noch einiges an Aufklärungsbedarf.

Was weiterhin auffällt, meine Damen und Herren, ist die Schlichtheit des Programms, mit der hier vorgegangen wird. Man nehme eine Analyse der Entwicklung von einzelnen Branchen und deren Beschäftigungsstruktur und stelle fest, das verbrauchsgüterproduzierende Gewerbe nimmt ab, das Dienstleistungs- und Kommunikationsleistungsgewerbe nimmt im gesamten Bundesgebiet zu, also investiere ich anhand dieses bundesweiten Trends auch für Bremen in diesem Bereich. Natürlich führt eine solche globale Politik dazu, daß nicht nur an der Uni in sozusagen Blaupausenpolitik neben den mikroelektronischen Schwerpunkten in München und Stuttgart, sondern auch innerhalb des Landes Bremen ein ähnliches Technologiezentrum auf dem Klöckner-Gelände, auf dem Thielen-Gelände, auf dem Spinnbau-Gelände, am Steindamm oder eventuell an der Pfalzburger Straße entsteht.

(B) Für dieses, sage ich einmal, visionäre Eldorado von Existenzgründern, Technologiezentren und Transferzentren werden entsprechende Flächen auf Vorrat, wie es heißt, ökologisch saniert. Der überwiegend größte Finanzanteil aus beiden Programmen, der für die sogenannte Diversifizierung und Modernisierung des industriellen Sektors bereitsteht, immerhin beim Renaval sind es zirka 60 Prozent und beim Ziel 2 über 50 Prozent, wird für solche Art Flächenrecycling verbraucht.

Meine Damen und Herren, es stellt sich doch bei diesen enormen Kosten die Frage, warum nicht zum Beispiel die Firma Klöckner, die Firma Lürssen oder Mobil-Oil oder andere als eigentliche Verursacher der Altlasten nicht hier herangezogen werden. Ich frage Sie: Reicht es nicht aus, daß angesichts der knappen Haushaltsmittel der Steuerzahler in Bremen die Erzumschlagsverlagerung von Bremerhaven nach Bremen, den Verkauf von Grundstücken von Klöckner an den Senat und auch die Stahlsubvention zur Erhaltung des Betriebes bezahlt? Soll er nun auch noch aus den knappen Fördermitteln die von Klöckner verursachten verschmutzten Flächen sanieren und das bezahlen? Ich denke, hier stellt sich die Frage nach dem Verursacherprinzip.

In ähnlicher Weise stellt sich die Problematik der enormen Flächenverbrauchssubventionen, die ja in Bremen laufend gezahlt werden, für die Firmen Europa Carton und Midgard dar. Das sind aktuelle Beispiele, wir haben davon gehört. Wer so verschwenderisch mit Geld und Flächen umgeht, muß sich na-

türlich nicht wundern, wenn dann beides für eine Umstrukturierung für Bremen fehlt. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Teil der Gelder, der nicht in dieses Flächenprogramm geht, fließt in Bereiche wie Tourismus, Mikroelektronik und Raumfahrt und in den Ausbau und die Aufrechterhaltung der Bremer Außenhandelsstruktur. Das ist, meine Damen und Herren, zum Teil strukturkonservativ. Wenn man aber nun die beiden Städte Bremen, der Senat hat das angesprochen, und Bremerhaven vergleicht, fällt der Mangel an intelligenten Lösungen für Bremerhaven meines Erachtens besonders ins Gewicht.

Meine Damen und Herren, nur Fisch, Außenhandel und Tourismus sind mit Sicherheit nicht der innovativen Dienstleistungsentwicklung letzter Schluß. Ich will nicht alles schlecht machen, was jetzt hier aus dem Hause geplant ist, aber man muß sich auch die Entwicklung vor Augen halten, die für die traditionellen Bereiche in Zukunft auf Bremen zukommen. Auch hier läuft ja die Entwicklung nicht so, wie sie geplant worden ist, und das betrifft zum einen den Osthandel, das betrifft den Fernosthandel, und das betrifft auch die Existenz der Rohware Fisch.

Selbst wenn man diese Problematik einmal hintanstellt, bleibt noch zu fragen, was denn eigentlich bisher erreicht ist, wenn man bedenkt, daß die Laufzeit der Förderprogramme — der Herr Senator hat das gesagt — bereits zu zweidrittel abgelaufen ist, und ich frage Sie, Herr Senator Beckmeyer: Wo bleibt die Außenstelle des BAW in Bremerhaven? Wo bleibt die Außenstelle der landeseigenen bremischen Beteiligungsgesellschaft Hibeg? Wo bleibt das Haus der Wirtschaft, wo bleibt die Marketingagentur? Das sind alles Punkte, die Sie in Ihrem Programm aufgeführt haben. (D)

Aber was noch wichtiger ist: Wo bleibt Ihr eigener Anspruch für eine auf die Industrie bezogene und verknüpfte technologieorientierte Forschungs- und Beratungspolitik für diese spezielle Region Bremerhaven? Wo sind die Ansätze oder die Anschubfinanzierungen für die Gründung von Forschungs- oder für Transferzentren mit dem absoluten Schwerpunkt für ein maritimes Umweltschutz- oder für ein Abfallvermeidungs- oder Recycling-Programm?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Firmen, die hier eine wissenschaftliche Beratung benötigen und entsprechende Ausgabenfelder dafür, gibt es meines Erachtens in Bremerhaven zuhauf. Sie müssen nur endlich einmal die vorhandenen Fördergelder in ein Programm „Umwelt und Arbeit“ integrieren, und die Umwelt muß erst einmal an die erste Stelle gestellt werden und nicht umgekehrt.

Ein sinnvoller integrativer Ansatz von Wirtschaftsstruktur und von Forschungstechnologie und

(A) von Umweltpolitik findet nicht nur in Bremerhaven, sondern auch in Bremen nicht statt. Bremen und Bremerhaven sind als Hafenstädte Standort zum Beispiel für eine Anzahl von Werftindustrien. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die energiefressenden und umweltverschmutzenden Antriebssysteme, die die Werften für die Schiffe produzieren. Ich erinnere ebenfalls an die Tausenden von Tonnen höchst giftiger Farben- und Schlackeabfälle, die pro Jahr beim Bau der Schiffe entstehen. Ich erinnere an die austerbenden Fischbestände in der Nordsee und an die Vernichtung der Meere als Lebensraum für diese Region.

Meine Damen und Herren, hier gibt es völlig neue Aufgabenfelder, die durch ihre Synergieeffekte auch außerhalb des Schiffbaues für genügend Arbeitsplätze in dieser Region sorgen werden, und daß für diesen regionalen Bereich wissenschaftliche Kapazitäten, Forschung und Entwicklung und vor allem auch die Beratung fehlen, wird durch das gerade vorgelegte Gutachten des Bremer Instituts für Seeverkehrswirtschaft ISL noch einmal erneut reklamiert.

(B) Zweiter Punkt: Bremen ist Deutschlands Hauptzentrum für die Rüstungsproduktion. Zirka 35 Prozent aller Aufträge der Hauptindustrien Bremens, des Schiffbaues und der Elektronikenergie, kommen allein aus diesem Bereich. Eine Konversion, ich glaube, das ist allgemeiner Konsens, tut allgemein not, aber von einer Förderung sogenannter produktiver Investitionen oder von einer Förderung von Beratungs- und Dienstleistungsangeboten, von Studien, von Marktanalysen ist in diesem Programm für diesen Bereich nichts zu sehen.

Bremen ist, um ein drittes Beispiel zu nennen, als Hafen und Bremerhaven als ein großer Fischereistandort zugleich Standort für eine Reihe von Industrien, die Naturprodukte verarbeiten. Beim Fisch liegt das auf der Hand, aber ansonsten ist Bremen Standort für die Verarbeitung von Holz, Baumwolle, Textilien, Kaffee, Bier und Kakao, und gleichzeitig produzieren diese Firmen aber auch zum Teil sehr schadstoffintensiv und sehr abfallintensiv. Das heißt, in diesen Industrien liegt ein großes ökologisches Potential für eine Umstellung auf naturverträgliche, abfallvermeidende Produktion, die gleichzeitig auch dem gewandelten Bewußtsein und dem Verbraucherverhalten der Konsumenten entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch einen solchen Anstoß für eine ökologische Perspektive findet man in den Programmen zur Veränderung unserer Wirtschaftsstrukturen und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen nicht.

Vielleicht noch ein Beispiel zum Schluß aus dem Verkehrsbereich, zu Modellprojekten zur Reduzierung von Verkehr! Die Schlüssellösung für eine Verkehrswende liegt in der Etablierung eines neuen Verkehrsdienstleistungssystems. Vielleicht in Kombination mit den öffentlichen Verkehrsgesellschaften

(C) und der Privatindustrie schaffen neue Beförderungsdienstleistungen Rahmenbedingungen zur Etablierung einer neuen Verkehrsindustrie, die durch neue Angebote in Richtung zum Beispiel öffentlicher Individualverkehr, Punkt-zu-Punkt-Verkehr im bisherigen Angebot neue Lücken entdeckt und damit auch völlig neue Märkte für Bremen erschließen kann. Die Reduzierung der Nutzung von Ein-Mann- und Ein-Frau-Fahrzeugen zugunsten von Fahrgemeinschaften sowie die intensive Nutzung von Informationstechniken als Infrastruktur für ein Angebot und eine Nachfrage an Verkehrsleistungen kann ein zukünftiger Markt für Verkehrsleistungen in Bremen sein.

Die Kompetenz für neue logistische Lösungen liegt in zahlreichen Bremer Rüstungsbetrieben bereits bereit. Es käme darauf an, nun auf Landesebene gemeinsam mit den Trägern des ÖPNV, mit der logistischen Industrie, sage ich einmal, und der Wissenschaft zunächst eine Kommission und dann eine Transferstelle zu bilden, die Modellversuche betreibt und sich langfristig in diesem Bereich engagiert.

Insgesamt gesagt werden Ziel 2 und Renaval dem selbstgesetzten Anspruch, nämlich die Ökologie als strukturbestimmendes Merkmal in den Vordergrund zu setzen, nicht gerecht. Wie ein Fremdkörper steht der Bereich der Verbesserung der Umwelt in dem breitgefächerten Programm. Die Aufstockung, Herr Senator, von der Sie eben sprachen, des Umweltfonds um neun Millionen DM ist allenfalls ein Klacks gemessen an dem, wieviel in Bremen zur Umweltzerstörung ausgegeben wird,

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) zumal man aus den Wirtschaftsförderungsausschüssen sehr wohl auch zu berichten weiß, daß gerade dieses Programm V zur Förderung von angewandter Umwelttechnik nicht nur dem Umweltschutz, sondern eher als Rücklage für jene Art von Projekten dient, die sonst nur schwer zu finanzieren sind.

Ob letztlich mit der Gründung einer Sondermüllberatungsgesellschaft und der Planung von Sondermüllbeseitigungen der Einstieg in eine abfallreduzierende Produktion und damit in eine neue regionale Wirtschaftsstruktur gelingt, steht ebenfalls unter einem Vorbehalt,

(Unruhe bei der SPD)

ja, aber unter einem Vorbehalt, nämlich unter dem Vorbehalt, daß die öffentliche Hand auch wirklich nach Vermeidungskriterien subventioniert.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN): Ich komme sofort zum Ende! Nach Vermeidungskriterien subventioniert und unter dem Vorbehalt, daß trotz der Einbe-

- (A) ziehung von Sondermüllbehandlung und Transporten in diese Gesellschaft auch der Vermeidungswille weiterhin überwiegt, und unter dem Vorbehalt, daß den Sondermüllproduzenten nach einer Produktionsumstellungsfrist auch wirklich der gesetzliche Exodus und nicht nur das Entsorgungschaos droht! Wir haben, sage ich einmal, an der notwendigen Einsicht und an der Durchsetzungskraft des Senats erhebliche Zweifel, die erforderlich sind, um eine Umstellung in dieser Art zu erfordern.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Wir haben zwar keine Redezeit vereinbart, aber die Geschäftsordnung gilt.

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN): Ich komme damit zum Schluß und melde mich vielleicht dann zum zweiten Mal. — Danke!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Aber die Punkte ohne Debatte machen wir noch, Herr Präsident!)

Ja, machen wir noch! Bitte, Herr Dr. Schrörs!

- (B) Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat bittet die Bürgerschaft, das operationelle Programm für die Ziel-2-Förderung und das Programm Renaval für die Städte Bremen und Bremerhaven zur Kenntnis zu nehmen.

(Abg. **Klein** [CDU]: Das tun wir hiermit!)

Richtig, das tun wir hiermit! Wir sollen somit zwei Programme zur Kenntnis nehmen, die es eigentlich aufgrund der Reden und der Äußerungen des Wirtschaftssenators in der Öffentlichkeit nicht zu geben brauchte.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen nun zu Beginn einige Zitate des Wirtschaftssenators verlesen. Ich beginne im Jahr 1987, damals erklärte der Wirtschaftssenator in einer Rede vor dem Aktienforum in Bremen: „Die bisherigen wirtschaftspolitischen Erfolge einer neuen ökonomischen Politik, für die in der vergangenen Legislaturperiode der Grundstein gelegt wurde, ermutigen uns, den eingeschlagenen Kurs mit allem Nachdruck und mit aller Konsequenz weiter fortzusetzen.“ Meine Damen und Herren von der SPD, noch nicht klatschen, einen Moment eben! „Bremen ist dabei, sein Gesicht zu verändern.“ So, Herr Dittbrenner, jetzt können Sie klatschen, das war das Zitat!

(Beifall bei der SPD)

Nächstes Zitat, aber klatschen Sie nicht zu früh! (C)

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Was ist dagegen zu sagen? — Abg. **Meyer** [SPD]: Er macht es ja gut, nicht?)

„Die wirtschaftspolitische Talfahrt Bremens sei unter seinem Vorgänger beendet worden“, schätzt 1987 der Wirtschaftssenator Uwe Beckmeyer ein. Und das dritte Zitat:

(Abg. Frau **Wischer** [SPD]: Jetzt kommt es!)

„Mit der neuen Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Kurs, Rede vor der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven: Die vom Senat 1988 eingeleitete neue Wirtschaftspolitik für Bremen und Bremerhaven hat in unserem Bundesland positive Spuren hinterlassen.“

(Beifall bei der SPD)

Klatschen Sie nicht zu oft, das Zitat ist noch nicht zu Ende! „Ohne Zweifel ist die Trendwende von jedem erkennbar.“

(Beifall bei der SPD)

An dieses Klatschen, Herr Dittbrenner, werde ich Sie gleich in meinem Beitrag erinnern, warten Sie ab!

(D) „Obgleich die Arbeitsmarktsituation nach wie vor unbefriedigend ist, haben sich die ökonomischen Kennziffern deutlich verbessert. Der bis zu Beginn der achtziger Jahre fortschreitende Abkopplungsprozeß vom übrigen Bundesgebiet konnte zum Stillstand gebracht werden.“ Immer noch Zitat! „Die ermutigenden Resultate der Arbeit der letzten Jahre haben alle Beteiligten davon überzeugt, daß wir im Lande Bremen auf dem richtigen Weg sind, ihn aber noch lange nicht zu Ende gegangen sind.“

(Beifall bei der SPD)

Diese konsequente Fortführung einer erfolgreichen regionalen und sozialverträglichen Wirtschaftsstrukturpolitik steht unter der Maxime: offene Zukunftsstrategie statt Mängelverwaltung.“

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Wer war das?)

Das war alles der Wirtschaftssenator Beckmeyer!

(Beifall bei der SPD — Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Das war ja schon einmal sauber! Sie könnten ja schon bald hier sitzen, Herr Kollege!)

So, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zur tatsächlichen Lage und damit zur Ausgangslage dieser beiden Programme! Die Arbeitsmarktsituation in den Städten Bremen und Bremerhaven ist be-

(A) reits seit einigen Jahren extrem angespannt. Die schwerwiegenden Arbeitsplatzverluste im industriellen Bereich sowie äußerst begrenzte Kompensationsmöglichkeiten durch andere Wachstumsindustrien beziehungsweise Dienstleistungssektoren schlugen sich direkt auf den regionalen Arbeitsmarkt nieder. In den ersten elf Monaten des Jahres 1989 lag die Arbeitslosenquote in der Stadt Bremen um fast 80 Prozent über dem entsprechenden Bundeswert, in Bremerhaven sogar knapp 110 Prozent. Gemessen an den EG-Stichprobenwerten überstieg die Arbeitslosigkeit in der Stadt Bremen den Durchschnitt aller zwölf Mitgliedsstaaten 1988 um 15 Prozent. Der Abstand der Bremerhavener Arbeitslosenquote zum EG-Durchschnitt lag bei etwa 25 Prozent.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie an das Zitat erinnern: „Die vom Senat“ — und jetzt wiederhole ich immer wieder dieses Zitat! — „eingeleitete neue Wirtschaftspolitik für Bremen und Bremerhaven hat in unserem Bundesland positive Spuren hinterlassen.“

(Beifall bei der SPD)

Die Spuren habe ich Ihnen gerade vorgelesen! Allein im Zeitraum 1980 bis 1988 reduzierte sich die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten in Bremen um fast sechs Prozent, in Bremerhaven um sieben Prozent. Bundesweit konnte das Arbeitsplatzangebot gleichzeitig um 1,5 Prozent erhöht werden. Die sektorspezifische Betrachtung zeigt, daß die Abkopplung der Beschäftigungsentwicklung in den bremischen Städten vom übrigen Bundesgebiet durch ungünstigere Tendenzen in allen Wirtschaftszweigen verursacht wurde.

(B) Meine Damen und Herren, Wirtschaftsminister Beckmeyer erklärt öffentlich: „haben sich die ökonomischen Kennziffern deutlich verbessert“.

(Abg. Frau Wischer [SPD]: Wo ist der Widerspruch?)

Da sehe ich schon einen Widerspruch, liebe Frau Wischer!

(Abg. Frau Wischer [SPD]: Erklären Sie es doch einmal!)

Der industrielle Bereich ist geprägt durch eine starke Kumulation struktureller Probleme, insgesamt fiel der Beschäftigungsabbau des produzierenden Gewerbes demzufolge, in Bremen minus 11,8 Prozent und Bremerhaven minus 17 Prozent, seit Beginn der achtziger Jahre wesentlich deutlicher aus als im übrigen Bundesgebiet. Sie ahnen, was jetzt kommt, das Beckmeyer-Zitat: „Die vom Senat eingeleitete neue Wirtschaftspolitik hat in unserem Bundesland positive Spuren hinterlassen.“

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau Wischer [SPD]: Ja, ist doch wahr!)

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, der tertiäre Sektor konnte die industriellen Arbeitsplatzverluste in Bremen und Bremerhaven nicht ausgleichen. Während bundesweit die Arbeitsplatzzahl des Dienstleistungsgewerbes im Zeitraum 1980 bis 1988 um über zehn Prozent ausgebaut werden konnte, fielen die Wachstumsraten dieses Sektors in Bremerhaven marginal plus 1,5 Prozent und in der Stadt Bremen sogar rückläufig minus 1,7 Prozent aus.

(Abg. Welke [FDP]: Das ist die Trendwende!)

Meine Damen und Herren von der SPD, das ist die Trendwende, so ist es!

Ein nicht unwesentlicher Faktor für die regionalen Beschäftigungsprobleme im Lande Bremen ist die Betriebsgrößenstruktur, die durch eine starke Dominanz von Großunternehmen gekennzeichnet ist. Der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe fällt in Bremen und Bremerhaven erheblich geringer aus als im Bundesdurchschnitt. Beckmeyer-Zitat: „Obgleich die Arbeitsmarktsituation nach wie vor unbefriedigend ist, haben sich die ökonomischen Kennziffern deutlich verbessert.“

(Abg. Frau Wischer [SPD]: Wo ist der Widerspruch?)

(D) Der Strukturwandel in den bremischen Städten ist nicht nur tiefgreifend, sondern er vollzieht sich zudem auch vor dem Hintergrund weiterer relativ ungünstiger Rahmenbedingungen. Die massiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme in Bremen haben zwangsläufig unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit beider Städte.

Die Wirtschaftskraft ist in Relation zu vergleichbaren Großstädten bereits unterdurchschnittlich und weist längerfristig eine nachhaltige Entwicklungsschwäche auf. Bei den öffentlichen Finanzen führte die Abkopplung des regionalen Arbeitsmarktes und des Wirtschaftswachstums zu einer Scherenbewegung. Während die Einnahmen wegen des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und der anhaltenden Bevölkerungsverluste tendenziell absanken, stiegen die Soziallasten aufgrund der überdurchschnittlichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit enorm an. Zitat: „Die vom Senat eingeleitete neue Wirtschaftspolitik für Bremen und Bremerhaven hat in unserem Bundesland positive Spuren hinterlassen.“

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Dr. Schrörs (CDU): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Schmurr!

(A) Abg. **Schmurr** (SPD): Da ich hier stand, konnte ich leider nicht mitklatschen. Herr Dr. Schrörs, ist Ihnen folgendes Zitat aus dem „Weser-Kurier“ von heute bekannt? Unter der Überschrift „Bremen liegt vor Frankfurt“ heißt es im „Weser-Kurier“: „Unter den bundesdeutschen Großstädten mit über 500 000 Einwohnern zählt Bremen aus Unternehmersicht zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten und rangiert vor Metropolen wie Frankfurt oder Stuttgart.“

(Beifall bei der SPD)

Wie bewerten Sie das?

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Verehrter Herr Schmurr, wollen Sie einen Satz noch mindestens weiterlesen, der nächste Satz heißt nämlich: „In der Gesamtabrechnung liegt die Hansestadt allerdings nur auf dem 42. Platz von fünfzig.“

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Herr Schmurr, entschuldigen Sie, ich möchte meinen Beitrag fortführen!

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Ich empfehle Ihnen, den Artikel ganz zu lesen!)

Sie sehen, daß ich ihn schon gelesen habe, Herr Schmurr!

(B) (Zurufe von der CDU — Glocke)

**Präsident Dr. Klink**: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden festgestellt haben, daß ein großer Teil meines Beitrages aus Zitaten bestand. Meine Damen und Herren von der SPD, das, was ich Ihnen eben hier vorgelesen habe, wird Ihnen irgendwie bekannt vorgekommen sein. Das sollte es eigentlich auch, denn es ist das, was in dem Programm, welches als Mitteilung des Senats vorliegt, auf den Seiten fünf und sechs der Programmkurzfassung steht.

Meine Damen und Herren von der SPD und vor allen Dingen Herr Beckmeyer, ich kann doch nicht in der Öffentlichkeit sowohl damals als auch noch heute erklären, wie toll denn die wirtschaftlichen Kennzahlen in Bremen sind, wenn ich gleichzeitig das Gegenteil in ein Programm hineinschreibe!

(Zuruf von Senator **Beckmeyer**)

Sehr geehrter Herr Beckmeyer, die WAP-Debatte wollen wir jetzt nicht wiederholen. Ich muß Ihnen jetzt sicher nicht erneut wieder die Zahlen nennen, die deutlich machen, daß die Abkopplung Bremens vom Bundesdurchschnitt weitergeht und nicht etwa — wie Sie behaupten — aufgehört hat. Aber wissen Sie, eines kann nicht sein: Ich kann nicht hingehen und kann in Brüssel und in Bonn so tun, als ob es mir

ganz schlecht geht, und wenn ich dann in Bremen auftrete und vor der Handelskammer oder vor anderen Institutionen rede oder eine Pressekonferenz durchführe, erkläre ich, wie gut es Bremen geht!

Wissen Sie, das geht nicht, entweder — oder! Also, wenn Sie erklären, daß es hier in Bremen schwierig ist,

(Senator **Beckmeyer**: Sie taugen nicht zum Wirtschaftspolitiker! — Beifall bei der SPD)

dann, Herr Beckmeyer, müssen Sie auch mit einer Zunge reden und müssen nicht so tun, als ob hier alles in Ordnung wäre, und an anderer Stelle erklären, wie schlecht es ist. Sie selbst weisen doch in Ihrem Programm auf die Abkopplung hin und sagen, so sieht es in Bremen aus.

Also, entweder — oder! Entweder ist es so, wie Sie es in das Programm hineingeschrieben haben, oder es ist nicht so. Wenn es nicht so ist, dann brauchen Sie allerdings die entsprechenden Förderungen nicht, wenn es jedoch so ist, benötigen Sie sie dringend. Inhaltlich nehmen wir die Programme heute zur Kenntnis. Über Teilbereiche werden wir noch diskutieren und unser Votum abgeben. Die beiden Programme, die heute vorliegen, stimmen mit unserer Zielrichtung überein. Das ist ähnlich wie beim WAP. Die Einzelentscheidungen werden wir dann vornehmen, wenn die entsprechenden Programmpunkte uns vorgelegt werden.

Ich schließe meinen Beitrag in der Hoffnung, Herr Senator Beckmeyer, daß in Zukunft Ihre Ankündigungen und Ihre Sprüche in der Öffentlichkeit ein wenig mehr Bezug haben zu dem, was Sie außerhalb Bremens vorlegen, und daß Ihre Ausführungen übereinstimmend sind und nicht, daß sie einmal himmelhoch jauchzend und einmal zu Tode betrübt sind.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink**: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

Abg. **Ziegler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir auch nicht immer einer Meinung mit der CDU sind,

(Abg. **Klein** [CDU]: Aber? Springen Sie doch ab und zu auf das Trittbrett!)

aber im Fall dieser Mitteilung gibt es natürlich doch ganz wesentliche Übereinstimmungen. Die beiden Wirtschaftsförderungsprogramme, die uns heute als Mitteilung des Senats vorliegen, fordern natürlich, wie bei meinen beiden Vorrednern erkennbar war, eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Debatte heraus, wenn ich auch, Herr Schramm, nun nicht so eine Tour d'horizon machen möchte und mich damit nun doch ganz erheblich vom Programm entferne. Herr Senator Beckmeyer hat mir im Zwischenruf ge-

(C)

(D)

(A) sagt, man bräuchte bei Ihnen eigentlich nur die Überschrift auszuwechseln, aber der Beitrag könne immer der gleiche bleiben.

Um diese Fördermittel zu bekommen, bedarf es einer ausführlichen Begründung, warum diese Mittel eigentlich eingeworben werden sollen, und eben diese Begründung, meine Damen und Herren, ist ein Armutszeugnis für das Land Bremen. Herr Senator Beckmeyer, dies nur zu bezeichnen mit einem lachenden und weinenden Auge, ist mir etwas zu dünn.

Meine Damen und Herren, in allen Wirtschaftsindikatoren schneidet Bremen schlechter ab als der Bund. Ich möchte nicht alles wiederholen, was mein Vorredner Wolfgang Schrörs eben hier schon ausgeführt hat, aber in einigen Punkten kann ich mich doch unterscheiden. Auf die Arbeitslosenquote ist hingewiesen. Wenn man sich das auf der Zunge zergehen läßt, daß die bremische Arbeitslosenquote zwischen 15 Prozent in Bremen und 25 Prozent in Bremerhaven über dem EG-Durchschnitt liegt und in der EG natürlich auch Problemregionen wie Sardinien, Sizilien, Portugal und Spanien in die Berechnung eingehen, dann ist das Ergebnis noch schlimmer. Noch schlimmer wird es, wenn man versucht, die Prozente hinzuzurechnen, die durch die ABM-Entlastung kommen. Das sind nämlich für Bremen noch einmal rund 8,5 Prozent. Das heißt, wir kommen zusammen auf einen Problemprozentsatz von rund 20 Prozent, und jeder fünfte Erwerbstätige in Bremen ist nicht in einem vernünftigen oder in einem geregelten Arbeitsverhältnis.

(B)

Das ist in den vergangenen Jahren wiederholt, auch heute im Programm nachzulesen, begründet worden im wesentlichen durch die Schiffsbaukrise, durch den Arbeitsplatzverlust, beginnend mit dem Jahre 1976 bis heute, von rund 14 000 Arbeitsplätzen, aber, und das ist auch herauszulesen aus dem Programm, dieser Arbeitsplatzverlust ist im ganz wesentlichen Maße kompensiert worden durch den Ausbau der Fahrzeugindustrie im Lande Bremen und der Luft- und der Raumfahrttechnik. Nur, ich weiß nicht, wie das weitergehen soll, wenn man sich SPD-Grundsatzprogramme durchliest und Äußerungen von Orts- und Kreisverbänden hört, ob das in Zukunft auch noch die geeignete Kompensationsmöglichkeit sein wird und ob sich die Unternehmen dieser Branchen hier in Bremen auch in Zukunft wohl fühlen werden.

(Beifall bei der FDP)

Die Rückgänge in den anderen Industriebereichen durch eine Konversion in Dienstleistungsbereiche ist augenscheinlich nicht gelungen.

Auch Bremens Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten 18 Jahren um 30 Prozent gestiegen, aber das des Bundes um zirka 50 Prozent. Die Wachstumsrate Bremens liegt 43 Prozent unter dem Bundesschnitt, von Zinslastquoten und Investitionsquoten gar nicht zu reden.

Herr Senator Beckmeyer, Sie haben natürlich recht, daß Arbeitsplätze geschaffen worden sind in Bremen, auch im Lande Bremen, aber das reicht eben nicht aus. Ein maßgeblicher Vertreter Ihres Hauses, Herr Senator Beckmeyer, hat zu mir gesagt, das sei natürlich auch ein Akquisitionspapier. Sie müßten sich so darstellen, weil es Ihnen sonst nicht gelingen werde, diese Mittel einzuwerben. Nur, meine Damen und Herren, eine Arbeitslosenquote von 11,5 Prozent bleibt 11,5 Prozent, ob ich sie nun positiv oder negativ darstellen will.

(C)

Wenn Sie heute im „Handelsblatt“ lesen, daß auch das Saarland zu den Schlußlichtern der Bundesentwicklung gehört, kann ich nur sagen, der Wähler möge uns davor schützen, daß Herr Lafontaine mit seinem Kabinett Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bund machen will, wenn das noch nicht einmal in Bremen und im Saarland gelingt!

Herr Senator, auch ein Verweis auf die Vergangenheit wird von Monat zu Monat schwerer, denn diese Legislaturperiode ist zu dreiviertel abgelaufen. Noch gestern konnten wir im „Weser-Kurier“ als Beispiel lesen, wie schlecht es nach wie vor in Bremen funktioniert, daß im Einzelhandel zwar auch Wachstumsraten zu verzeichnen sind, aber auch diese Wachstumsraten im Einzelhandel ganz erheblich unter denen des Bundesgebietes liegen. Das Bundesgebiet ist im Einzelhandelsumsatz gestiegen, preisbereinigt, um 10,8 Prozent, in Bremen haben wir ganze 4,8 Prozent geschafft. An dem Beispiel Einzelhandel, meine Damen und Herren, wird auch deutlich, daß wir hier Wirtschaft nicht isoliert betrachten können, sondern ganz wesentliche Einflüsse der Verkehrspolitik, Baupolitik und Arbeitsmarktpolitik haben.

(D)

Was sind nun die Ziele der bremischen Wirtschaftspolitik, die Sie hier im Programm formuliert haben und auch erreichen wollen? Sie sind im wesentlichen, einen zukunftsorientierten Industriekern zu schaffen, die oberzentralen Funktionen zu stärken und auch eine Hinwendung zum tertiären Sektor zu bekommen, Stichwort Tourismus. Hier finden Sie unsere volle Unterstützung, denn das ist deckungsgleich mit den WAP-Zielen. Ob allerdings wirklich 6700 Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden können, wie im Programm steht, möchte ich zwar nicht generell in Abrede stellen, ich warne aber davor, solche Arbeitsplatzzahlen für bare Münze zu nehmen.

Doch, meine Damen und Herren, diese Programme bleiben Makulatur und verpuffen, wenn wir weiter diese chaotische Verkehrspolitik haben, denn auf Seite 25 des Programms ist nachzulesen, ich darf zitieren: „Zur Verkehrs- und Städtebaupolitik. Ohne effiziente Verkehrssysteme und überregionale Verkehrsanbindung sowie attraktiven Städtebau müßten viele Teilprogramme der Wirtschaftsförderung in Bremen und Bremerhaven ohne infrastrukturelle Basis bleiben.“ Dem stimme ich voll und ganz zu. Nur, die Situation in Bremen sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

(A) Das gilt ebenso für die Baupolitik, für die Stadtentwicklungspolitik und für die Struktur des bremischen Arbeitsmarktes. Wir haben inzwischen über 4000 offene Stellen und wie in anderen Teilen des Bundesgebietes einen eklatanten Facharbeitermangel. Ich fordere Herrn Bürgermeister Wedemeier an dieser Stelle auf — er ist nicht anwesend, aber vielleicht liest er irgendwann das Protokoll —, endlich Prioritäten zu setzen und der Wirtschaftspolitik den Stellenwert innerhalb seiner Senatspolitik zu geben, den sie verdient!

Meine Damen und Herren, die Programme werden in Zukunft für Bremen nicht mehr werden, sie werden eher weniger werden. Die Wirtschaft muß funktionieren, wir müssen eigene Steuereinkünfte haben, um Kindergärten und ÖPNV-Programme bezahlen zu können. Wir sind, meine Damen und Herren, in der Verantwortung gegenüber unseren Bürgern, nur das ausgeben zu können, was wir auch einnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dittbrenner, es ist schade, daß mir das mein Kollege vorweggenommen hat als Antwort auf die Zwischenfrage von Herrn Schmurr, zu dieser Umfrage im „Weser-Kurier“ von heute, Bremen läge vor Frankfurt. Ich bin selbst Teilnehmer dieser Umfrage. Ich behaupte, unabhängig davon, daß der Platz 42 von 50 nun nicht gerade ein Werbeargument für Bremen darstellt, daß auch diese Umfragen eine Akquisitionsfunktion haben, denn wenn man als Bremer Unternehmer gefragt wird, wie beurteile ich die Situation Bremens, zumindest habe ich mich so verhalten, dann überlege ich sehr wohl, ob ich Bremen in schwarzen oder rosigen Zahlen schildere. Diese Umfragen, meine Damen und Herren, stehen in der „Wirtschaftswoche“ und werden von vielen Entscheidungsträgern gelesen, und welchen Einfluß das Image hat für wirtschaftspolitische Entscheidungen, Ansiedlungsentscheidungen, das, glaube ich, ist inzwischen auch Ihnen klar. Von daher würde ich das Ergebnis dieser Umfrage nicht überbewerten wollen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Welche konkreten Maßnahmen werden nun mit diesem Programm verfolgt? Wir erkennen mit Freude, daß sich hier offensichtlich ein wirtschaftsliberaler Geist durchgesetzt hat, was nicht verwundert bei EG-Programmen, wenn ich an Giscard d'Estaing und Herrn Bangemann denke. Schwerpunkte sind: eine Verbesserung der Infrastruktur, ganz wichtig eine Aufbereitung von Gewerbeflächen, Dienstleistungssektor, Sie haben die einzelnen Kooperationszentralen, Möglichkeiten und so weiter angeführt. Ein Schwerpunkt ist Umwelt in dem Programm, und wir finden es gut, daß hier nicht mit der Gießkanne Gelder über Unternehmen verteilt werden, also die klassische direkte Unternehmenssubvention nicht stattfindet.

(C) Wichtig, besonders im Programm Renaval, ist für uns, daß da steht: „Keine Subvention in den Schiffbau fließt“, wie das in der Vergangenheit häufig der Fall war, wenn Subventionen nur Schiffe verbilligt haben, anstatt Strukturänderungen herbeizuführen. Wenn es um direkte Subvention geht, dann sind diese wenigstens wirklich gezielt an mittelständische Unternehmen bis zu einer Größenklasse von 38 Millionen Ecu Umsatz, das entspricht rund 80 Millionen DM.

Letzter Punkt: Für uns ist auch wichtig, daß diese EG-Programme nicht nur einer Bremer Kontrolle zu unterliegen scheinen, sondern auch einer EG-Kontrolle, das heißt, daß hier die Verwendung kontrolliert wird und mit diesem Geld, ich sage das frei, nicht herumgeastet werden kann. Wir nehmen diese Vorlage, Herr Senator, zustimmend zur Kenntnis. Wir werden Gelegenheit haben, und die ersten Vorlagen sind ja auch schon in den Wirtschaftsförderungsausschüssen aufgetaucht, zu einzelnen Vorlagen selbstverständlich Stellung zu nehmen. Dies fällt uns nicht leicht, weil wir damit zugeben, daß wir nach wie vor zu den Armenhäusern dieser Nation gehören.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lojewski.

(D) Abg. **Lojewski** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wirtschaftspolitische Debatten in letzter Zeit folgen seitens der Opposition immer der gleichen Logik: Man entfernt sich von der Wirklichkeit, setzt sich nur rudimentär mit dem auseinander, was in Bremen tatsächlich passiert, schafft einen Popanz und haut dann relativ ungeschickt auf diesen Popanz ein. Das ist zu wenig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD — Abg. J ä g e r [FDP]:  
Aber, Herr Lojewski, dieser Ballon ist auch  
zuwenig, finden Sie nicht?)

Das ist zuwenig, meine Damen und Herren. Herr Jäger, nun regen Sie sich einmal ab! Ich finde, er war betroffen, offensichtlich lag ich da richtig!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Hä, hä, hä! — Heiterkeit bei der SPD)

Das war nun wirklich — —. Also, ich glaube, das war flachste, was die Opposition heute geboten hat! Mann, Mann, Mann!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben niemals bestritten, daß wir uns in einer Krisenregion befinden. Wir haben aber dargestellt und können dies beweisen, und auch im Renaval-Programm ist dies noch einmal dargestellt, daß natürlich allgemein konjunkturelle Aufwärtsbewegungen uns aus dieser Krise

(A) entfernt haben, aber darüber hinaus unsere Wirtschaftsstrukturpolitik, die einmalig in der Bundesrepublik ist, das können Sie nicht bestreiten. Schauen Sie einmal irgendwo in ein Bundesland, ob es solch eine integrierte Wirtschaftsstrukturpolitik gibt! Es gibt es nicht!

(Beifall bei der SPD — Zuruf der Abg. Frau Striezel [CDU])

Sie können dies nicht belegen, daß es ein solches Programm gibt.

Diese Wirtschaftsstrukturpolitik hat dazu geführt, daß es eine positive Entwicklung im Bruttoinlandsprodukt und bei den Arbeitsplätzen gibt. Sie sehen exakt die Krise in ihren Auswirkungen, und Sie sehen, meine Damen und Herren, wie wir diese Krise langsam in den Griff bekommen und wie wir erneut ankoppeln an den Bundestrend. Wir haben diesen noch nicht erreicht, wir haben dies immer wieder gesagt, es sind weitere Anstrengungen erforderlich! Eigene Anstrengungen, meine Damen und Herren, aber auch Anstrengungen über die Finanzierung durch Drittmittel! Ein Punkt unseres Bemühens, strukturpolitische Anstrengungen zu vollziehen, ist die Vorlage der Programme Renaval und Ziel 2 als vorbildliche Programme, von der EG auch als vorbildlich angesehene Programme in diesem Bereich.

(B) Herr Ziegler, Sie haben abgestellt auf die Werften und auf die Arbeitsplatzverluste dort. Wie hätte die Krise denn ausgesehen bei den Werften, wenn wir eine lediglich liberale Wirtschaftspolitik hier vollzogen hätten? Wir hätten sehr viel mehr Arbeitslose gehabt! Wir hätten eine viel tiefere Werftenkrise gehabt als die, die wir jetzt zu verzeichnen haben. Sie wissen doch sehr wohl, daß wirtschaftsstrukturpolitische Gegebenheiten nicht allein, jedenfalls nicht in der Marktwirtschaft allein, von politischen Handlungsmöglichkeiten abhängig sind, sondern daß es da auch die Unternehmenseite gibt, und wer hat uns denn während der Werftenkrise im Stich gelassen? Das waren die Unternehmer, die nicht bereit waren, Diversifikation rechtzeitig in Angriff zu nehmen!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dort gegengesteuert und unter erschwerten Bedingungen versucht, diese Krise aufzufangen, und darüber sind wir stolz, insbesondere weil wir eine Vielzahl von Arbeitsplätzen jedenfalls mittelfristig gerettet haben. Das sehen Sie doch auch so, deswegen haben wir uns doch gemeinsam, auch in diesem Hause, die Parlamentarier aus dieser Region, eingesetzt für die Verlängerung der Werftenhilfe und uns durchgesetzt. Gegen den Wirtschaftsminister auf Bundesebene und andere haben wir über den Haushaltsausschuß des Bundestages erreicht, daß, so war heute der Zeitung zu entnehmen, die Werftenhilfe erneut bewilligt ist mit 450 Millionen DM und 9,5 Prozent.

(Beifall bei der SPD)

(C) Das waren unsere Kollegen auf Bundesebene, wir selbst waren dies, von der SPD, von der FDP und von der CDU, meine Damen und Herren, wahrscheinlich von den GRÜNEN auch.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine Gemeinschaftsanstrengung, und Sie stellen sich hier hin und diskutieren jede Form von wirtschaftspolitischen Erfolgen in unserer Region zurück. Das isoliert Sie,

(Beifall bei der SPD)

das isoliert Sie völlig, auch von der Wirtschaft. Die Wirtschaft sieht das anders. Die Handelskammer, die Wirtschaftsverbände,

(Abg. Schreiber [SPD]: Alle!)

alle sehen den wirtschaftlichen Aufschwung in dieser Region. Nur die FDP und die CDU verträumen ihn. Ich hoffe, nur politisch, nicht privat.

(D) Meine Damen und Herren, noch einmal zu den Arbeitsplätzen! Ich will Ihnen ein weiteres Strukturmoment, welches wir nicht beeinflussen können, benennen. Sie haben nur von Werften gesprochen. Ich spreche einmal von der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Dort sind, das steht auch in dem Programm von 1980 bis 1988, 40 Prozent aller Arbeitsplätze abgebaut worden. Warum? Doch nicht, weil es in Bremen hier so schlecht war, sondern weil wir zum Beispiel die Konkurrenz der Berlin-Präferenz gehabt haben, weil es dort durch strukturpolitische Maßnahmen, die wir nicht beeinflussen konnten, eben zu besseren Kapitalverwertungsbedingungen gekommen ist.

Das nehme ich den Unternehmern nicht übel, daß sie da hingehen, aber was ist das für eine Strukturpolitik des Bundes? Dann vergleichen Sie diese einmal mit der Strukturpolitik, die wir hier betreiben und die hier mit unseren Mitteln Erfolge erzielt!

Prioritäten, Herr Ziegler, ich bitte Sie, Prioritäten! Wissen Sie denn, welche Beträge wir ausgeben und nicht nur nach dem Gießkannenprinzip, sondern geordnet nach Fonds, integrierten Konzepten, wieviel Beträge wir ausgeben in diesem Jahr oder im nächsten Jahr? Wir haben ja den Haushalt beraten für die Wirtschaftsstrukturpolitik, das sind 300 Millionen DM, und da sage ich einmal, das ist ein Schwerpunkt. Das ist ein absoluter Schwerpunkt unserer Politik.

Dieser Schwerpunkt steht natürlich unter der Prämisse, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, und das haben wir auch erreicht. Nichtsdestoweniger, der Abkopplungsprozeß ist nicht völlig aufgehoben, und deswegen muß man natürlich diese Strukturpolitik weiterführen, weiterentwickeln und nicht stehenbleiben in bloßem Herumkritteln dieser Konzepte.

(Beifall bei der SPD)

(A) Die EG sieht das sehr wohl. Die EG ist der Auffassung, daß Bremen mit seinen vielfältigen Förderkulis- sen, wir hatten ja auch vorher schon eine Vielzahl von EG-Programmen, sich eignet für ein umfangreiches Evaluierungsprogramm, das heißt, wir werden als eine Art Musterregion herausgegriffen,

(Zuruf von der CDU)

und die EG wird versuchen, hier ein Musterevaluierungsprogramm aufzulegen, um einzelne Synergieeffekte der Programmteile zu ermitteln, um die Wirksamkeit der Programmteile zu ermitteln. Dies ist seitens der EG eine Auszeichnung und zeigt, welche erfolgreiche Mechanismen der Wirtschaftspolitik wir hier entwickelt haben, meine Damen und Herren.

Herr Schramm,

(Abg. Schmurr [SPD]: Das lohnt sich nicht, Herr Lojewski!)

ich finde doch, man soll die Hoffnung nie aufgeben, Herr Schramm, Ihre Rede erinnert mich so an einen Vers aus einem bekannten deutschen Schauspiel: Ich bin der Geist, der stets verneint. Nur, etwas Mephistophelisches haben Sie nicht an sich. Ich kann Ihnen dringend empfehlen, nehmen Sie das Angebot von Herrn Fücks wahr, lassen Sie sich von Herrn Fücks ein Öko-Wap schreiben, damit wir endlich einmal über Perspektiven diskutieren und nicht darüber, wie furchtbar und wie schlimm alles in Bremen ist!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie verwickeln sich auch in Widersprüche. Sie wissen ja überhaupt nicht mehr, was Sie wollen. Sie fordern bei uns ein, flächensparendes Gewerbe anzusiedeln,

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Das ist ja gut!)

das fordern Sie ein, andererseits aber haben Sie etwas gegen unsere Dienstleistungsprogramme. Nun will ich nicht sagen, daß unsere Dienstleistungsprogramme in jeder Beziehung flächensparend sind, aber Dienstleistungen sind tendenziell immer flächensparend. Sie wissen nicht, was Sie wollen, Sie widersprechen sich selbst.

Gleiches gilt für folgendes: Sie fordern von uns ein, Brachen in Anspruch zu nehmen, Flächenrecycling. Wenn wir dann das Problem angehen und nicht warten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, bis wir vielleicht eine rechtliche Grundlage finden, um Mobil Oil oder irgend jemand anderes in Anspruch zu nehmen,

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Sondern jetzt handeln!)

sagen Sie, oh Gott, oh Gott, macht das bloß nicht, keine Mittel dafür, nein, nein, laßt uns lieber einmal warten und einmal schauen, ob wir etwas mit dem Verursacherprinzip machen können! (C)

(Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel [DIE GRÜNEN]: Das ist nicht wahr! Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

Wissen Sie, das klappt nicht. Ich habe sehr genau zugehört, was Herr Schramm gesagt hat. Herr Schramm, das klappt nicht, das wird nichts, das ist zu kurz gegriffen. Ich hoffe auf Herrn Fücks, damit wir uns einmal vorwärtsweisend über diese Themen unterhalten können.

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Hört, hört! Das ist ja sehr interessant jetzt! Ist er jetzt schon Wirtschaftssenator bei Ihnen?)

Sie verharren im bloßen Neinsagen und wissen selbst nicht, was Sie wollen.

(Abg. Klein [CDU]: Sie schaden Fücks!)

Ich glaube das nicht, daß ich ihm schade! Nein, ich habe nicht das Gefühl!

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Den können wir ja gegen Beckmeyer auswechseln langsam!)

(D)

Letzter Punkt meiner Rede: Wie soll es weitergehen?

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Fücks statt Beckmeyer!)

Sicherlich ist es richtig, daß wir uns zunehmend auf unsere eigene Wirtschaftskraft berufen müssen. Nichtsdestoweniger sehe ich auch über das Jahr 1991, in Klammern 1992, hinaus Möglichkeiten, insbesondere auch wegen des Evaluierungsprogramms, weiter Ziel-2-Förderung akquirieren zu können. Ich glaube, dies werden wir, selbst wenn Sie uns vorwerfen, daß wir dann so schwarz malten und das taktisch machten, weiter erfolgreich machen können.

Wir sind nach wie vor angewiesen auf diese Mittel, das sagen wir sehr deutlich, um die Strukturkrise endlich zu überwinden. Wir sind darüber hinaus angewiesen darauf, daß auch die GRW-Mittel weiter fließen. Vielleicht ist es möglich, ähnlich wie im Fall der Werftenhilfe, eine gemeinsame Aktion der Parlamentarier zu erreichen, damit die GRW-Mittel nach Bremen fließen und wir in die normale Gemeinschaftsaufgabe übernommen werden. Das sollten wir uns überlegen und erreichen wir vielleicht.

Ich halte es des weiteren, Herr Schramm, für wichtig, und da irren Sie, wenn Sie meinen, das könne man mit der bisherigen Förderkulisse, die der EG zur Verfügung steht, machen, ich halte es des weiteren

(A) für wichtig, daß wir die EG sensibilisieren für Probleme der Rüstungskonversion. Wenn es richtig ist, daß die Probleme in einer ähnlichen Form auf uns zukommen, wie es beim Schiffbau der Fall war, dann müßte es auch möglich sein, daß die EG ein ähnliches Programm auflegt, wie es im Falle von Renaval geschehen ist; also ein Programm auflegt, welches Konversionsbemühungen regionaler Art in gewissen Schwerpunktreionen unterstützt.

Ich sehe keine andere Möglichkeit, als auch in diesem Falle Bundes- und EG-Drittmittel zu akquirieren, wenn wir im Konversionsbereich eine aktive Rolle spielen wollen. Das muß ein Schwerpunkt unserer politischen Forderung in Richtung EG sein, ein solches neues Programm aufzulegen. — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lojewski, ich habe eben gesagt, ich wollte nicht noch einmal auf unsere Diskussion eingehen, die wir hier vor zwei oder drei Monaten zum WAP geführt haben, aber da Sie mich herausgefordert haben, muß ich nun doch noch ein paar Sätze zur wirtschaftlichen Situation Bremens sagen.

(B) Sie wollen den Bürgern in Bremen weismachen, daß die wirtschaftliche Situation in Bremen im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt besser geworden sei. Sie müssen nur Ihre eigenen Zahlen zur Hand nehmen und sie um das Jahr 1989 ergänzen, dann werden Sie feststellen, daß dies nicht stimmt.

Das reale Bruttoinlandsprodukt verzeichnete im Bundesgebiet einen mehr als anderthalbmal so hohen Zuwachs wie im Lande Bremen. Während von 1984 bis 1989 im Bundesgebiet ein Wirtschaftswachstum von 14 Prozent erfolgte, erreichte das Wirtschaftswachstum für den gleichen Zeitraum im Lande Bremen nur einen von 8,4.

Das Steueraufkommen verzeichnete im Bundesgebiet einen annähernd anderthalbmal so hohen Zuwachs wie im Lande Bremen. Während sich von 1984 bis 1989 beim Steueraufkommen im Bundesgebiet ein Zuwachs von 29,1 Prozent einstellte, liegt dieser Zuwachs für den gleichen Zeitraum im Lande Bremen nur bei 20 Prozent.

Während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Lande Bremen nur leicht zunahm, ist im Bundesgebiet ein anhaltender Trend zu mehr Beschäftigung festzustellen. Seit 1983 wurden im Bundesgebiet 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte geschaffen. 2,6 Prozent mehr solcher Beschäftigungsverhältnisse im Lande Bremen steht im Bundesgebiet ein Zuwachs von 5,9 Prozent gegenüber.

Betrug bei den Arbeitslosenquoten der Abstand Bremens vom Bundesgebiet 1984 51,6 Prozent, stieg

(C) der Abstand bis 1989 im Jahresdurchschnitt auf 84,8 Prozent. Ende Dezember 1989 lag der Abstand erstmals bei 100 Prozent.

Herr Lojewski, ein weiterer Punkt! Warum, Herr Lojewski, bekommt Bremen denn Geld aus Brüssel? Warum denn? Sie haben eben in Ihrem Beitrag so getan, als ob es eine Auszeichnung wäre. Sie haben Bremen als Modell dargestellt

(Abg. **Klein** [CDU]: Armenhaus!)

und daß es ausgesucht worden wäre, um eine besondere Konzeption zu erproben. Wissen Sie, es ist doch keine Auszeichnung, daß Bremen Geld aus Brüssel erhält. Ich wäre froh, wenn Bremen dieses Geld nicht benötigen würde. Aber wenn Sie so wie bisher weitermachen, dann wird Bremen das Geld ewig benötigen. Da Bremen dieses Geld jedoch nicht ewig bekommen wird, weiß ich nicht, wie Sie die Zukunft Bremens eigentlich sichern wollen.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Klein** [CDU]: Leipzig! — Abg. **Schmurr** [SPD]: Herr Dr. Schrörs, Sie haben nichts begriffen!)

Sie haben für Bremen eine Menge Geld bekommen, sowohl aus Brüssel als auch aus Bonn. Schauen Sie sich die Zahlen des WAP 1984 bis 1988 an! Sie können nur nicht mit dem Geld umgehen. Das Ergebnis ist negativ. Sie planen und planen, aber Sie setzen nicht um. In der Durchsetzung mangelt es. Geld ist genug da, es ist nur eine Frage der Priorität. Ich sage Ihnen, mit dem WAP I, 1984 bis 1988, haben Sie keinen Erfolg gehabt, und nach Abschluß des WAP II wird es wieder ein niederschmetterndes Ergebnis geben.

(D) Interessant, Herr Lojewski, fand ich im übrigen in Ihrem Beitrag den Hinweis auf die eigenen Kräfte.

(Abg. **Klein** [CDU]: Ja, zunehmend!)

Ich darf nur noch einmal aus unserem Antrag, den Sie abgelehnt haben, zitieren. Dort steht: „Das Land Bremen muß sich auf seine eigenen Kräfte besinnen und den nötigen Anpassungsprozeß einleiten.“ Ich konstatiere, Sie sind lernfähig. Das finde ich gut!

(Beifall bei der CDU — Abg. **Lojewski** [SPD]: Sie haben bei uns abgeschrieben, das ist der Punkt! Sie sind ein Abschreiber!)

Ein Letztes, Herr Lojewski, ein Letztes zu der Isolierung der Opposition! „Als Beckmeyer“ —

(Abg. **Stelljes** [SPD]: Für Sie immer noch Herr Beckmeyer!)

so ein Zitat —, „als Beckmeyer die Feststunde für die Preisverleihung an einen Unternehmer nutzte, um kundzutun, das von ihm vertretene Bundesland, also eigentlich die von ihm vertretene Wirtschaftspolitik, habe eigentlich einen Preis als Bundesland des Jahres verdient, mußten die meisten der zirka 200 anwe-

(A) senden Herren aus der Wirtschaft leicht schmunzeln oder gar verhalten lachen.“ — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Beckmeyer.

**Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer:** Herr Dr. Schrörs, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist kaum auszuhalten, ich glaube, Wahlkampfzeiten trüben ein wenig Ihren Blick.

(Abg. Klein [CDU]: Die Wahrheit schmerzt!)

Ich will Ihnen folgendes dazu sagen: Wenn wir auf diese Art und Weise, ich will da eine Anleihe bei Ihrem werten Kollegen Klein nehmen, eine kleinkarierte Verschlimmbesserung der Situation versuchen, dann allerdings werden wir nie das Klima, das wir wirklich in Bremen brauchen und zukünftig auch brauchen, bekommen, um unsere Wirtschaft noch weiter wachsen zu lassen. Sie haben in der vergangenen Woche zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Bremer Wirtschaft auf Grundlage der Kammerumfrage eine ausgezeichnete Situation aktuell dokumentiert und bestätigt hat. Ich frage mich, was ist denn das Abbild der Wahrheit, das, was Sie hier verzerrt darstellen, oder das, was die bremische Wirtschaft aufgrund von Kammerumfragen erklärt!

(B) Ich werde hier zwei Zahlen nennen, um einfach nicht, ich sage einmal, die Luft aus dem, was ich morgen veröffentlichen möchte, herauszulassen.

(Abg. Frau Jahnke [DIE GRÜNEN]: Donnerwetter!)

Wir haben in diesem ersten Halbjahr 1990 in Bremen ein Wirtschaftswachstum von dreieinhalb Prozent erreicht, und wer dies nicht wahrhaben will und wer dies in Abrede stellt und wer dies kleinmachen will, der gehört im Grunde nicht in eine wirtschaftsverantwortliche Position, Herr Dr. Schrörs, das muß ich an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Bundesland Bremen hat in den vergangenen Monaten eine gute Arbeitsmarktpolitik und einen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt in Bremen erlebt, der seinesgleichen sucht. Wir haben hier über 10 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Land Bremen geschaffen, insgesamt mit der Wirtschaft und der öffentlichen Hand zusammen. Wenn das keine Leistung ist, was ist dann noch eine Leistung in der Wirtschaftspolitik in Bremen?

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Den Bundesdurchschnitt erreichen ist eine Leistung!)

(C) Das letzte, das will ich ehrlicherweise hinzufügen, dieses Zitat, was Sie zuletzt erwähnt haben, das war anlässlich einer Preisverleihung für einen erfolgreichen Unternehmer zu einem Zeitpunkt, als das Wirtschaftswachstum in Bremen seit zehn Jahren zum ersten Mal wieder einen Prozentsatz erreichte, der über dem Bundesdurchschnitt lag. Wenn das aus dieser Situation, nach der Krise in der Fischerei, nach der Krise auf den Werften, nach zehn Jahren Wirtschaftspolitik hier geschafft wurde, dann ist das eine Auszeichnung wert!

An dieser Stelle noch einmal folgendes, Herr Dr. Schrörs: Bezogen auf das, was wir hier Renaval-Programm nennen,

(Abg. Kudella [CDU]: Der rechnet bei der Arbeitslosigkeit immer die Frauen heraus!)

hätte ich eigentlich geglaubt, daß Sie anerkennen, was die Ursache und die Aufgabe dieses Renaval-Programms ist. Das Renaval-Programm ist von der Europäischen Kommission aufgelegt worden für Regionen, die zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt unter besonderer Strukturschwäche gelitten haben, und es ist von keinem Menschen in diesem Hause, auch nicht vom Bremer Senat, bestritten worden, daß wir in den siebziger Jahren und am Anfang der achtziger Jahre eine schwere Strukturkrise auf den bundesdeutschen Werften und damit auch auf den bremischen Werften gehabt haben.

(D) Das hat niemand geleugnet, das ist ein Fakt und eine Tatsache, aber wir haben seit diesem Zeitpunkt eine ganz energische Umstrukturierungspolitik der bremischen Wirtschaft vorgenommen, der Hochschullandschaft vorgenommen, eine Technologieorientierung erreicht. Wer dies allerdings in Abrede stellt, der leugnet auch die Wahrheit.

Ich will gar nicht auf die Erfolge eingehen des Güterverkehrszentrums, des Technologieparks, unserer besonderen neuen Initiativen in der Außenhandelspolitik, die notwendig sind, weil die bremische Wirtschaft es nicht schafft, allein diese Leistungen zu erbringen, die notwendig sind, um diese ökonomische Existenzabsicherung des Bundeslandes auf diesem Feld allein zu schaffen, da muß das Land, da müssen die beiden Städte eingreifen. An dieser Stelle, denke ich schon, bedarf es auch der Politik und der Unterstützung aller hier im Hause.

(Beifall bei der SPD)

Sonst habe ich allerdings Furcht davor, daß Leute wie Sie mit einer solchen Einstellung immer wieder versuchen, das Gras abzufressen von der guten wirtschaftspolitischen Entwicklung in Bremen, aber da sei die Sozialdemokratie vor!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

- (A) Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN)\*): Herr Lojewski, Sie haben mich veranlaßt, mich hier noch einmal zu Wort zu melden, um Ihnen zu entgegnen, daß man Ihren Werdegang doch so ein bißchen kritisch begleiten muß. Sie haben sich meines Erachtens von einem leisen ökologischen Kritiker des Senats langsam zu einem Marktschreier entwickelt, der lauthals die Wirtschaftspolitik des Senats proklamiert, und das halte ich für eine Entwicklung, die als sehr traurig einzuschätzen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie haben keine innovativen Konzepte, und deshalb schreien Sie hier nach einem Wirtschaftspolitiker wie Ralf Fücks, weil Sie mit Ihren Konzepten gescheitert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht nach dem Motto, ich will das gar nicht bewerten, wir brauchen Kompetenzen wie Herrn Fücks, aber Sie brauchen Herrn Fücks eventuell,

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Sie wollen den doch gar nicht haben!)

vielleicht unter dem Motto, Fücks statt Beckmeyer!

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. **Thomas** [DIE GRÜNEN]: Ja, richtig!)

- (B) Dann fangen Sie erst einmal an, Herr Lojewski, Ihre manipulierten Statistiken zu korrigieren, die dem unkritischen Leser suggerieren sollen, daß mit dem Beginn des WAP 1984 eine wirtschaftspolitische Wende im Lande Bremen eingeläutet werden soll! Wer das glaubt, der ist doch mit dem Klammerbeutel gepudert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben doch die realistischen Zahlen exakt hier von Herrn Dr. Schrörs gehört, der Abkoppelungsprozeß, der wirtschaftliche Abkoppelungsprozeß in Bremen steigt nach wie vor und setzt sich fort, und da können Sie doch nicht versuchen, mit Schaubildern hier ein anderes Bild zu manipulieren!

Zur Gewerbeflächenrecyclingproblematik! Da habe ich doch gesagt, daß wir natürlich nicht dagegen sind, daß Gewerbeflächen recycelt werden, das ist doch gar nicht das Problem, wir sind dagegen, daß Sie die knappen wirtschaftspolitischen Förderungs- mittel, die aus der EG zum Glück in diese Region fließen, auch noch an die Verursacher ausschütten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gesagt, daß gerade Klöckner als Hauptverursacher von Altlastenproblematik für die Sanierungskosten überhaupt nicht herangezogen wird,

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- das gilt auch für andere Firmen in dieser Region. Ich finde, das ist Sinn und Zweck oder sollte Maxime einer sozialdemokratisch orientierten Wirtschaftspolitik sein, den Verursacher heranzuziehen und frei werdende Gelder wirklich in den Umstrukturierungsprozeß zu investieren, meine Damen und Herren, alles andere ist hier Schaumschlägerei. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt noch 20 Minuten, wenn es dabei bleibt, daß wir um 18 Uhr heute Schluß machen wollen. Kann ich davon ausgehen, daß es dabei bleiben soll, um 18 Uhr?

Wenn das so ist, empfehle ich, daß wir jetzt die Punkte aufrufen, die ohne Debatte vorgesehen sind. Ist das die Meinung des Hauses? — Dann bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir jetzt die Tagesordnung umändern, und zwar daß ich jetzt abweichend von der Tagesordnung die Punkte 20, 27, 29, 34, 35 bis 40 aufrufe, das sind die Punkte, die ohne Debatte sind.

- Gibt es weitere Punkte ohne Debatte? — Das ist nicht der Fall. (D)

Ich frage: Wer einverstanden ist mit der Umstellung der Tagesordnung, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

### **Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 28. August 1990

(Drucksache 12/945)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 30. September 1990 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

**Festsetzung des Wahltages für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 13. Wahlperiode**

Antrag der Mitglieder des Vorstandes  
vom 25. September 1990  
(Drucksache 12/979)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Mitglieder des Vorstands mit der Drucksachen-Nummer 12/979 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Damit wird als Wahltag für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft der 13. Wahlperiode Sonntag, der 29. September 1991, festgesetzt. Dieser Beschluß erfolgte einstimmig.

- (B) **Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz)**

Mitteilung des Senats vom 25. September 1990  
(Drucksache 12/981)  
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz) in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und Teile der GRÜNEN))

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau J a h n k e [DIE GRÜNEN] und  
Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

- Wer dafür ist, daß wir die zweite Lesung sofort durchführen, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür Teile der SPD, der CDU, der GRÜNEN und der FDP)

Ich stelle fest, das ist die Mehrheit. Dann werden wir die zweite Lesung vornehmen.

Die Beratung ist damit eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz) in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und Teile der GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau J a h n k e [DIE GRÜNEN] und  
Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

- (D) **Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter am Finanzgericht**

Mitteilung des Senats vom 18. September 1990  
(Drucksache 12/974)

Die Wahlvorschläge für die sieben Vertrauensleute und sieben Stellvertreter für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter am Finanzgericht sind in einem hektographierten Umdruck an die Abgeordneten verteilt worden.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer den Wahlvorschlägen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den unter den Tagesordnungspunkten 35 bis 39 und 41 aufgeführten Wahlen. Die Wahlvorschläge liegen vor. Ich gehe davon aus, daß ich darauf verzichten kann, die Wahlvorschläge im einzelnen vorzutragen.

**(A) Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses****Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses****Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses****Wahl zweier stellvertretender Mitglieder des Datenschutzausschusses****Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Energiepolitik“****Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven**

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Ich lasse jetzt en bloc über die Wahlvorschläge abstimmen.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt die in den Wahlvorschlägen aufgeführten Damen und Herren in die entsprechenden Gremien, und zwar erfolgte die Wahl einstimmig.

**(B)****Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Deutsche Einheit“**

(Abg. **T h o m a s** [DIE GRÜNEN]: Entfällt!)

Meine Damen und Herren, alle Fraktionen sind sich darüber einig, daß der Auftrag des Ausschusses mit dem Vollzug der deutschen Einheit erledigt ist und sich daher eine Nachwahl in den Ausschuß erübrigt. Ebenso wird eine Berichterstattung durch den Ausschuß für entbehrlich gehalten, das war die Meinung des Ausschusses. Ich gehe davon aus, daß dies auch die Meinung des Hauses ist.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Der Ausschuß stellt die Arbeit damit ein. Ich glaube, er hat sehr intensiv gearbeitet während der Ferien. Ich habe mich bei allen Mitgliedern zu bedanken, daß trotz der Ferien die Ausschubarbeit reibungslos vonstatten ging.

Meine Damen und Herren, das wäre dann der letzte Punkt, aber lassen Sie mich einmal kurz auf eines zurückkommen!

Wir sind jetzt fast unter uns, das können wir dann auch einmal so sagen. Wir hatten ja keine Redezeiten verabredet, sondern haben gesagt, wir verfahren nach Geschäftsordnung. Ich will nur einmal sagen, wie das Ergebnis ausgefallen ist.

Bei der Stadtbürgerschaft sind bei den vier Punkten — da hatten wir uns vorgenommen 40 Minuten insgesamt pro Fraktion und hätten dies ansonsten auch beschlossen — bei der SPD 35 Minuten, bei der CDU 55 Minuten, bei der FDP 36 Minuten, bei den GRÜNEN 50 Minuten und beim Senat 27 Minuten herausgekommen.

(Abg. **K u d e l l a** [CDU]: Da hat die SPD wieder am längsten geredet!)

Jetzt kommen wir zum Landtag!

(Abg. **K l e i n** [CDU]: Was soll das denn?)

Weil Sie sagten, es würde kürzer werden! Jetzt kommen wir zum Landtag. Beim Landtag wären ansonsten 60 Minuten Redezeit beschlossen worden — das sieht gut aus, Herr Klein, bleiben Sie erst einmal sitzen! —, beim Landtag hatten gestern die SPD 37 Minuten, die CDU 66 Minuten, aber es wäre ja im Rahmen der 60 Minuten, die wir uns vorgenommen haben, die FDP 52 Minuten, die GRÜNEN 48 Minuten und der Senat 53 Minuten Redezeit beansprucht.

Jetzt der heutige Tag ist wieder ein völliger Rückschlag! Da hatten die SPD 52 Minuten, die CDU 110 Minuten, die FDP 72 Minuten, die GRÜNEN 64 Minuten und der Senat 56 Minuten geredet. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich, die Redezeitbegrenzung das nächste Mal wieder einzuführen!

(Beifall bei der SPD)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 17.47 Uhr)

**(C)****(D)**

